

III. Die europäische Dimension der französisch-ostdeutschen Beziehungen

Als François Mitterrand im Dezember 1989 in großer Eile in die DDR reiste, besuchte er sie nicht nur als französischer Staatschef, sondern auch als Ratspräsident der Europäischen Gemeinschaft. Seit den Tagen Robert Schumans im *Quai d'Orsay* war man in Paris von der europäischen Mission Frankreichs überzeugt, überzeugt davon, dass Frankreich eine besondere Rolle in Europa einnehmen müsse, weil es vom „deutschen Problem“ auch am stärksten betroffen sei. Die europäische Integration war mithin aus französischer Perspektive zuallererst eine Lösung für das „deutsche Problem“.

Wenn sich also Mitterrand im Herbst 1989 für eine Regelung dieses noch immer ungelösten Problems in einem europäischen Rahmen einsetzte, so tat er dies als französischer Staatschef in europäischer Mission. Die deutsche Wiedervereinigung mochte Mitterrand ungelegen kommen – die Europäische Gemeinschaft befand sich 1989 in einer empfindlichen Phase –, sie war jedoch zentraler Bestandteil der sicherheitspolitischen Konzeption französischer Europapolitik. Als Präsident der französischen Republik war er gehalten, die sicherheitspolitischen Interessen seines Landes zu verteidigen. Die Situation im Herbst 1989 bot ihm die Gelegenheit, den von seinen Amtsvorgängern vorgezeichneten Weg zu Ende zu gehen und die französischen Interessen hinsichtlich der Wiederherstellung der Einheit der deutschen Nation zu verteidigen. Mit seinem Wirken befand sich Mitterrand in ungebrochener Kontinuität zu seinem Amtsvorgänger, Charles de Gaulle, der die Rahmenbedingungen dieses Weges dreißig Jahre zuvor definiert hatte. Es ist kein Zufall, dass man in den Archiven des Präsidenten Mitterrand, und zwar speziell in einem anlässlich seiner DDR-Reise angefertigten Dossier, Kopien einzelner Seiten aus den „Mémoires d'espoir“ de Gaulles findet.⁷⁸² Der damalige Außenminister Mitterrands, Roland Dumas, äußerte in einem Interview, zur Kontinuität der Deutschlandpolitik zwischen beiden Staatspräsidenten befragt, dass Mitterrand nicht nur von der politischen Philosophie seines Vorgängers inspiriert gewesen sei, sondern dass es ihm kaum möglich gewesen sei, sich in dieser Hinsicht von seinem Vorgänger zu unterscheiden.⁷⁸³

Die DDR war aus Sicht der für die französische Außenpolitik Verantwortlichen immer ein Bestandteil des „deutschen Problems“. Die Einstellung gegenüber der DDR war deshalb von der Einstellung zur deutschen Wiedervereinigung nicht zu trennen, sondern wurde vielmehr von ihr bedingt. Die Frage der Wiedervereinigung war allerdings nur selten eine Frage des „Ob“, sie war vor allem eine Frage des „Wie“. Das von der Presse regelmäßig bediente Klischee eines der deutschen

⁷⁸² ANF, 5 AG 4, CD 177; es handelt sich um Kopien der Seiten 183, 186 und 187 aus dem ersten Band der *Mémoires d'espoir*, die Mitterrand von Hubert Védrine im Vorfeld seiner DDR-Reise zur Lektüre vorgelegt wurden; die Anstreichungen einzelner Passagen entstammen mit hoher Wahrscheinlichkeit der Hand Mitterrands.

⁷⁸³ Interview mit Roland Dumas, geführt am 5. 2. 2007, cf. dazu auch Duhamel, De Gaulle – Mitterrand. La marque et la trace.

Einheit 1989/90 gegenüber feindlich eingestellten französischen Staatspräsidenten erweist sich bei Archivrecherchen als haltlose Legende.⁷⁸⁴

1. Die Definition der offiziellen Haltung Frankreichs gegenüber der DDR durch Charles de Gaulle

Im öffentlichen politischen Diskurs in Frankreich war die DDR ein weitgehend tabuisiertes Thema. Dies traf insbesondere auf die Jahre bis zur ihrer diplomatischen Anerkennung zu, prinzipiell aber für den gesamten Zeitraum von 1949 bis 1989. Eine der wenigen Ausnahmen von dieser Regel stellt die von Charles de Gaulle am 25. März 1959 abgehaltene Pressekonferenz dar. Im Kontext der zweiten Berlin-Krise bezog er hier Stellung zur sowjetischen Note vom 27. November 1958 an die westlichen Alliierten und formulierte die französische Haltung zu drei eng miteinander verknüpften Problemen: dem Status von Berlin sowie dem Zugang nach West-Berlin, der Zukunft Deutschlands und seiner eventuellen Neutralisierung. Gleichzeitig war dies eine der äußerst seltenen Gelegenheiten, bei der sich ein französischer Staatspräsident zur französischen Haltung gegenüber der DDR äußerte.⁷⁸⁵ Die Tabuisierung reichte dabei bis in die Wortwahl: Mit einer einzigen Ausnahme sprach de Gaulle, wenn er die DDR meinte, von den „autorités de Pankow“, dem „système de Pankow“ oder auch nur von „Pankow“ – eine Metapher für seine Einstellung gegenüber dem zweiten deutschen Staat.

Ein halbes Jahr zuvor, im September 1958, hatte Charles de Gaulle Konrad Adenauer als ersten Staatschef auf sein Privatanwesen nach Colombey-les-deux-Églises eingeladen und damit den Grundstein für eine intensive Partnerschaft zwischen Frankreich und der Bundesrepublik gelegt. Zwar sprach de Gaulle Deutschland sein Vertrauen aus, auch zeugen die Gesten von einem fast uneingeschränkten Entgegenkommen gegenüber Deutschland, dennoch blieb sein Deutschlandbild einer Ambivalenz verhaftet, wie sie geradezu typisch ist für die während der Dritten Republik sozialisierten Generationen: Der Bewunderung für den deutschen Nachbarn stand immer auch ein gewisses Misstrauen gegenüber.⁷⁸⁶ Selbst wenn de Gaulle grundsätzlich davon ausging, dass Deutschland zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Gefahr mehr für Frankreich darstelle, so verwies er doch im Gespräch mit Adenauer gleichzeitig auf bestehende Erinnerungen an deutsch-

⁷⁸⁴ Cf. dazu auch Vaïsse/Wenkel (Hrsg.), *La diplomatie française face à l'unification allemande*, S. 29–51. Die in der britischen Dokumentenedition von 2010 und der deutschen Dokumentenedition von 1998 abgedruckten Protokolle der Gespräche François Mitterrands mit Margaret Thatcher und Helmut Kohl geben die französische Position nur sehr unvollständig wieder und spiegeln in erster Linie die britische bzw. deutsche Auffassung der französischen Position.

⁷⁸⁵ De Gaulle, *Discours et messages*, Bd. III, S. 82–94.

⁷⁸⁶ Cf. Vaïsse, *La grandeur*, S. 226.

französische Auseinandersetzungen und auf die Notwendigkeit, auch an Vorsichtsmaßnahmen zu denken.⁷⁸⁷

Die Sicherheit Frankreichs war ein zentrales Leitmotiv der Außenpolitik de Gaulles. Es bestand daher auch kein Widerspruch zwischen der von ihm betriebenen deutsch-französischen Versöhnung einerseits und den aller Deutschlandpolitik zugrunde liegenden sicherheitspolitischen Überlegungen andererseits. Zudem lässt sich in dieser Hinsicht eine gewisse Kontinuität zwischen den von ihm 1945 und 1958 geäußerten Überzeugungen ausmachen. Geändert hatte sich bei seiner Rückkehr an die Spitze des französischen Staates jedoch die Vorstellung, auf welchem Wege eine dauerhafte Sicherheit gegenüber Deutschland zu erreichen beziehungsweise zu festigen sei. Unter dem Einfluss des Kalten Krieges war die zunächst von ihm verfochtene Idee einer Teilung Deutschlands dem Konzept seiner Integration innerhalb eines europäischen Staatenbündnisses gewichen. Sicherheit vor Deutschland wurde nunmehr als Sicherheit mit Deutschland verstanden. Die Integration der Bundesrepublik konnte dementsprechend nur als eine Teil- beziehungsweise Zwischenlösung angesehen werden.⁷⁸⁸

Die Pressekonferenz vom 25. März 1959

Die Reaktion de Gaulles auf die drei von der sowjetischen Note vorgegebenen Themen während seiner Pressekonferenz im März 1959 ermöglicht einen ziemlich weitgehenden Einblick in die französische Deutschlandpolitik und verdeutlicht ganz nebenbei die grundsätzliche Haltung Frankreichs gegenüber der DDR.

Die von sowjetischer Seite angeregte Neutralisierung Deutschlands widersprach nicht nur der grundsätzlichen sicherheitspolitischen Konzeption der Außenpolitik de Gaulles, sondern gleichzeitig auch den seit 1950 von Frankreich unternommenen politischen Anstrengungen zur europäischen Integration Westdeutschlands. Jegliche derartige Initiative wurde deshalb von französischer Seite nicht nur ausgeschlossen, sondern musste notwendig als größtmögliche Gefahr für Frankreich angesehen werden.⁷⁸⁹ Die Realisierung des Gegenteils, das heißt der Integration

⁷⁸⁷ De Gaulle, *Mémoires d'espoir*, Bd. I, S. 186: „Sans doute le peuple français ne peut-il perdre le souvenir de ce qu'il a souffert jadis du fait de son voisin d'outre-Rhin et négliger les précautions qui s'imposent pour l'avenir.“

⁷⁸⁸ *Ibid.*, S. 183: „[...] j'estime qu'elle [Deutschland – Ch. W.] fasse partie intégrante de la coopération organisée des États, à laquelle je vise pour l'ensemble de notre continent. Ainsi serait garantie la sécurité de tous entre l'Atlantique et l'Oural et créé dans la situation des choses, des esprits et des rapports un changement tel que la réunion des trois tronçons du peuple allemand [Bundesrepublik, DDR und Berlin – Ch. W.] y trouverait sans doute sa chance. En attendant, la République fédérale doit jouer un rôle essentiel au sein de la Communauté économique et, le cas échéant, du concert politique des Six.“

⁷⁸⁹ De Gaulle, *Discours et messages*, Bd. III, S. 85: „Car, si le désarmement ne s'étendait pas à une zone qui approcherait l'Oural d'aussi près qu'elle approcherait l'Atlantique, comment la France serait-elle couverte? [...] pour que ces dispositions [Beschränkung der Bewaffnung – Ch. W.], apparemment humanitaires, ne risquent pas de mener à notre disparition, il faut qu'elles s'appliquent à une aire assez profonde et assez large pour que la France en soit couverte et non point, au contraire, exposée.“ Cf. auch Vaïsse, *La grandeur*, S. 270.

Deutschlands in seiner Gesamtheit, war mithin erklärtes Ziel französischer Außenpolitik.

Die deutsche Teilung aber verhinderte das Erreichen dieses Zieles. Die Wiedervereinigung des deutschen Volkes stellte daher eine notwendige Bedingung dar, um die angestrebte Integration Deutschlands zu realisieren. Dass die Wiedervereinigung als einzig mögliche und dauerhafte Lösung des „deutschen Problems“ für de Gaulle eine unumstößliche Gewissheit war, zeigt sich bereits an seiner Wortwahl: Er sprach in diesem Zusammenhang nicht einfach nur von der Zukunft Deutschlands, sondern vom „natürlichen Schicksal des deutschen Volkes“. Dem lag sein Verständnis vom Wesen einer Nation zugrunde. Ganz allgemein lässt sich die Außenpolitik de Gaulles nur begreifen, wenn man sein Verständnis der Nation als eine ihrer zentralen Determinanten berücksichtigt. Dies gilt ebenso für seine Asienpolitik wie für seine Europapolitik. So folgten beispielsweise die Anerkennung Chinas und die Nichtanerkennung der DDR ein und demselben („nationalen“) Prinzip.⁷⁹⁰ Immer wenn de Gaulle vom deutschen Volk oder auch von Deutschland sprach, war damit nichts anderes als die deutsche Nation gemeint.⁷⁹¹ Für ihn handelte es sich nicht um ein abstraktes Konzept, sein Interesse galt den Nationen im Einzelnen, wobei sich das Verständnis anderer Nationen unmittelbar von seinem Verständnis der französischen Nation ableitete.⁷⁹² Eines der wichtigsten Charakteristika der französischen Nation ist die durch die Französische Republik verkörperte Einheit und Unteilbarkeit. Im Unterschied zu Deutschland wurde die Einheit der französischen Nation, die gleichzeitig dem französischen Staatsgebilde entspricht, über die zentralistischen Strukturen des Staates und die Institutionen der Republik, wie Schule und Militär, ausgebaut und gefestigt.⁷⁹³ Obwohl sich de Gaulle über die Unterschiede zwischen deutscher und französischer Nation im Klaren war, dürfte die Teilung einer Nation, auch der deutschen, für ihn schlicht nicht vorstellbar gewesen sein. Sprach er von Deutschland, so meinte er nicht allein die Bundesrepublik, sondern immer auch Berlin und die DDR.⁷⁹⁴

Im unmittelbaren Zusammenhang mit der DDR spielen zwei weitere grundsätzliche Einstellungen eine Rolle: Zum einen galt der von de Gaulle am Beispiel Russlands formulierte Primat der Nation über die kommunistische Ideologie in

⁷⁹⁰ Cf. De la Gorce, *La nation selon Charles de Gaulle*, S. 196.

⁷⁹¹ Cf. Cazenave, *La nation chez de Gaulle*, S. 6.

⁷⁹² Cf. *ibid.*, S. 9; sowie Maillard, *La nation et les autres nations*, S. 58: „Il [Charles de Gaulle – Ch. W.] appliquait en somme aux nations étrangères l'idée qu'il se faisait de la nation française, reposant non pas avant tout sur une ethnie, mais sur un passé vécu en commun, une langue commune, bref un ensemble d'éléments de civilisation ou de culture.“

⁷⁹³ Cf. Krulic, *La nation*, S. 69–82 und 126–136; Billard, *La France et l'idée de nation*, S. 180–185.

⁷⁹⁴ Cf. De la Gorce, *La nation selon Charles de Gaulle*, S. 194: „Le général de Gaulle, qui fut attentif à la diversité du pays, n'en fut jamais détourné de parler du peuple allemand comme d'un peuple et de la nation allemande comme d'une seule nation, acteur, comme nation, de notre histoire et dont il a voulu faire un partenaire essentiel de la France.“

gleichem Maße auch für die DDR. Zum anderen verteidigte de Gaulle die dem französischen Konzept der Nation inhärente Idee vom Selbstbestimmungsrecht eines Volkes – welches auf der Koinzidenz von „citoyenneté“ (Gesamtheit aller Bürger) und Nation gründet – auch im Falle Deutschlands.⁷⁹⁵ Daraus ergab sich letztlich auch seine Haltung zur Frage der Souveränität eines Staates und folglich zu dessen Legitimität. Eine Frage, die er indirekt beantwortete, wenn er von der DDR als einer künstlichen und vor allem willkürlichen Konstruktion sprach, deren Souveränität nur durch die sowjetische Präsenz gewährleistet werde.

Das dritte Thema, auf das de Gaulle während seiner Pressekonferenz einging, ist die Berlin-Frage. Sie war von ganz zentraler Bedeutung für die französische Außenpolitik; handelte es sich doch quasi um einen ihrer strategischen Grundpfeiler. Allein die französische Präsenz in Berlin stellte sicher, dass Frankreich an der endgültigen Regelung des „deutschen Problems“ beteiligt werden würde – auch wenn diese erst in einer noch fernen Zukunft zu erwarten war – und ermöglichte somit die Wahrung französischer Interessen. Jegliche Veränderung des Berlin-Status und der alliierten Zugangsrechte nach Berlin, wie sie von sowjetischer Seite gefordert wurde, konnte deshalb nicht akzeptiert werden.

Wenn die deutsche Einheit als notwendige Gewissheit anzunehmen war, so stellte sich die Frage nach dem Rahmen, in dem sie verwirklicht werden könnte. Sehr aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang die von de Gaulle hergestellte Verknüpfung des „deutschen Schicksals“ mit der europäischen Integration in einem einzigen Satz.⁷⁹⁶ Dieser Satz kann als Schlüssel für das französische Verständnis von der Lösung des „deutschen Problems“ gelten. De Gaulle definierte die französische Haltung gegenüber Deutschland und dem „deutschen Problem“ auf dem Hintergrund seiner Europakonzeption. Deutschland befand sich für ihn nicht am Rande eines ideologischen Blocks, sondern im Zentrum Europas; die deutsche Nation bezeichnete er als einen zentralen Bestandteil Europas. In seiner Wahrnehmung verschmolzen dementsprechend deutsche und europäische Teilung vollständig miteinander⁷⁹⁷; sein Wirken galt gleichermaßen der deutschen und der europäischen Wiedervereinigung.⁷⁹⁸

Die Einrahmung („encadrement“) Deutschlands war bereits eine zentrale Motivation der mit dem Schuman-Plan eingeleiteten französischen Europapolitik. Diese grundsätzliche Ausrichtung sollte nicht zugunsten der deutschen Einheit aufgegeben werden. Zwar begründete de Gaulle die Nichtanerkennung der DDR mit ihrer Abhängigkeit von der Sowjetunion und der dort installierten Dikta-

⁷⁹⁵ Cf. Cazenave, *La nation chez de Gaulle*, S. 10; sowie Maillard, *La nation et les autres nations*, S. 60.

⁷⁹⁶ De Gaulle, *Discours et messages*, Bd. III, S. 84f.: „La réunification des deux fractions en une seule Allemagne, qui serait entièrement libre, nous paraît être le destin normal du peuple allemand, pourvu que celui-ci ne remette pas en cause ses actuelles frontières, à l’ouest, à l’est, au nord et au sud et qu’il tende à s’intégrer.“

⁷⁹⁷ *Ibid.*, Bd. IV, S. 338: „Le problème allemand est, par excellence, le problème européen.“

⁷⁹⁸ Cf. De Gaulle, *Mémoires d’espoir*, Bd. I, S. 173–210; das mit „L’Europe“ überschriebene Kapitel seiner Erinnerungen ist im Wesentlichen Deutschland gewidmet und verdeutlicht exemplarisch die konstatierte Parallelität.

tur⁷⁹⁹, tatsächlich aber stand eine Anerkennung der DDR vor allem im Widerspruch zu seiner Vorstellung von der Lösung des „deutschen Problems“ im Sinne Frankreichs. Die DDR stellte für Frankreich in außenpolitischer Hinsicht ein Problem dar, welches primär unabhängig von ihrer politischen Verfasstheit bestand.

Wenn man aber davon ausgeht, dass die Wiederherstellung der Einheit der deutschen Nation etwas quasi Zwangsläufiges hat und eigenen Gesetzmäßigkeiten folgt, eine Teilung mithin nicht dauerhaft festgeschrieben werden kann, so stellte der Zustand der Teilung potenziell einen Unsicherheitsfaktor dar (dies bezog sich auch auf Befürchtungen hinsichtlich einer etwaigen Neutralisierung). Die Überwindung der Teilung im dafür vorgesehenen Rahmen musste folglich im Interesse Frankreichs liegen. De Gaulle selbst konstatierte aus diesem Grund gar eine Interessenkonvergenz zwischen Frankreich und Deutschland. Sein langjähriger diplomatischer Berater, Pierre Maillard, beschrieb das deutsch-französische Verhältnis in dieser Hinsicht als eine Interessengemeinschaft.⁸⁰⁰ Bezogen auf die Beziehungen zwischen beiden Staaten wäre es deshalb insgesamt wahrscheinlich auch sinnvoller, für den Zeitraum bis 1990 von deutsch-französischer Solidarität als von deutsch-französischer Freundschaft zu sprechen. Die Unterstützung Frankreichs für die Überwindung der Teilung knüpfte de Gaulle im Interesse der französischen Sicherheit an zwei Bedingungen: Die formelle Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als Symbol für die Anerkennung der aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangenen Ordnung und die Bereitschaft zur europäischen Integration. Ministerpräsident Michel Debré wies zu Recht darauf hin, dass de Gaulle der erste westliche Staatschef war, der nach über zehn Jahren wieder zur Oder-Neiße-Grenze Position bezog, und verdeutlichte damit den Stellenwert, den diese Pressekonferenz in der Wahrnehmung der Zeitgenossen einnahm.⁸⁰¹

Das Verdienst von Charles de Gaulle war es, mit der im März 1959 abgehaltenen Pressekonferenz die grundsätzliche Haltung Frankreichs gegenüber dem „deutschen Problem“, wie es aus dem Zweiten Weltkrieg und dem Kalten Krieg hervorgegangen war, erstmalig in ihrer Gesamtheit vor der Weltöffentlichkeit definiert zu haben. Dabei stellten die Erklärungen de Gaulles nichts grundlegend Neues dar; vielmehr griff er auf die bereits seit zehn Jahren bestehenden Grundprinzipien französischer Deutschlandpolitik zurück. Deutlich wird dies unter anderem daran,

⁷⁹⁹ De Gaulle, *Discours et messages*, Bd. III, S. 84: „D’ailleurs, ce système-là [„le système de Pankow“, d. h. die DDR – Ch. W.] nous ne sommes pas disposés à le reconnaître comme un État souverain et indépendant, car il n’a pu naître et n’existe qu’en vertu de l’occupation soviétique et grâce à une implacable dictature. Au point de vue des rapports extérieurs de la République française, nous ne saurions mettre sur le même plan, d’une part cette construction arbitraire, d’autre part la République fédérale allemande [sic] [...]“

⁸⁰⁰ Cf. Maillard, *Le général de Gaulle et les autres nations*, S. 120f.: „Il s’agissait donc pour lui, concernant l’Europe, et surtout les nations voisines de la France, de substituer la notion de solidarité à celle de menace. Le rapport privilégié qu’il a voulu établir avec l’Allemagne s’est inscrit dans le cadre de ce dessein. Ses motivations étaient multiples [...]. Il y avait dans son dessein, outre ses pensées sur l’Allemagne d’hier et d’alors, l’objectif incontestable d’assurer de façon définitive la sécurité de la France, par une association étroite d’intérêts remplaçant la rivalité et l’antagonisme des deux pays.“

⁸⁰¹ AP, Sénat, 48 S 1: Protokoll der Sitzung vom 15. 9. 1959, S. 22 ff.

dass man im französischen Außenministerium mit Blick auf die DDR im selben Zeitraum bereits von der traditionellen Haltung Frankreichs sprach.⁸⁰²

Es ist nicht zuletzt der Klarheit und Eindeutigkeit seiner Formulierungen zu verdanken, dass dieser Text in den folgenden dreißig Jahren für alle mit der Außenpolitik befassten französischen Politiker – unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit – als Maßstab diente, wenn es um die deutsche Frage oder um die DDR als ein Teil dieses Problems ging. Die Langlebigkeit seiner Erklärung verdeutlicht aber gleichzeitig, dass es sich hier nicht nur um die Position eines Politikers beziehungsweise einer Regierung handelt, sondern um eine sehr viel grundsätzlichere Ausrichtung der Außenpolitik eines Staates, die gebunden war an den Kontext der ideologischen Blockkonfrontation und die Wahrnehmung der eigenen Rolle innerhalb dieses Kontextes. Hinzu kamen vom unmittelbaren Kontext unabhängige Wahrnehmungsmuster wie das französische Verständnis von der Einheit der Nation. Der Rückgriff auf solch grundsätzliche, über den konkreten Fall hinausreichende Wahrnehmungsmuster verlieh der Positionierung eine nahezu universelle Dimension, die weit über den Einfluss eines Einzelnen und seiner Politik hinausreicht.

An der grundsätzlichen Einstellung der französischen Außenpolitik gegenüber den auf der Pressekonferenz angesprochenen Themen änderte sich in den folgenden Jahrzehnten wenig, auch wenn die Berlin-Frage oder etwaige Befürchtungen hinsichtlich einer Neutralisierung Deutschlands an Dringlichkeit verloren. Und selbst die von de Gaulle ausgeschlossene Gleichberechtigung der beiden deutschen Staaten durch die französische Außenpolitik blieb ein (unausgesprochenes) Prinzip der französischen Deutschlandpolitik bis 1989/90, trotz diplomatischer Anerkennung der DDR. Gleichzeitig wurden Beziehungen mit der DDR, ob auf wirtschaftlicher oder kultureller Ebene, dadurch nicht prinzipiell ausgeschlossen. Im Gegenteil, bezogen auf die innerdeutschen Beziehungen forderte de Gaulle zu deren Intensivierung auf.⁸⁰³

Von Robert Schuman zu Charles de Gaulle

Die französische Deutschlandpolitik nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde entscheidend durch den Kalten Krieg beeinflusst.⁸⁰⁴ Eine zentrale Rolle spielten dabei die erste Berlin-Krise sowie die institutionelle Teilung Deutschlands durch die Schaffung zweier deutscher Staaten. Die Debatten der Auswärtigen Ausschüsse in der französischen Nationalversammlung und im Senat vermitteln für diese Zeit den Eindruck einer sich unter französischen Politikern ausbreitenden Ohnmacht gegen-

⁸⁰² AMAE, RDA 1956–1960, 33, f. 135f.: Note der S/DEUC vom 2. 12. 1960 an das Kabinett des Ministers, de Beaumarchais.

⁸⁰³ De Gaulle, Discours et messages, Bd. III, S. 85: „[...] en attendant que cet idéal [„la réunification de l’Allemagne et son intégration dans une organisation européenne“ – Ch. W.] puisse être atteint, nous croyons que les deux parties séparées du peuple allemand devraient pouvoir multiplier entre elles les liens et les relations dans tous les domaines pratiques.“

⁸⁰⁴ Zur französischen Deutschlandpolitik zwischen 1945 und 1955 cf. Maelstaf, Que faire de l’Allemagne?

über dem schwindenden politischen Einfluss Frankreichs auf die Entwicklung in Deutschland; eine Entwicklung, die zunehmend beherrscht wurde von den Regierungen in Moskau und Washington. Die französischen Parlamentarier bedauerten dementsprechend mehrfach das Fehlen einer klar definierten Deutschlandpolitik.

1948 antwortete Außenminister Robert Schuman auf die Frage eines Parlamentariers im Auswärtigen Ausschuss der Nationalversammlung, dass es in Ermangelung einer deutschen Regierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt keiner eigenständigen Deutschlandpolitik bedürfe, man vielmehr eine außenpolitische Linie verfolge, die ihre Anwendung auch auf deutschem Gebiet finde.⁸⁰⁵ Ein gutes Jahr später, nach Entstehung der beiden deutschen Teilstaaten, formulierte Schuman am selben Ort die Einrahmung (das „encadrement“) Deutschlands als Prinzip der französischen Deutschlandpolitik.⁸⁰⁶ Das Motiv des „encadrement“ sollte in der Folge auch Verwendung als unterstützendes Argument in der Debatte über die EVG finden. Im Fall der deutschen Wiederbewaffnung zeigte sich der Architekt der EGKS, Robert Schuman, überzeugt, dass Texte und Abkommen keinesfalls ausreichend seien, um sich der Treue Deutschlands zu versichern. Man müsse vielmehr eine Situation schaffen, in der eine Interessenkonvergenz mit dem deutschen Nachbarn entstehe.⁸⁰⁷

Nach dem Tode Stalins sprach Georges Bidault im Sommer 1953 als Außenminister von einem Paradigmenwechsel: Habe man bislang einen Friedensvertrag Deutschland betreffend abschließen wollen, so sei man jetzt an einem Punkt angekommen, wo es darum gehe, einen Friedensvertrag mit Deutschland zu schließen.⁸⁰⁸ Die Wiedervereinigung bezeichnete er als ein europäisches Problem, das nicht bilateral von den beiden Weltmächten geregelt werden könne.⁸⁰⁹ Auf die Frage, ob die deutsche Entscheidung für eine der beiden Seiten das Gesicht der Welt verändern könne, antwortete Bidault, dass er vor allem keine Veränderung zu Lasten Frankreichs wünsche, schließlich sei Frankreich zuerst davon betroffen.⁸¹⁰ Mit anderen Worten: Nur eine europäische Lösung lag im Interesse Frank-

⁸⁰⁵ ANF, C 15333; Protokoll der Sitzung vom 11. 8. 1948, S. 51: „Notre politique à l'égard de l'Allemagne? D'ailleurs, la formule n'est pas tout à fait exacte, car il n'y a pas encore une personnalité allemande, il n'y a pas d'Allemagne, il n'y a pas de gouvernement allemand avec lequel nous puissions traiter au point de vue politique. Les gouvernements allemands qui existent actuellement n'ont que des fonctions politiques extrêmement restreintes, à portée locale; [...] mais nous n'avons pas un gouvernement allemand à l'égard duquel nous ayons à pratiquer une politique.“

⁸⁰⁶ Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 8. 11. 1949, S. 44: „Notre politique à l'égard de l'Allemagne est que nous ne pouvons pas indéfiniment maintenir ce pays à l'écart et le mater par des injonctions ou des interdictions. Cette politique, nous l'avons vu, a échoué après la Première Guerre mondiale. C'est pourquoi la tentative que nous devons faire, qui est peut-être la seule chance d'aboutir, consiste à encadrer l'Allemagne, à lui marquer sa place et à la maintenir à cette place. Nous commençons du point de vue économique.“

⁸⁰⁷ ANF, C 15591, Protokoll der Sitzung vom 8. 2. 1952.

⁸⁰⁸ ANF, C 15592, Protokoll der Sitzung vom 22. 7. 1953.

⁸⁰⁹ Ibid.: „Il va de soi que le problème de la réunion de l'Allemagne orientale à l'Allemagne occidentale est un problème européen et mondial et qu'on ne tranchera pas comme cela, sous prétexte qu'il y aura un petit accord entre les uns et les autres.“ Antwort auf eine Frage von Marcel-Edmond Naegelen (SFIO, Basses-Alpes).

⁸¹⁰ Ibid.: „Je ne souhaite pas [...] qu'elle change à notre détriment car, entre nous soit dit, c'est nous les plus intéressés.“

reichs. Auf eine im Auswärtigen Ausschuss des Senats gestellte Frage, ob die deutsche Wiedervereinigung erstrebenswert und erreichbar sei, antwortete Bidault im Frühjahr 1954, dass diese auch gegen die öffentliche Meinung in Frankreich unbedingt herzustellen sei, um der bis dahin bestehenden Unsicherheit ein Ende zu bereiten.⁸¹¹ Als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses der Nationalversammlung rief er seinen Kollegen ein weiteres Jahr später in Erinnerung, dass man sich für die deutsche Einheit aus einem europäischen beziehungsweise einem französischen Interesse einsetze und nicht aus Liebe zu einem Land, das Frankreich in der Vergangenheit unzählige Schwierigkeiten bereitet habe.⁸¹²

Noch wichtiger als die deutsche Einheit war aus sicherheitspolitischen Gründen die europäische Integration Deutschlands. Als zuständiger Staatssekretär erklärte Maurice Schumann im Kontext einer Anhörung zur Berliner Außenminister-Konferenz 1954, dass alle deutschlandpolitischen Entscheidungen an diesem Kriterium gemessen werden müssten. Eine Wiedervereinigung zu Lasten der europäischen Integration wurde damit ausgeschlossen. In diesem Zusammenhang zitierte er eine grundsätzliche Äußerung Bidaults gegenüber Molotow, wonach man sich mit Moskau zwar über das zu erreichende Ziel einig sei – eine Regelung des „deutschen Problems“, die das Wiederaufstehen des deutschen Militarismus verhindere –, nicht jedoch über die Methoden.⁸¹³

Im Kontext der Pariser Verträge stellte sich die Frage, wie weit sich der Gültigkeitsbereich der mit diesen Verträgen der Bundesrepublik verliehenen Souveränität erstreckte: Vor dem Auswärtigen Ausschuss des Senats bekräftigte Regierungschef Edgar Faure, dass man zwar nur die Bonner Regierung anerkenne, deren Zuständigkeit jedoch nicht den Osten des Landes umfasse.⁸¹⁴ Die Nichtanerkennung der DDR bezeichnete Christian Pineau, Außenminister der nachfolgenden Regierungen, folglich als eine bewusste politische Entscheidung im Rahmen der französischen Deutschlandpolitik.⁸¹⁵ Die Wiedervereinigung blieb also für die französische Regierung, unabhängig von der Unterzeichnung der Pariser Verträge,

⁸¹¹ AP, Sénat, 19 S 9: Protokoll der Sitzung vom 3. 3. 1954, S. 3: „C'est pourquoi, sans se faire d'illusions sur l'enthousiasme que la réunification de l'Allemagne peut provoquer dans l'opinion publique en France, il est sage de faire en sorte que disparaisse cette espèce de trou noir au sein de l'Europe.“ Antwort auf eine Frage von Ernest Pezet (MRP, Français hors de France).

⁸¹² ANF, C 15594: Protokoll der Sitzung vom 24. 11. 1955.

⁸¹³ ANF, C 15592: Protokoll der Sitzung vom 11. 2. 1954.

⁸¹⁴ AP, Sénat, 19 S 9: Protokoll der Sitzung vom 15. 3. 1955, S. 44: „Nous considérons, et c'est la thèse officielle française, que le gouvernement de Bonn est le seul gouvernement allemand que nous reconnaissons. Nous n'avons pas dit par là qu'il a le droit de régenter la partie orientale, ce qui n'est pas vrai, ni qu'il resterait le maître si l'Allemagne venait à être réunifiée dans des conditions que nous approuverions, mais dont nous ne pouvons pas déduire les conséquences à l'égard de l'autorité, s'il en conservait, du gouvernement de Bonn.“ Antwort auf eine Frage von Léo Hamon (IOM, Seine).

⁸¹⁵ AP, Sénat, 19 S 11: Protokoll der Sitzung vom 16. 7. 1957, S. 32: „M. Hamon [Léo Hamon (IOM, Seine) – Ch. W.] dit que Bonn représente l'Allemagne. C'est la thèse de la France sur le plan politique, mais nous n'avons jamais dit que le gouvernement de Bonn engageait toute l'Allemagne, c'est-à-dire qu'il engageait, pour demain, l'Allemagne réunifiée. En réalité, nous avons voulu choisir entre les deux Allemagnes. Nous en avons reconnu une, mais pas l'autre. C'est un acte purement politique.“

eines der zentralen Anliegen dieser Politik.⁸¹⁶ Die Debatten der beiden Auswärtigen Ausschüsse zeigen im Übrigen, dass die Frage der deutschen Wiedervereinigung auch für die französischen Parlamentarier in der Regel nur eine Frage des Modus war. Die deutsche Teilung wurde hier in der Regel parteiübergreifend als ein Sicherheitsproblem wahrgenommen.

Die Übernahme der Regierungsgeschäfte durch Charles de Gaulle im Juni 1958 und die damit verbundene Entwicklung der französischen Außenpolitik rief nicht nur in Bonn Besorgnis hervor, auch bei den bis dahin für diese Politik verantwortlichen französischen Politikern bestand eine gewisse Unsicherheit. Eine Äußerung des neuen Regierungschefs, wonach Frankreich zwar dem Westen angehöre, aber dennoch seine eigenen Interessen mit der notwendigen Flexibilität vertreten müsse, hatte den neuen Präsidenten des Auswärtigen Ausschusses der Nationalversammlung, Maurice Schumann, dazu veranlasst, den neuen Außenminister, Maurice Couve de Murville, um eine Präzisierung zu bitten. Dieser erklärte daraufhin, dass Frankreich keine Position zwischen Ost und West beziehen werde, dass es aber in der Lage sein müsse, seine eigenen Interessen zu vertreten, auch wenn diese nicht mit denen der anderen Westmächte zusammenfielen. Die Präzisierung verdeutlicht, dass sich die Sorge Schumanns vor allem auf die französische Haltung zum „deutschen Problem“ bezog. Entsprechend groß war auch das Interesse des Ausschusses, der sich in seiner ersten Sitzung nach dem Regierungswechsel ausführlich damit beschäftigte.⁸¹⁷

Die Beständigkeit der Grundhaltung vor dem sich wandelnden Kontext

Während de Gaulle selbst sich im Laufe seiner Regierungszeit öffentlich relativ selten zum „deutschen Problem“ äußerte, war es vor allem sein Außenminister, der in den kommenden zehn Jahren regelmäßig die französische Haltung darlegte und erklärte. In besonderer Ausführlichkeit tat er dies vor dem Auswärtigen Ausschuss der Nationalversammlung. In seinen Erinnerungen beschrieb er Kontinuität als Charakteristikum einer jeden ernst zu nehmenden Außenpolitik.⁸¹⁸ Die Beständigkeit, mit der er die grundsätzliche Haltung Frankreichs gegenüber dem „deutschen Problem“ und damit gegenüber der DDR während seiner Amtszeit vor dem Hintergrund der sich im Laufe der 1960er Jahre allmählich entspannen-

⁸¹⁶ AP, Sénat, 19 S 10: Protokoll der Sitzung vom 25. 1. 1956, S. 27: „Dans l'état actuel des choses, je crois que la France peut être le seul lien entre l'Ouest et l'Est sur un terrain de cette nature. Je voudrais sur ce point préciser à nouveau le sens de la déclaration d'investiture de M. le président du Conseil lorsqu'il a dit: ‚La réunification de l'Allemagne passe par le désarmement.‘ Qu'est-ce que cela voulait dire? Cela ne voulait pas dire que la position de la France était fondamentalement changée sur le problème de la réunification de l'Allemagne, bien au contraire. Nous sommes plus partisans que jamais de la réunification de l'Allemagne.“

⁸¹⁷ ANF, C 15750: Protokoll der Sitzung vom 20. 6. 1958; Maurice Schumann gab die Äußerung wie folgt wieder: „La France appartient à l'Occident, mais ne doit pas s'y confier.“

⁸¹⁸ Couve de Murville, *Une politique étrangère*, S. 17.

den Ost-West-Beziehungen verteidigte, ist in dieser Hinsicht exemplarisch. Sie rief bei einigen Parlamentariern jedoch Unverständnis hervor. Im Auswärtigen Ausschuss wurden die verschiedenen Etappen der Entspannung und der darauf aufbauenden französischen Ostpolitik begleitet von stereotypen Fragen nach einer „Anpassung“ der Grundhaltung, auf die der Minister mit den immer gleichen Formulierungen reagierte. Inwieweit die Infragestellung der Grundhaltung allgemeinen Tendenzen in der öffentlichen Meinung entsprach, verdeutlicht der Umstand, dass de Gaulle und Couve de Murville diese 1962 und 1965 fast parallel verteidigten – der eine auf Nachfragen während seiner Pressekonferenzen im Élysée-Palast, der andere auf Nachfragen zumeist kommunistischer Abgeordneter während seiner Anhörungen im Auswärtigen Ausschuss.

Eine gewisse Arbeitsteilung zwischen dem Präsidenten und seinem Minister sowie eine Trennung zwischen öffentlichem Raum und geschütztem Rahmen lässt sich bereits am Beispiel der Pressekonferenz vom März 1959 zeigen: War de Gaulle nur beiläufig auf die DDR eingegangen, hatte er die Frage der Anerkennung der DDR lediglich indirekt beantwortet, so erklärte Maurice Couve de Murville vor dem Auswärtigen Ausschuss zur selben Zeit mehrfach und ausdrücklich, dass eine Anerkennung der DDR den französischen Sicherheitsinteressen widerspreche.⁸¹⁹ In diesem Sinne verteidigte er auch das von den französischen Parlamentariern kritisierte Eintreten Frankreichs für die deutsche Wiedervereinigung mit einem Hinweis auf die französischen Interessen.⁸²⁰ Wie von de Gaulle wurde die Teilung von Couve de Murville als etwas Widernatürliches dargestellt, deren Überwindung demzufolge als historische Notwendigkeit erschien.⁸²¹ Auch für den Außenminister entsprach allein die Wiedervereinigung dem Wesen der deutschen Nation.⁸²² Um seine Ausführungen zur französischen Haltung in dieser Frage, aber auch mit Blick auf die Oder-Neiße-Grenze, zu belegen, bediente er sich immer wieder eines Verweises auf die von de Gaulle 1959 abgehaltene Pressekonferenz. Die insbesondere von den Kommunisten regelmäßig eingeforderte Anpassung der französischen Grundhaltung an die sich wandelnden Verhältnisse, das heißt die Anerkennung der DDR als Reaktion auf die Stabilisierung des Ost-West-Konfliktes, war schon deshalb nicht möglich, weil sich die Grundsituation aus Sicht der französischen Regierung nicht wandelte: Ihre Haltung gründete in der als auf Dauer unhaltbar angesehenen Teilung einer Nation. In welchem Maße das fran-

⁸¹⁹ ANF, 20060132/4: Protokoll der Sitzung vom 13. 2. 1959, S. 62: „Il ne faut pas accepter ce qui serait contraire soit à nos principes, soit aux intérêts essentiels de notre sécurité. Je donne des exemples. Il serait contraire à nos principes de reconnaître la République démocratique allemande qui n'est pas un véritable gouvernement.“

⁸²⁰ ANF, 20060132/5: Protokoll der Sitzung vom 10. 8. 1961.

⁸²¹ Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 10. 5. 1962, S. 8: „Nous avons toujours dit que la division de l'Allemagne était quelque chose d'anormal et qu'il arriverait un jour où certainement le peuple allemand serait réuni.“

⁸²² ANF, 20060133/4: Protokoll der Sitzung vom 20. 5. 1965, S. 72f.: „Pour nous, il est contraire à la nature, il n'est pas réaliste de faire un règlement fondé sur la division perpétuelle de l'Allemagne. Cette division existe depuis longtemps, peut-être existera-t-elle encore pendant longtemps, sinon très longtemps, mais, en définitive, s'il doit y avoir un règlement allemand, ce règlement doit être conforme à la nature, c'est-à-dire fondé sur la réunification.“

zösische Konzept der Nation bei der Bewertung des „deutschen Problems“ eine Rolle spielte, zeigt sich zum Beispiel, wenn der kommunistische Senator Jacques Duclos auf den Unterschieden zwischen französischer und deutscher Nation insistierte, um zu belegen, dass eine Einheit der deutschen Nation keineswegs zwingend sei.⁸²³ Aus Sicht der französischen Regierung musste es hingegen kontraproduktiv erscheinen, eine Situation zu festigen, deren Überwindung als natürlicher Gang der Dinge betrachtet wurde. Die Haltung gegenüber der DDR entspreche, so Couve de Murville, der Haltung gegenüber dem „deutschen Problem“ insgesamt, ihre Anerkennung sei mit der Einheit der deutschen Nation prinzipiell nicht vereinbar.⁸²⁴

Für de Gaulle blieb das „deutsche Problem“, unabhängig von der relativen Stabilisierung der Situation in Deutschland auch nach dem Ende der zweiten Berlin-Krise und trotz anderer Schauplätze des Kalten Krieges, vorrangig.⁸²⁵ Bemerkenswert ist demgegenüber die Seltenheit, mit der er sich während seiner gesamten Amtszeit zu dieser Problematik äußerte. Lediglich 1962 und 1965 bezog er, von Journalisten befragt, während seiner Pressekonferenzen erneut öffentlich Stellung dazu. Der Wandel der internationalen Situation führte hierbei bisweilen zu einer Akzentuierung einzelner Argumentationselemente; die Grundüberzeugungen blieben hingegen unberührt.

Während seiner Pressekonferenz im Mai 1962 auf Deutschland angesprochen – die französischen Beziehungen mit der Bundesrepublik steuerten einem Höhepunkt entgegen – betonte de Gaulle den strategischen Hintergrund der deutsch-französischen Solidarität und knüpfte die Lösung des „deutschen Problems“ erneut an die Schaffung eines europäischen Gleichgewichts und an die Überwindung der europäischen Spaltung.⁸²⁶ Die Verknüpfung von europäischer und

⁸²³ AP, Sénat, 48 S 15: Protokoll der Sitzung vom 24. 2. 1972, S. 67f.

⁸²⁴ ANF, 20060133/4: Protokoll der Sitzung vom 20. 5. 1965, S. 80f.: „M. Feix [Léon Feix (PCE, Val-d'Oise) – Ch. W.] m'a posé la question, je dirai traditionnelle ou rituelle, sur l'intérêt qu'il y aurait à améliorer, à avaliser nos relations commerciales, culturelles et humaines avec la république démocratique allemande. Je répondrai, rituellement aussi, que je ne crois pas que la France doive en aucune façon changer sa position concernant les autorités de Pankow. D'abord, pour la raison que je disais à l'instant à propos de notre position quant à la solution du problème allemand. Nous ne pensons pas qu'il faille cristalliser juridiquement ce statu quo par la reconnaissance de la DDR ou de la RDA. Cela n'est pas une bonne politique et même ce n'est pas, quoi qu'on en dise, une politique vraiment réaliste. Il ne faut rien faire qui soit de nature à préjuger d'une façon radicale, comme cela serait le cas, la solution allemande et, en quelque sorte, enlever aux Allemands, avec toutes sortes de conséquences imprévisibles, mais qui seraient certainement mauvaises, tout espoir de voir d'ici très longtemps régler leurs problèmes.“

⁸²⁵ De Gaulle, Discours et messages, Bd. III, S. 409: „[...] le problème allemand est certainement le plus brûlant du monde à l'heure qu'il est. [...] Dans la grande querelle qui est en ce moment-ci posée et alimentée par les ambitions des Soviets, l'Allemagne est tout naturellement l'enjeu capital.“

⁸²⁶ Ibid., S. 411: „De cette solidarité [zwischen Frankreich und Deutschland – Ch. W.] dépend la sécurité immédiate des deux peuples. [...] De cette solidarité dépend, par conséquent, le destin de l'Europe tout entière depuis l'Atlantique jusqu'à l'Oural; car s'il peut se créer à l'occident de l'Europe une construction, une organisation, qui soit ferme, prospère, attrayante, alors réapparaissent les possibilités d'un équilibre européen avec les États de l'Est et réapparaît la perspective d'une coopération proprement euro-

deutscher Teilung verdeutlicht, dass das Interesse an der Überwindung der deutschen Teilung dem Interesse an der Überwindung der europäischen Teilung entsprach. Die Interessenkonvergenz hinsichtlich der deutschen Wiedervereinigung wurde damit als Amalgam der deutsch-französischen Solidarität definiert. Gleichzeitig erschien die deutsche Wiedervereinigung als zentraler Bestandteil der gaullistischen Europapolitik, die er nicht nur als eines der drei Ziele seiner Außenpolitik bezeichnete, sondern auch eindeutig dem Imperativ der französischen Sicherheit unterordnete.⁸²⁷

Die Darstellung des „deutschen Problems“ als eines genuin europäischen Problems wurde in den folgenden Jahren noch akzentuiert. So stellte de Gaulle bei seiner Pressekonferenz im Februar 1965 die bipolare Blockkonfrontation als Rahmen für die Überwindung der deutschen Teilung wesentlich offener infrage als drei Jahre zuvor und insistierte noch stärker als zuvor auf der Notwendigkeit einer europäischen Lösung.⁸²⁸ Das Eintreten für eine europäische Lösung entsprach der unveränderten Wahrnehmung der deutschen Teilung als des zentralen Unsicherheitsfaktors in Europa, und zwar in erster Linie für Frankreich selbst, und war mithin französischen Sicherheitsinteressen geschuldet.⁸²⁹ Und während die Wiedervereinigung ein unmittelbares Anliegen der französischen Außenpolitik blieb⁸³⁰, wuchs die Entschlossenheit, auf diese Einfluss zu nehmen, sie in einen europäischen Rahmen einzubetten und sie gleichsam in den Dienst der gaullistischen Europakonzeption zu stellen.⁸³¹ Die seit 1962 zunehmende Betonung des für den französischen Handlungsspielraum insgesamt so bedeutsamen europäischen Rahmens entsprang dem allgemeinen Bedürfnis nach der Stärkung Europas als einer eigenen politischen Kraft, um den Antagonismus zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion aufbrechen zu können.

péenne [...]. Dans ce cas-là, on pourrait et on devrait, je le crois, résoudre le problème allemand d'une manière objective.“

⁸²⁷ Ibid., S. 403: „[...] contribuer à construire l'Europe dans les domaines de la politique, de la défense et de l'économie, de telle sorte que l'expansion et l'action de cet ensemble aident à la prospérité et à la sécurité françaises et, en même temps, fassent renaître les possibilités d'un équilibre européen vis-à-vis des pays de l'Est.“

⁸²⁸ De Gaulle, Discours et messages, Bd. IV, S. 342: „La France, pour sa part, croit qu'il ne pourra être résolu autrement que par l'Europe elle-même, parce qu'il est à la dimension de l'Europe tout entière. C'est là, à terme, sur ce continent, l'objectif essentiel de la politique de la France.“

⁸²⁹ Ibid., S. 338: „[...] l'Allemagne ressent une angoisse, parfois une fureur suscitées par sa propre incertitude au sujet de ses limites, de son unité, de son régime politique, de son rôle international, et qui font que son destin apparaît perpétuellement au continent tout entier comme d'autant plus inquiétant qu'il reste indéterminé.“

⁸³⁰ Ibid., S. 340f.: „Une pareille indétermination, en une pareille région du monde et à une pareille époque, ne saurait, évidemment, être tenue pour définitive. [...] il est clair qu'une paix réelle, a fortiori des rapports féconds entre l'Ouest et l'Est ne seront pas établis tant que subsisteront les anomalies allemandes, les inquiétudes qu'elles suscitent et les épreuves qu'elles entraînent.“

⁸³¹ Ibid., S. 339: „Pour la France, tout se ramène aujourd'hui à trois questions étroitement liées: faire en sorte que l'Allemagne soit désormais un élément certain du progrès et de la paix; sous cette condition, aider à sa réunification; prendre la voie et choisir le cadre qui permettraient d'y parvenir.“

Die Jahre 1963/64 stellen innerhalb der über ein Jahrzehnt von de Gaulle geprägten französischen Außenpolitik einen entscheidenden Wendepunkt dar.⁸³² Die Ursache für die klare Aufteilung seiner Politik in zwei Phasen ist im grundlegenden Wandel des internationalen Kontextes nach dem Ende der Kuba-Krise und der sich daran anschließenden Stabilisierung des Gleichgewichtes zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zu suchen. Während bislang auf die Notwendigkeit einer unerschütterlichen Solidarität und einer in allen Punkten konvergierenden Haltung gegenüber Deutschland zwischen den Westalliierten verwiesen wurde, betonte Couve de Murville im Herbst 1963 vor dem Auswärtigen Ausschuss der Nationalversammlung erstmalig die Eigenständigkeit der französischen Position in Bezug auf das „deutsche Problem“. Bemerkenswert ist auch, dass der Außenminister die Berlin-Krise in diesem Zusammenhang für beendet erklärte. Verantwortlich machte er dafür den bereits über zwei Jahre zurückliegenden Mauerbau. Der Zeitpunkt dieser „verspäteten“ Erklärung verdeutlicht die allmähliche Ablösung von einer gemeinsamen alliierten Position, denn mit der Erklärung, dass diese schwerwiegende Krise beendet sei, während derer eine gemeinsame Position unabdingbar gewesen sei, wurde mittelbar auch das Vertreten einer eigenen, genuin französischen Position in der Zukunft legitimiert. Ungeachtet dessen blieb die Berlin-Frage von zentraler Bedeutung für die französische Perzeption des „deutschen Problems“ insgesamt⁸³³, behielten die Grundprinzipien der gaullistischen Außenpolitik ihre Gültigkeit. Dass diese Kontinuität insbesondere hinsichtlich der französischen Deutschlandpolitik bestand, zeigt nicht zuletzt der Vergleich der sowohl vom Staatschef als auch vom Außenminister 1962 und 1965 vorgetragenen Positionen, das heißt vor und nach jenem zentralen Wendepunkt der gaullistischen Außenpolitik. Als Ursache dafür lässt sich annehmen, dass die Haltung gegenüber dem „deutschen Problem“ zu einem großen Teil kontextunabhängigen Überzeugungen, wie dem Verständnis der Nation, geschuldet war.

Der Entschlossenheit der französischen Regierung, den sich aufgrund der fortschreitenden Entspannung in den Ost-West-Beziehungen vergrößernden Handlungsspielraum zu nutzen, entsprach eine veränderte Wahrnehmung der Rolle Frankreichs. Die Absicht, sich der bislang alles dominierenden bipolaren Logik des Kalten Krieges zu entziehen, manifestierte sich nahezu gleichzeitig auf Regierungs- und auf parlamentarischer Ebene. Bei ihrer Umsetzung bestanden freilich gravierende Unterschiede. Ein hervorragendes Beispiel in diesem Zusammenhang sind die Reisen französischer Parlamentarier in die DDR (auch aus den Reihen der Regierungsparteien). Es ist kein Zufall, dass der parlamentarische Tourismus im Herbst 1963 erheblich an Bedeutung gewann. Selbst wenn er elementaren Grundprinzipien der französischen Außenpolitik zuwiderlief, war er doch Ausdruck einer allgemein veränderten Wahrnehmung. Sowohl vonseiten der französischen Regierung als auch vonseiten der französischen Parlamentarier wurde Entspannung und der Dialog mit dem Osten als etwas absolut Notwendiges angesehen, um dem Schema der Blockkonfrontation zu entgehen und um einen dau-

⁸³² Cf. Vaïsse, *La grandeur*, S. 414–418 und 566–571.

⁸³³ ANF, 20060133/4: Protokoll der Sitzung vom 3. 10. 1963, S. 68f.

erhaften Frieden in Europa zu gewährleisten. Während das zu erreichende Ziel klar war, bestand jedoch keine Einigkeit über den Weg dahin. Für die Regierung gab es auf diesem Weg klare Grenzen, denen sicherheitspolitische Erwägungen zugrunde lagen. Die umfassende völkerrechtliche Anerkennung der DDR war eine dieser Grenzen, deren Überschreitung das Erreichen des eigentlich angestrebten Zieles aus Sicht der Regierung erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen würde. Umgekehrt schloss dies den Ausbau von Beziehungen auf kultureller und wirtschaftlicher Ebene ausdrücklich nicht aus; und selbst die Legitimität von Kontakten auf parlamentarischer Ebene wurde von Maurice Schumann als Präsident des Auswärtigen Ausschusses der Nationalversammlung nicht infrage gestellt. Im Gegensatz zur Frage der Anerkennung spielte der sich wandelnde Kontext hierbei eine wichtige Rolle.

An der Schnittstelle von offizieller Diplomatie und parlamentarischer Kontrolle verteidigte Schumann gleichzeitig aber auch die französische Grundhaltung hinsichtlich des „deutschen Problems“ gegenüber seinen Kollegen. Es war kein Zufall, dass er sich zu einer besonders ausführlichen Stellungnahme anlässlich des Berichtes von Aymar Achille-Fould (RD, Gironde) über seine DDR-Reise vom Januar 1964 gezwungen sah. Schumann versuchte hier einem eklatanten Missverstehen der Ostpolitik de Gaulles durch die französischen Parlamentarier entgegenzutreten. Der Kommentar des späteren Außenministers zum Reisebericht kann als eine der eindringlichsten Erklärungen gelten, warum eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR den elementaren Sicherheitsinteressen Frankreichs widersprach: Frankreich habe sich nicht „zum Spaß“ für die europäische Konstruktion engagiert, sondern mit dem Ziel, Deutschland innerhalb dieser Konstruktion fest zu „verankern“. Eine ganz besondere Bedeutung bei der Verwirklichung dieser Verankerung komme den Pariser Verträgen zu. Durch die Anerkennung der DDR würde jedoch die damit von beiden Seiten eingegangene vertragliche Bindung hinfällig werden. Auf dem Hintergrund eines unvermindert präsenten Rapallo-Komplexes, verbunden mit der Annahme, dass Deutschland jede sich bietende Möglichkeit nutzen würde, um die als zwangsläufig angesehene Wiedervereinigung zu realisieren, stellte er die Lösung Westdeutschlands aus der vertraglich geschaffenen Verankerung als die größtmögliche Gefahr für die Sicherheit Frankreichs dar.⁸³⁴

⁸³⁴ Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 25.6.1964, S.9: „Critiquant l'exposé de M. Achille-Fould, M. le président [Maurice Schumann – Ch. W.] déclare que la France n'est pas libre de reconnaître l'Allemagne de l'Est, car elle est liée par le traité de 1954. L'adhésion de l'Allemagne fédérale à l'OTAN est conditionnée juridiquement par le droit qui lui est reconnu de représenter la totalité de l'Allemagne. La France ne peut reconnaître l'Allemagne de l'Est sans provoquer l'effondrement de son système diplomatique. Reconnaître Pankow ce serait consacrer le statu quo, pétrifier l'actuelle division de l'Allemagne en deux, libérer Bonn de l'engagement contracté en 1954. Ainsi libérée, l'Allemagne fédérale pourrait engager à l'Est une négociation qui est ouverte en permanence. Il y aurait tout à craindre, alors, de l'alliance de la technique allemande et de l'espace russe. Les Français n'ont pas souhaité faire l'Europe pour le plaisir, mais pour y amarrer l'Allemagne. Tout ce qui rend précaire et révoquant cet amarrage, ainsi que l'engagement occidental à Berlin, est néfaste, et contribue à détruire l'équilibre entre les blocs et la détente qui peut en résulter.“

Die Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR entwickelten sich auf politischer Ebene in den verschiedensten Kontexten, zu denen unter anderem die europäische Integration gehörte. Daneben gewann mit der Wiederbelebung der Beziehungen zwischen Paris und Moskau 1963 ein Spannungsfeld an Bedeutung, das sich zwischen den französisch-westdeutschen Beziehungen einerseits und den französisch-sowjetischen Beziehungen andererseits herausgebildet hatte und in dessen Zentrum die DDR stand. Innerhalb der genannten bilateralen Beziehungen war sie der nicht anwesende und dennoch stets präsente Dritte: In den Beziehungen mit der Bundesrepublik wurde sie als ein Teil Deutschlands in grundlegende Überlegungen immer mit einbezogen. In den Beziehungen mit der Sowjetunion spielte sie eine nicht minder bedeutende Rolle – schließlich war man davon überzeugt, dass der Schlüssel für eine Lösung des „deutschen Problems“ in Moskau liege. Es handelte sich um ein sensibles Gleichgewicht, welches es für Paris zwischen diesen beiden bilateralen Verhältnissen zu wahren galt und welches dennoch verantwortlich war für zahlreiche Missverständnisse und Fehlinterpretationen.⁸³⁵ Dieses Gleichgewicht wurde jedoch nicht nur in Bonn oder Moskau infrage gestellt, vor allem die Kritik an der französischen Außenpolitik im eigenen Land verdeutlicht seine Fragilität. Besonders heftig fiel die Kritik im außen- und verteidigungspolitischen Ausschuss des Senats aus, wo man der französischen Regierung überheblichen Isolationismus und, bezogen auf ihre Deutschlandpolitik, Prinzipienreiterei vorwarf.⁸³⁶

Mit dem Ende der Berlin-Krise, aber auch dem Ende des Algerienkrieges wurde der Handlungsspielraum für die Ostpolitik de Gaulles erheblich erweitert.⁸³⁷ 1964 war ein Schlüsseljahr sowohl in den französisch-westdeutschen als auch in den französisch-sowjetischen Beziehungen. Während es zwischen Frankreich und der Sowjetunion zu einer Annäherung kam, wuchsen in Bonn die Zweifel an den

⁸³⁵ Vaisse, *La grandeur*, S. 264–283; De Gaulle selbst war bemüht, diesen Fehlinterpretationen entgegenzuwirken, wenn er sich zum Beispiel unmittelbar vor seiner Reise in die Sowjetunion in einem Brief an den Bundeskanzler Erhard wandte, cf. ANF, 5 AG 1, 678, Brief von de Gaulle vom 16. 6. 1966 an Erhard: „Comme je vous l’ai exposé lors de notre dernière rencontre, mon voyage à Moscou se rattache à l’ensemble des efforts entrepris par la France pour ouvrir de nouvelles perspectives aux relations entre l’Ouest et l’Est de l’Europe. Il est clair que l’Allemagne n’a rien à en redouter, bien au contraire. Suivant nous, c’est seulement à la faveur d’un rapprochement entre les deux fractions de notre continent, ouvrant la voie à une coopération étendue à l’Europe tout entière, qu’il est permis d’envisager, avec un espoir raisonnable, une évolution et, finalement, une solution du problème allemand. Ce problème, qui pèse d’un grand poids sur l’avenir de l’Europe, sera certainement au centre des entretiens que j’aurai avec les dirigeants de l’Union soviétique.“

⁸³⁶ AP, Sénat, 48 S 6: Protokoll der Sitzung vom 7. 11. 1963, S. 24: „La bonne méthode serait-elle de ne rien faire? Si vous posez le principe que les Russes doivent céder sur tous les points et accepter par exemple l’unité d’une Allemagne sous contrôle occidental, le problème ne sera jamais résolu. Vous n’espérez tout de même pas que l’Union soviétique aille vous apporter sur un plateau d’argent cette Allemagne réunifiée qui n’aura pas renoncé peut-être à des revendications territoriales, qui n’aura pas admis la ligne Oder-Neisse.“ Reaktion von André Monteil (RPCD, Finistère) während einer Anhörung von Maurice Couve de Murville.

⁸³⁷ Vaisse, *La grandeur*, S. 417f.

französisch-westdeutschen Beziehungen.⁸³⁸ Die Annäherung mit der Sowjetunion vollzog sich zunächst auf technischer und wirtschaftlicher Ebene, bevor sie in den folgenden Jahren auch auf politischer Ebene fortgesetzt wurde. Wurde bislang die Lösung des „deutschen Problems“ als Bedingung einer allgemeinen Entspannung angesehen, so vollzog de Gaulle nunmehr einen von Maurice Vaisse als „kopernikanische Wende“ bezeichneten Wandel in seiner Außenpolitik, indem er – begünstigt durch die Entwicklung der internationalen Situation – aus der allgemeinen Entspannungspolitik das Mittel zur Lösung des „deutschen Problems“ machte.⁸³⁹ Ebenfalls 1964 erreichten die politischen Kontakte auf parlamentarischer Ebene zwischen Frankreich und der DDR eine neue Qualität. Dazu trugen die beiden Parlamentarierdelegationen zu Beginn des Jahres, die eine bis 1966 andauernde Welle des politischen Tourismus in die DDR auslösten, ebenso bei wie eine im Auswärtigen Ausschuss der Nationalversammlung erstmalig zur DDR abgehaltene Sitzung.

Die französische Ost- und Entspannungspolitik erlebte mit der Reise von Charles de Gaulle nach Moskau 1966 einen ihrer wichtigen Höhepunkte. Im Mittelpunkt dieser Reise stand der Dialog über internationale und vor allem europäische Angelegenheiten. An erster Stelle stand dabei der Austausch über das „deutsche Problem“ als den zentralen Unsicherheitsfaktor in Europa. In einem Gespräch mit Leonid Breschnew betonte de Gaulle, dass Deutschland aus französischer Perspektive vor allem deshalb eine Gefahr darstelle, weil es im Zentrum der Auseinandersetzung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion stehe. Auf dem Hintergrund einer als unumgänglich dargestellten deutschen Wiedervereinigung verteidigte er auch in Moskau seine Konzeption einer europäischen Lösung des „deutschen Problems“.⁸⁴⁰ Um dessen Herauslösung aus dem Kontext der Rivalität zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zu begünstigen, forderte er Breschnew auf, den Austausch zwischen den Deutschen beider Teilstaaten auf gesellschaftlicher Ebene zu erleichtern. In Bezug auf die DDR vertrat de Gaulle seine bereits 1959 geäußerten Überzeugungen, dass es sich um ein künstliches Konstrukt handle und vor allem, dass dessen Anerkennung eine Regelung des „deutschen Problems“ und damit dauerhafte Sicherheit in Europa verhindere.⁸⁴¹

Innerhalb dieser parallelen, bisweilen gegenläufigen und scheinbar widersprüchlichen Entwicklung zwischen den französisch-sowjetischen und den französisch-westdeutschen Beziehungen, deren übergeordnete Funktion die Lösung des „deut-

⁸³⁸ Cf. dazu Geiger, *Atlantiker gegen Gaullisten*, S. 247–339.

⁸³⁹ Vaisse, *La grandeur*, S. 420.

⁸⁴⁰ AMAE, *Entretiens et messages*, 27: Protokoll eines Gesprächs von de Gaulle und Breschnew am 21. 6. 1966 in Moskau, f. 281 f.: „Extérieurement, il est important de sortir le problème allemand de la contestation entre l’Union soviétique et les États-Unis et d’en faire ce qu’il doit être, c’est-à-dire un problème de bonne foi entre Européens. [...] Si vous voulez la sécurité, il faut attirer la question allemande à l’intérieur de l’Europe. C’est une question d’attitude.“

⁸⁴¹ *Ibid.*, f. 286: „Sur la reconnaissance de la RDA, je vous dirai que nous ne considérons pas celle-ci comme un État. C’est une institution artificielle que vous avez réalisé, là pour les besoins de la cause. L’Allemagne de l’Est est un fait, mais nous ne la reconnaissons pas comme État. Si nous le faisons, les perspectives en Allemagne ne pourraient pas être pacifiques.“

schen Problems“ war und in deren Mittelpunkt die DDR stand, gab es bestimmte Ereignisse, die miteinander korrespondierten. Eine solche Verbindung bestand etwa zwischen den Gesprächen, die de Gaulle 1966 im Abstand weniger Monate zunächst mit Leonid Breschnew und später mit Willy Brandt geführt hat. Den französischen Präsidenten und den neuen Außenminister der Bundesrepublik verband eine in großen Teilen ähnliche Sicht auf die Europa betreffenden Fragen des Kalten Krieges. In Brandt fand de Gaulle einen aktiven Partner für die Fortführung seiner Ostpolitik durch die Bundesrepublik.⁸⁴² Bezug nehmend auf seine Gespräche mit der sowjetischen Regierung, die eine langfristige Regelung des „deutschen Problems“ im Sinne Deutschlands möglich erscheinen ließen, versuchte de Gaulle Einfluss zu nehmen auf die Politik der Bundesrepublik gegenüber Moskau und Ost-Berlin. Dass de Gaulle die Wiedervereinigung als eine historische Notwendigkeit verstand, wird aus beiden Gesprächen deutlich: Zwar versicherte er Breschnew, man habe es damit nicht eilig, gleichzeitig jedoch stellte er sie Brandt gegenüber als ein Anliegen französischer Politik dar. Hinsichtlich der DDR äußerte sich de Gaulle in beiden Gesprächen in nahezu identischer Weise. Auch forderte er Bonn wie vorher schon Moskau dazu auf, den innerdeutschen Austausch in allen Bereichen zu unterstützen und zu fördern.⁸⁴³ Wenn er den Ausbau der innerdeutschen Beziehungen mit dem Hinweis befürwortete, dies entspreche der französischen Politik, so lässt dies auch Rückschlüsse auf seine Einstellung zu Beziehungen und Kontakten zwischen Frankreich und der DDR zu. Im Dienste eines europäischen Dialogs über den Eisernen Vorhang hinweg wurden sie von de Gaulle hiermit als grundsätzlich positiv bewertet. Der allmähliche Ausbau der Beziehungen mit der DDR auf kultureller und wirtschaftlicher Ebene seit 1966/67 kann als Beleg dafür gewertet werden. Die entscheidende Einschränkung lieferte er an gleicher Stelle: Frankreich werde nichts unternehmen, was Deutschland schade (gemeint war hier nicht nur die Bundesrepublik, sondern die deutsche Nation insgesamt). Damit wurde eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR ausgeschlossen.⁸⁴⁴ Mit diesen beiden Postulaten – Befürwortung und Unterstützung von Beziehungen und Kontakten mit der DDR einerseits sowie Gewährleistung der Integrität der deutschen Nation auch in Zukunft als nicht zu überschreitende Grenze andererseits – wurde der Rahmen definiert, in dem sich die Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR bis zur Unterzeichnung des Grundlagenvertrages, prinzipiell jedoch bis zur Wiedervereinigung, entwickeln sollten.

⁸⁴² Zum Verhältnis zwischen Brandt und de Gaulle: Möller/Vaïsse (Hrsg.), Willy Brandt und Frankreich, siehe insbesondere die Beiträge von Cyril Buffet, Maurice Vaïsse und Klaus Hildebrand.

⁸⁴³ AMAE, Entretiens et messages, 28: Protokoll eines Gesprächs von de Gaulle und Brandt am 16. 12. 1966 in Paris, f. 82: „Quant à vos rapports avec les gens de la RDA – comme il y a un seul peuple allemand et c’est là la vérité de base – chaque fois que vous l’améliorez sur des questions pratiques, économiques, scientifiques, techniques, d’échanges de personnes, de touristes, de visites, nous trouverons cela très satisfaisant pour tous, et particulièrement pour vous. Il faut maintenir des contacts avec les Allemands artificiellement écartés. C’est cela notre politique.“

⁸⁴⁴ Ibid., f. 81: „Nous vous aiderons si vous voulez, en particulier à Moscou; nous avons déjà commencé. Dans cette politique de détente, nous ne faisons rien qui soit nuisible à l’Allemagne, nous ne reconnaitrons pas la RDA.“

Als Gegenleistung für das Eintreten Frankreichs zugunsten der Einheit der deutschen Nation forderte de Gaulle eine veränderte Einstellung gegenüber den deutschen Grenzen und im Zusammenhang damit eine psychologische Aktion gegenüber den osteuropäischen Nachbarn Deutschlands, um diesen die grundsätzlichen Bedenken gegenüber Deutschland zu nehmen. Auch mahnte er eine stärker europäische Ausrichtung der deutschen Außenpolitik an, gemeint war eine größere Unabhängigkeit von den Vereinigten Staaten als Bedingung für den Dialog mit dem Osten.⁸⁴⁵

Dass Deutschland nicht in der gewünschten Weise auf den von der französischen Ostpolitik vorgezeichneten Kurs einschwenkte, wurde von Charles de Gaulle in seinen Gesprächen mit Kurt G. Kiesinger nach dem Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in Prag entsprechend scharf kritisiert. Im Zuge einer allgemeinen Enttäuschung über den Stand der französisch-westdeutschen Beziehungen beklagte man in Paris vor allem die mangelnde Solidarität beim Einkauf von Waffen in den Vereinigten Staaten, die Deutschland auch in Frankreich hätte erwerben können. In den Vier-Augen-Gesprächen prangerte de Gaulle zudem die aus französischer Sicht unzureichende Politik der Bundesregierung gegenüber dem Osten Europas an. Zwar räumte er die Legitimität unterschiedlicher Sichtweisen auf den Osten ein, insistierte aber auf dem gemeinsamen Sicherheitsinteresse und dem sich daraus ableitenden gemeinsamen Interesse an einer Entspannungspolitik in Europa.⁸⁴⁶

In Vorbereitung des deutsch-französischen Gipfels im Frühjahr 1969 fiel die Kritik an der deutschen Politik im Osten Europas noch deutlicher aus.⁸⁴⁷ Die von de Gaulle bei den Gesprächen mit Kiesinger im März vorgetragenen Positionen wichen in ihrem Grundgehalt nicht von denen ab, die er bei früheren Gesprächen deutlich gemacht hatte. Sie wurden jedoch sehr viel dringlicher vorgetragen; auch traten der französische Präsident und sein Außenminister gegenüber ihren deutschen Amtskollegen sehr viel ungehaltener auf. Debré machte in einem Gespräch mit Brandt die westdeutsche Politik nicht nur für die Ereignisse in Prag unmittelbar verantwortlich, sondern bezeichnete diese Politik als eine Infragestellung der europäischen Solidarität. Es müsse, so Debré, deutlicher werden, dass zwischen Frankreich und der Bundesrepublik noch immer ein Einverständnis über Grundsatzfragen bestehe.⁸⁴⁸ Charles de Gaulle, überzeugt von der Alternativlosigkeit des von Frankreich eingeschlagenen Weges, richtete wenige Tage später einen eindringlichen Appell an den Bundeskanzler, ebenfalls eine aktive Ostpolitik zu be-

⁸⁴⁵ Ibid., f. 88.

⁸⁴⁶ ANF, 5 AG 1, 676: Protokoll eines Gesprächs von de Gaulle und Kiesinger am 27. 9. 1968: „Ensuite, il y a la question de la politique. Est-ce que l'Allemagne et la France peuvent faire une politique commune? En France tout le monde croit que dans une certaine mesure, et notamment pour la sécurité, cela serait possible. Je dis ‚dans une certaine mesure‘, car tout le monde sait que si vous êtes submergés, nous serons menacés.“

⁸⁴⁷ Ibid.: Protokoll eines Gesprächs von de Gaulle und von Braun, westdeutscher Botschafter in Paris, am 14. 1. 1969: „Pour ce qui est, enfin, des rapports avec l'Est, nous constatons sans doute que l'Allemagne n'est pas opposée à la politique de détente, mais ne nous apporte pas son soutien dans ce domaine quand il y aurait lieu de le faire.“

⁸⁴⁸ Ibid.: Protokoll eines Gesprächs von Debré und Brandt am 10. 3. 1969.

treiben. Um die Bundesrepublik zu diesem als überfällig angesehenen Schritt zu bewegen, erläuterte er Kiesinger die mit dieser Politik verbundenen Interessen und verwies zunächst auf den Ostblock als Absatzmarkt. Wenn de Gaulle hierzu erklärte, dass er keinen Grund sehe, diese Möglichkeiten nicht auch zu nutzen, könnte dies eine Anspielung auf den nur zwei Wochen zuvor mit der DDR unterzeichneten Vertrag über die französische SECAM-Technologie gewesen sein. Ein über die Wirtschaftsbeziehungen hinausgehendes politisches Interesse sah er in dem mit diesen Beziehungen verbundenen Durchlässigerwerden des Eisernen Vorhangs sowie einer fortschreitenden Entideologisierung des Ostblocks und damit auch der DDR.⁸⁴⁹ Die Kontakte und Beziehungen in allen praktischen Bereichen – gemeint waren hier in erster Linie die innerdeutschen Beziehungen – würden zudem als Grundlage für die Schaffung eines Klimas der Entspannung in Europa dienen. Die Argumentation des französischen Präsidenten gipfelte schließlich im Hauptinteresse aller Ost- und Entspannungspolitik, der Regelung des „deutschen Problems“, was wiederum nur in einer solchen Atmosphäre möglich sei.⁸⁵⁰

Wenn die französische Regierung in den folgenden Jahren die Entwicklung der Beziehungen Frankreichs mit der DDR auf wirtschaftlicher, kultureller, aber auch auf parlamentarischer Ebene zuließ, so war dies grundsätzlich mit der Absicht zu erklären, die Schaffung eines solchen Klimas in Europa voranzutreiben. Die Regierungserklärung von Willy Brandt im Oktober 1969 ermöglichte es Frankreich schließlich, die Beziehungen mit der DDR in den genannten Bereichen auf eine quantitativ und qualitativ höhere Ebene zu stellen. Dabei wurde jeder Schritt vor allem an einem Kriterium gemessen: Die Bundesregierung sollte auf ihrem Weg der deutsch-deutschen Annäherung nicht behindert werden. Alles, was ihren Handlungsspielraum auf diesem Feld hätte einschränken können, wurde als kontraproduktiv angesehen, da alles, was einer Regelung des „deutschen Problems“ zuwiderlief, gleichsam französischen Interessen widersprach. Während des ge-

⁸⁴⁹ Ibid.: Protokoll eines Gesprächs von de Gaulle und Kiesinger am 14.3.1969, S.2: „À mon avis, les possibilités pratiques, notamment pour la paix, le développement et le progrès, résident maintenant dans des contacts et des échanges de plus en plus intenses entre l'Ouest et l'Est. Je crois que cela est vrai notamment pour l'Europe. [...] Du côté de l'Est, je crois qu'on en a beaucoup besoin pour le développement, et, à l'Ouest, on ne serait pas fâché d'avoir de nouveaux marchés d'exportation et de pouvoir acheter des matières premières, etc. À mon sens, c'est cela la possibilité actuellement et je ne vois pas pourquoi nous ne la saisissons pas. Et ceci d'autant plus que plus il y aura d'échanges avec l'Est de marchandises, d'ingénieurs, d'étudiants, de touristes, de journaux, de radio, etc., et moins le bloc communiste sera communiste. Je le crois. Nous le sentons déjà chez les Tchèques et c'est latent chez les Polonais et les Hongrois. Cela l'est probablement aussi en Allemagne de l'Est.“

⁸⁵⁰ Ibid.: „Le problème allemand apparaîtra [infolge der Détente in Europa – Ch. W.], même chez les Russes, comme différent. Je ne dis pas qu'ils seront pressés de vous réunir, je suis même sûr qu'ils n'accepteront pas le rétablissement de vos frontières d'avant-guerre et je suis sûr qu'ils ne veulent pas que vous possédiez d'armes atomiques. Mais ceci étant, ils accepteront et peut-être favoriseront même, sinon une réunification politique tout au moins une vie en commun du peuple allemand tout entier. C'est là mon sentiment. Je crois que c'est la seule chance pour vous d'être réunifiés ou alors il faut faire la guerre. Or, on ne veut pas la faire. Il vaut donc mieux tirer parti de la détente pour résoudre les problèmes européens, et notamment le problème allemand.“

samten Anerkennungsprozesses und darüber hinaus blieb dieses Prinzip bindend für sämtliche Entscheidungen der französischen Regierung, die den Ausbau der Beziehungen mit der DDR betrafen. Dies wurde insbesondere bei den Verhandlungen über ein Konsularabkommen zwischen Frankreich und der DDR sichtbar, bei denen die DDR versuchte, die Existenz einer ostdeutschen Staatsangehörigkeit juristisch zu fixieren und damit die Teilung der deutschen Nation festzuschreiben. Dass die Verhandlungen bis zum Ende der 1970er Jahre andauerten, also fast während der gesamten Amtszeit von Valéry Giscard d'Estaing, dass man sich nicht wie Großbritannien auf einen Kompromiss in dieser Frage eingelassen, sondern sich konsequent der Anerkennung einer „nationalité est-allemande“ verweigert hatte, ist ein klares Indiz dafür, dass sich die Grundhaltung Frankreichs hinsichtlich des „deutschen Problems“ und der DDR auch nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen nicht änderte.

Zwar wurden die Thesen de Gaulles zur deutschen Wiedervereinigung von seinen Nachfolgern im Wesentlichen übernommen, jedoch ohne diese in der Öffentlichkeit explizit zu bekräftigen. Dies lag zum einen an der Übernahme der zentralen Rolle innerhalb der europäischen Ost- und Entspannungspolitik durch die Bundesrepublik seit Oktober 1969, zum anderen aber auch an der Überlagerung der deutschen Frage durch andere Probleme der Ost-West-Beziehungen in Europa seit Beginn der KSZE-Verhandlungen. Aus dem öffentlichen Diskurs in Frankreich wurde das „deutsche Problem“ ab der Mitte der 1970er Jahre bis 1989 nahezu vollständig verdrängt.⁸⁵¹

2. Zwischen Normalisierung und Kontinuität

Der unveränderten Grundhaltung Frankreichs in Bezug auf den zweiten deutschen Staat stand fortan die im Zusammenhang mit der Anerkennung beschleunigte Normalisierung der französisch-ostdeutschen Beziehungen gegenüber. Dieses Paradoxon charakterisierte die Beziehungen insbesondere nach 1973. Und hier liegt auch die wesentliche Ursache für die zahlreichen Schwierigkeiten begründet, denen sich Frankreich seit dieser Zeit in den Beziehungen mit der DDR ausgesetzt sah. Eklatantes Beispiel für diese Schwierigkeiten sind die Verhandlungen über ein Konsularabkommen. Zwar waren nicht die alliierten Rechte selbst unmittelbar in Gefahr, dafür fürchtete man umso mehr die Infragestellung der Einheit der deutschen Nation. Die Anerkennung einer „nationalité est-allemande“ hätte die These Frankreichs vom Fortbestehen Deutschlands als einer Einheit infrage gestellt und damit auch die Verantwortung für die gesamtdeutsche Souveränität durch die Alliierten sowie die Möglichkeit Frankreichs, auf die Entwicklung Deutschlands und seine europäische Integration Einfluss zu nehmen.⁸⁵²

⁸⁵¹ ANE, 5 AG 4, CDM 33: Note des CAP, Guéhenno, vom 12. 9. 1989.

⁸⁵² AMAE, RDA 1971–1976, 3103: Note der S/DEUC vom 12. 4. 1976 für die Rechtsabteilung: „[...] la reconnaissance de la nationalité est-allemande porterait atteinte à notre thèse relative à la survie de l'Allemagne dans son ensemble ou, comme le dit la direction juridique, à ce qui subsiste de l'exercice de la souveraineté allemande par les quatre alliés.“

In den nicht allzu zahlreichen Reden französischer Politiker und Diplomaten im Kontext der französisch-ostdeutschen Beziehungen war die Bezugnahme auf Charles de Gaulle und seine Entspannungspolitik in Europa ein häufig wiederkehrendes Motiv. Sie beinhaltete immer auch eine indirekte Anspielung auf die Grundprinzipien gaullistischer Deutschlandpolitik als den Kern seiner Europapolitik. Auch der erste Botschafter Frankreichs in Ost-Berlin, Bernard de Chalvron, bediente sich bei der Übergabe seines Beglaubigungsschreibens einer solchen Anspielung, indem er die gaullistische Entspannungspolitik in Europa zum Maßstab seines eigenen Wirkens erklärte.⁸⁵³ Dementsprechend bezog er sich nicht auf die französisch-ostdeutschen Beziehungen, wenn er die tradierten und sehr engen Verbindungen zwischen beiden Ländern hervorhob.⁸⁵⁴ Statt einer eigenständigen Betrachtung der Beziehungen mit dem zweiten deutschen Staat, wie sie durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen gerechtfertigt gewesen wäre, nahm de Chalvron hier deren Einordnung in den Kontext der deutsch-französischen Beziehungen im Allgemeinen vor. Den Beziehungen zur DDR wurde somit ein eigenständiger Charakter abgesprochen, sie wurden vielmehr als Teil der deutsch-französischen Beziehungen in den Dienst der europäischen Entspannungspolitik gestellt. Um dennoch von den französisch-ostdeutschen Beziehungen im Besonderen zu sprechen, verwies de Chalvron nicht auf die Erfolge des Berliner Ensembles in Frankreich, wie vom Ministerium in Paris vorgeschlagen⁸⁵⁵, sondern auf seine persönlichen Kontakte zu Ostdeutschen, denen er während des Zweiten Weltkrieges im Widerstand in Frankreich begegnet war. Auch Georges Pompidou nahm in seiner Rede bei der Übergabe des Beglaubigungsschreibens durch den ostdeutschen Botschafter Bezug auf diese gemeinsame Vergangenheit.⁸⁵⁶ Indem er seine Rede damit begann, machte er den gemeinsamen Widerstand gegen den Nationalsozialismus sogar zur Basis der französisch-ostdeutschen Beziehungen. Er verließ jedoch umgehend den bilateralen Rahmen und schlug eine Brücke zur französischen Europapolitik, indem er die Wahl eines ehemaligen Résistance-Kämpfers zum Botschafter der DDR in Frankreich als Symbol der Entspannung in Europa bezeichnete. Das Funktionieren der Beziehungen zur DDR zeigte er auf

⁸⁵³ AMAE, RDA 1971–1976, 3069: Ansprache von de Chalvron, gehalten am 25. 3. 1974 anlässlich der Übergabe seines Beglaubigungsschreibens in Ost-Berlin: „Renouvelée et proclamée par le général de Gaulle, cette politique de sécurité européenne dans l'indépendance nationale réciproque sera mon constant objectif.“

⁸⁵⁴ Ibid.: „Les liens qui les [die beiden Staaten – Ch. W.] unissent ont été toujours très étroits. L'histoire témoigne de leur ancienneté et de leur profondeur, et dans des domaines aussi différents que les domaines politique, économique, culturel, théâtral, musical ou littéraire, des liens puissants se sont noués au cours des siècles.“

⁸⁵⁵ AMAE, RDA 1971–1976, 3069: Entwurf der S/DEUC vom 12. 3. 1974 für die Ansprache von de Chalvron anlässlich der Übergabe seines Beglaubigungsschreibens in Ost-Berlin.

⁸⁵⁶ AMAE, RDA 1971–1976, 3069: Ansprache von Pompidou anlässlich der Übergabe des Beglaubigungsschreibens durch Ernst Scholz, Botschafter der DDR in Paris: „En désignant Votre Excellence pour représenter la République démocratique allemande en France, le président du Conseil de l'État et le gouvernement de votre pays ont fait un choix auquel nous sommes profondément sensibles. Que vous ayez jadis choisi la France comme terre d'asile nous honore grandement.“

parlamentarischer Ebene am Beispiel der Reise von Edgar Faure sowie an der Existenz der Freundschaftsgesellschaften in der Nationalversammlung und im Senat; auf gesellschaftlicher und kultureller Ebene bezeugten dies die Städtepartnerschaften respektive die Erfolge des Berliner Ensembles und der Staatsoper in Frankreich.⁸⁵⁷ Pompidou machte deutlich, dass vor allem der Ausbau der Beziehungen auf kultureller Ebene im Interesse Frankreichs liege. Erst an zweiter Stelle sprach er über die Wirtschaftsbeziehungen. Die Anmerkung, Frankreich scheue in diesem Bereich keine Anstrengung in Verbindung mit der Anerkennung der wirtschaftlichen Leistungen der DDR, lässt sich als eine an die DDR gerichtete Aufforderung verstehen, dieses Potenzial auch in den Beziehungen mit Frankreich zu nutzen.⁸⁵⁸ Von Beziehungen auf politischer Ebene, abgesehen vom Interesse gewisser parlamentarischer Kreise für die DDR, sprach Pompidou hingegen nicht.

Im Juli 1975 wurde Bernard de Chalvron als Botschafter bereits durch Henry Bayle in Ost-Berlin abgelöst. Bayle war zwar Anfang der 1950er Jahre im Rahmen seiner Tätigkeit im französischen Hochkommissariat in der Bundesrepublik mit deutschen Angelegenheiten befasst gewesen, galt jedoch im Gegensatz zu de Chalvron nicht als DDR-Spezialist. Für ihn wurden daher Instruktionen erarbeitet. Sie zeugen von den Anstrengungen Frankreichs um eine Normalisierung der Beziehungen zur DDR unter Wahrung deutschlandpolitischer Grundsätze: Frankreich könne, so die Vorgabe des *Quai d'Orsay*, die ostdeutsche Konzeption, wonach die DDR nicht länger ein sozialistischer Staat deutscher Nation sei, sondern ein sozialistischer Staat, vergleichbar allen anderen Ostblockstaaten, aus Prinzip nicht akzeptieren. Desgleichen habe die Aufnahme beider deutscher Staaten in die Vereinten Nationen keine Auswirkungen auf die Verantwortung Frankreichs gegenüber Deutschland in seiner Gesamtheit. Als Beleg für dieses grundlegende Prinzip der französisch-ostdeutschen Beziehungen wurde der erste offizielle Schriftwechsel zwischen beiden Staaten benannt: In seinem Schreiben vom 27. Dezember 1972 hatte Maurice Schumann in erster Linie auf das Vier-Mächte-Abkommen verwiesen.⁸⁵⁹

Zu dieser problematischen Grundsituation kam der Einfluss von Dritten auf die Beziehungen Frankreichs zum zweiten deutschen Staat: Auf wirtschaftlicher Ebene wurden die Möglichkeiten Frankreichs erheblich durch die innerdeutschen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen eingeschränkt, da die ostdeutschen Außenhandelskapazitäten durch die bundesdeutsche Wirtschaft weitgehend absorbiert

⁸⁵⁷ Ibid.: „La récente visite du président de l'Assemblée nationale dans votre pays est venue confirmer l'intérêt que la 'classe politique' porte depuis quelques années déjà à la République démocratique allemande, que ce soit au niveau national ou municipal. Les réalisations de votre pays dans le domaine artistique, de l'Opéra d'État au Berliner Ensemble, reçoivent en France un accueil chaleureux.“

⁸⁵⁸ Ibid.: „La France, pour sa part, ne ménagera pas ses efforts pour renforcer ses relations avec un pays dont elle a pu apprécier le remarquable essor économique.“

⁸⁵⁹ AMAE, RDA 1971–1976, 3069: Entwurf vom 24. 6. 1976 der Instruktionen für den franz. Botschafter in der DDR: „[...] marquant ainsi que l'établissement de relations diplomatiques entre les deux pays n'impliquerait aucune modification de nos conceptions concernant l'Allemagne et le statut de Berlin.“ Cf. auch *ibid.*, 3101: Brief von Maurice Schumann vom 27. 12. 1972 an Otto Winzer.

wurden.⁸⁶⁰ Auf kultureller und teilweise sogar auf parlamentarischer Ebene ging der auch nach 1973 weitgehend unverminderte Einfluss der Freundschaftsgesellschaft *France-RDA* zu Lasten der Verhandlungsmöglichkeiten des französischen Außenministeriums.⁸⁶¹ Die von Frankreich angestrebte Normalisierung der Beziehungen auf wirtschaftlicher und kultureller Ebene blieb somit trotz der Aufnahme diplomatischer Beziehungen ein schwieriges Unterfangen.⁸⁶² Zudem wurde die Normalisierung beschränkt durch die unvermindert gültigen Grundprinzipien der von de Gaulle definierten Deutschlandpolitik. Ihre Fortführung war durch die veränderten internationalen Rahmenbedingungen inzwischen ebenfalls erheblich erschwert worden. Dass die französische Diplomatie dennoch an einer gesamtdeutschen Politik festhielt, sich in besonderem Maße in die Pflicht genommen fühlte, lässt sich nur mit der gaullistischen Konzeption dauerhafter Sicherheit in Europa erklären.⁸⁶³ Die zahlreichen Zugeständnisse auf politischer Ebene an die DDR seit 1975 (Erhöhung des Botschaftspersonals, Besuche in Ost-Berlin von zwei Staatssekretären, die Treffen von de Laboulaye/Nier und Sauvagnargues/Fischer in Paris etc.) wurden aus diesem Grund vom *Quai d'Orsay* als „Schein-Kooperation“ bewertet.⁸⁶⁴

Die parlamentarischen Beziehungen als Ersatzebene nach 1973

Während die DDR-Politik Frankreichs in den von de Gaulle vorgezeichneten Bahnen verlief und von der parlamentarischen Ebene unbedingt zu unterscheiden ist, waren es nicht zuletzt linksgaullistische Parlamentarier wie Pierre Billotte (UDR, Val-de-Marne), die sich für einen Ausbau der Kontakte auf politischer Ebene engagierten. Billotte hatte zusammen mit einem Mitglied des Präsidiums der Freundschaftsgesellschaft *France-RDA* der Nationalversammlung, René La Combe (UDR, Maine-et-Loire), im Januar 1974 eine Studienreise unternommen.⁸⁶⁵ Ziel seiner Reise war es, die Motive der DDR für Beziehungen mit Frank-

⁸⁶⁰ AMAE, RDA 1971–1976, 3069: Entwurf vom 24. 6. 1976 der Instruktionen für den franz. Botschafter in der DDR: „Les rapports que la RDA entretient avec Bonn ne sont pas sans hypothéquer par ailleurs un développement satisfaisant de nos relations bilatérales.“

⁸⁶¹ Ibid.: „À cela s'ajoutent les conséquences fâcheuses des habitudes prises par les représentants est-allemands à Paris dans la semi-clandestinité d'avant 1973. La RDA ne fait pas toujours du Quai d'Orsay ou de notre ambassade son interlocuteur privilégié. Il nous revient donc d'être vigilants à l'égard des satisfactions (notamment de prestige) que Berlin-Est pourrait par ce biais obtenir au détriment de nos intérêts réels.“

⁸⁶² Ibid.: „La ‚normalisation‘ des relations avec l'ami le plus fidèle de Moscou, allemand de surcroît, est une tâche ardue. Nous souhaitons d'autant plus progresser sur cette voie, mais ni au prix de nos intérêts ni de nos positions de principe touchant la question allemande [sic].“

⁸⁶³ Ibid.: „Plus que pour tout autre pays, notre politique doit être coordonnée en fonction d'une vue d'ensemble.“

⁸⁶⁴ Ibid.: „Dans le domaine politique, nous avons répondu peu à peu à ‚l'avidité‘ des Allemands de l'Est pour les manifestations de coopération ‚de façade‘.“

⁸⁶⁵ AMAE, RDA 1971–1976, 3104: Telegramm der S/DEUC, Puaux, vom 4. 1. 1974 an die franz. Botschaft in Berlin; einwöchiger Aufenthalt ab dem 8. 1. 1974; weiterer Teilnehmer: Rémy Goussault, Mitglied des Conseil économique et social.

reich zu ermitteln. Für Billotte gab es im Verhältnis beider Staaten Anknüpfungspunkte, die sich Frankreich künftig besser zunutze machen sollte: Dies bezog er auf die relative Unabhängigkeit Frankreichs gegenüber den Vereinigten Staaten sowie auf die historischen Verbindungen zwischen Frankreich und Preußen seit dem durch die Hugenotten geleisteten Kulturtransfer. Es bezog sich aber auch auf ein von Billotte postuliertes Interesse an einem freiheitlichen Sozialismus in beiden Ländern.⁸⁶⁶ Die an die französische Regierung adressierte Frage Billottes, auf welcher politischen Ebene und durch welche politischen Milieus die Kontakte mit der DDR zukünftig geführt werden sollten, lässt sich im Nachhinein mit den Aktivitäten auf parlamentarischer Ebene beantworten, wozu auch die Reise Billottes zu zählen ist. Zur selben Zeit wie Billotte hielt sich auch Edgar Faure in der DDR auf. Im November 1974 folgte schließlich eine Delegation mit Abgeordneten und Lokalpolitikern um den gaullistischen Bürgermeister von Boulogne-Billancourt und ehemaligen Leiter des CNCE, Georges Gorse.⁸⁶⁷

Aufgrund des Fehlens einer echten politischen Ebene in den französisch-ost-deutschen Beziehungen spielten die seit Beginn der 1970er Jahre intensivierten parlamentarischen Beziehungen als Ersatzebene auch nach 1973 eine bedeutsame Rolle. Die DDR versuchte gezielt, die guten Kontakte auf parlamentarischer Ebene in Beziehungen auf politischer Ebene umzumünzen, und ließ keine Gelegenheit aus, um über diesen Umweg die von ihr geforderten politischen Konsultationen zu erwirken. Der Frankreich-Aufenthalt des Präsidenten der Volkskammer der DDR, Gerald Götting, im Januar 1975 auf Einladung des Präsidenten der französischen Nationalversammlung ist dafür ein gutes Beispiel: Die Reise wurde mit minimalem protokollarischen Aufwand organisiert, die Einbeziehung des Präsidiums der Nationalversammlung mit einer persönlichen Einladung vermieden.⁸⁶⁸ Götting traf außerdem auf zahlreiche Vertreter jener parlamentarischen Kreise, die den Beziehungen mit der DDR gegenüber besonders aufgeschlossenen waren, darunter Georges Gorse, Louis Gros (Vizepräsident des Senats und Mitglied der Freundschaftsgesellschaft *France-RDA* im Senat) und André Voisin (Präsident des Bezirksparlaments *Indre-et-Loire*, Voisin hatte die DDR erstmalig im Januar 1964 be-

⁸⁶⁶ AMAE, RDA 1971–1976, 3100: Undatierter Reisebericht von Pierre Billotte: „En définitive, les contacts entre la France et la RDA au niveau des milieux politiques devraient, pour être fructueux, s’établir en France avec les membres de la majorité, spécialement avec les gaullistes et surtout avec le MSP qui, sans s’écarter de ce qui constitue le fond libéral de l’opinion française, est ouvert en direction d’un nouveau socialisme de fait, non marxiste, celui des personnes, réalisé par la participation progressive des citoyens à tous les rouages, qui convient à un pays démocratique et très évolué. Le problème immédiat est en somme de savoir, si le contact pris en RDA doit se renouveler à Paris, quel milieu politique en sera chargé et quels moyens y seront affectés.“

⁸⁶⁷ AMAE, RDA 1971–1976, 3104: Telegramm der S/DEUC, de Margerie, vom 28. 10. 1974 sowie *ibid.*, 3100: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 8. 11. 1974; Reise vom 5. bis zum 9. 11. 1974 auf Einladung der Nationalen Front; weitere Teilnehmer: Henry Berger (UDR, Côte-d’Or), André Fanton (UDR, Paris), Claude Estier (PS, Stadtrat von Paris), Michel Crépeau (MRG, Bürgermeister von La Rochelle), Jean Poudevigne (PDM), Gustave Ansart (PCF, Nord) sowie André Laignel (PS, Stadtrat von Issoudun); Poudevigne und Ansart waren außerdem Mitglieder der Freundschaftsgesellschaft France-RDA in der Nationalversammlung.

⁸⁶⁸ AP, Assemblée, 2004-019/43: Note von Lebedel vom 6. 11. 1974.

reist).⁸⁶⁹ Über diese lediglich parlamentarischen Kontakte hinaus nutzte der Volkskammerpräsident seinen Paris-Aufenthalt aber auch zu einer Unterredung mit dem französischen Außenminister. Das Gespräch zwischen Götting und Sauvagnargues verdeutlicht einmal mehr die Unvereinbarkeit der Prioritäten beider Staaten in den Beziehungen mit dem jeweils anderen: Während die DDR bestrebt war, klassische bilaterale Beziehungen mit einer politischen Ebene als zentralem „Motor“ zu etablieren, standen für Frankreich diese Beziehungen im Dienste multilateraler europäischer Entspannungspolitik, war der Austausch von Waren und Personen zur Überwindung der Spaltung Europas das zentrale Anliegen.⁸⁷⁰

Auch die französische Diplomatie machte sich die parlamentarische Ebene aktiv zunutze. Dies zeigt sich beispielsweise in der Zusammenarbeit mit der Freundschaftsgesellschaft *France-RDA* der Nationalversammlung. Als die Gesellschaft im September 1975 eine Delegation in die DDR entsandte, empfing Sauvagnargues zuvor deren Präsidenten Roger Fossé (UDR, Seine-Maritime).⁸⁷¹ Zwar ist über den Inhalt dieses Gesprächs nichts bekannt, es ist aber zu vermuten, dass Sauvagnargues die Gelegenheit genutzt hat, um Fossé quasi als außerordentlichen Botschafter mit der französischen Position vertraut zu machen. Darüber hinaus wurde die Delegation von Fossé durch das Außenministerium mit Informationsmaterial versorgt.⁸⁷² Welchen Raum die Freundschaftsgesellschaft aus Sicht des Ministeriums in den Beziehungen einnahm, wird auch daran ersichtlich, dass sie den Fachausschüssen der Nationalversammlung als Ansprechpartner empfohlen wurde, die an einer Reise in die DDR interessiert waren.⁸⁷³

Hatte der Delegation der Freundschaftsgesellschaft mit Albert Ehm (UDR, Bas-Rhin) ein Mitglied aus dem Präsidium des Auswärtigen Ausschusses der Nationalversammlung angehört, so befand sich in der Delegation, die der Auswärtige Aus-

⁸⁶⁹ Ibid.: Programm vom 14.2.1975 für den Frankreichaufenthalt von Gerald Götting, Präsident der Volkskammer, vom 18.2. bis 21.2.1975.

⁸⁷⁰ AMAE, RDA 1971–1976, 3100: Bericht der S/DEUC vom 19.2.1975 über ein Gespräch zwischen dem Außenminister (Jean Sauvagnargues) und dem Präsidenten der Volkskammer der DDR (Gerald Götting): „Cette évolution [von Wirtschafts- und Kulturbeziehungen hin zu politischen Beziehungen – Ch. W.] répondait à l'intérêt des deux pays, mais aussi à celui de la détente en Europe. Et cette détente avait deux volets: d'une part le respect du statu quo territorial, d'autre part le développement et l'assouplissement des échanges.“

⁸⁷¹ Ibid.: Brief von MAE, Sauvagnargues, vom 30.9.1975 an die EFA, Périllier.

⁸⁷² AMAE, RDA 1971–1976, 3104: Note des Kabinetts, Roux, vom 3.7.1975 für die DEU sowie ibid.: Telegramm der S/DEUC, Leprette, vom 2.9.1975 an die franz. Botschaft in Berlin; und AEEA, Groupe parlementaire: Brief von EFA, Lecomte, vom 4.7.1975 an die Deufra; Reisezeitraum: 5.9.–12.9.1975, weitere Teilnehmer: Albert Ehm (UDR, Bas-Rhin) und César Depietri (PCF, Moselle).

⁸⁷³ AMAE, RDA 1971–1976, 3104: Brief von MAE, Sauvagnargues, vom 1.7.1975 an die Nationalversammlung, Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und volkswirtschaftliche Planung, Icant: „J'ignore si vous avez déjà informé les autorités de la RDA de ce projet. Si tel n'était pas le cas, il me paraîtrait souhaitable que vous recueilliez au préalable leur assentiment, ne serait-ce que sous la forme d'un sondage par l'intermédiaire du groupe d'amitié France-RDA.“ Tatsächlich erhielt der Ausschuss in der Folge eine Einladung der ostdeutschen Regierung und die Reise konnte bereits im Januar 1976, also ein halbes Jahr nach Beginn der Planungen, stattfinden, cf. ibid.: Telegramm der S/DEUC, Andréani, vom 31.12.1975 an die franz. Botschaft in Berlin.

schuss im März 1976 in die DDR entsandte, mit Jacques Chaumont (UDR, Sarthe) auch ein Mitglied der Freundschaftsgesellschaft. Angeführt wurde diese Delegation durch den früheren Chefdiplomaten de Gaulles und amtierenden Präsidenten des Ausschusses, Maurice Couve de Murville (UDR, Paris).⁸⁷⁴ Auch diese Reise kann als Beleg für die Bedeutung der parlamentarischen Ersatzebene für die französische Diplomatie gelten, wurde ihr Zeitpunkt doch durch den *Quai d'Orsay* mit dem Paris-Besuch des ostdeutschen Außenministers abgestimmt. Man betrachtete die Reise intern sogar als eine mögliche Gegenleistung in den schwierigen Verhandlungen mit der DDR.⁸⁷⁵ Die Vorbereitung der Reise fand in enger Zusammenarbeit mit dem Außenministerium statt, und auch während der Reise war die französische Diplomatie in der Person des Botschafters präsent.⁸⁷⁶ Zwei Jahre zuvor hatte man in ähnlicher Weise bereits von der Reise des Präsidenten der französischen Nationalversammlung, Edgar Faure, profitiert, um direkte Kontakte mit hochrangigen Vertretern der DDR-Regierung herzustellen. Couve de Murville war sich des Dilemmas der französisch-ostdeutschen Beziehungen und der politischen Bedeutung seiner Reise bewusst und darum von sich aus bemüht, die parlamentarische Ebene in den Dienst der französischen Außenpolitik zu stellen, etwa wenn er darum bat, im Programm einen Opernbesuch durch ein Gespräch mit dem Chefstrategen der DDR-Außenpolitik, Hermann Axen, zu ersetzen.⁸⁷⁷ Themen dieser Unterredung waren politische Konsultationen auf Regierungsebene sowie das mit dem Konsularabkommen verbundene Problem der Anerkennung der „nationalité est-allemande“.⁸⁷⁸ Ein weiteres Gespräch führte Couve de Murville mit dem Ministerratspräsidenten der DDR, Horst Sindermann. Hier ging es vorrangig um die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, speziell um Kooperationsmöglichkeiten in der Dritten Welt. Der jeweils anwesende französische Botschafter in Berlin entnahm diesen Gesprächen, dass die Beziehungen mit Frankreich für die DDR sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht vorwiegend als Mittel zur Reduzierung des bundesrepublikanischen Einflusses dienten.⁸⁷⁹ Couve de Murville beschränkte sich in seinem Bericht, den

⁸⁷⁴ Ibid.: Telegramme der S/DEUC, Andréani, vom 11. 3. 1976 an die franz. Botschaft in Kopenhagen und vom 16. 3. 1976 an die franz. Botschaft in Berlin; weitere Teilnehmer: Édouard Frédéric-Dupont (RI, Paris), Jean-Paul Palewski (UDR, Yvelines), Jacques Chaumont (UDR, Sarthe) und Gérard Bordu (PCF, Seine-et-Marne).

⁸⁷⁵ Ibid.: Note vom 14. 11. 1975 für Plaisant und Timsit: „J'ai remercié Mme Monet (secrétaire de la commission) de nous avoir consultés avant d'engager quoi que ce soit. En effet ce déplacement, souhaité par les Allemands de l'Est, pouvait éventuellement nous être utile comme ‚monnaie d'échange‘ dans l'ensemble de nos négociations avec la RDA.“

⁸⁷⁶ Ibid.: Telegramm der S/DEUC, de Laboulaye, vom 12. 3. 1976 an die franz. Botschaft in Berlin; sowie *ibid.*: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 19. 3. 1976 (Einverständnis der DDR für die Anwesenheit de Chalvrons bei allen wichtigen Gesprächen).

⁸⁷⁷ Ibid.: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 18. 3. 1976.

⁸⁷⁸ Ibid.: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 30. 3. 1976.

⁸⁷⁹ Ibid.: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 30. 3. 1976: „De cet entretien, comme d'autres qu'a eu M. Couve de Murville, il ressort l'impression que dans les domaines aussi bien politique qu'économique ou culturel, la préoccupation première de la RDA est de se dégager de l'emprise de la République fédérale et qu'elle compte pour cela sur la France.“

er dem Auswärtigen Ausschuss bei seiner Rückkehr erstattete, auf die Darlegung der ostdeutschen Argumentation in der Frage des Konsularabkommens, der Frankreich bislang nicht habe folgen können.⁸⁸⁰ Mit seiner Beschreibung der wirtschaftlichen Stabilisierung der DDR seit dem Mauerbau lieferte er ganz nebenbei auch eine Begründung, warum er selbst seit Ende der 1950er Jahre diese Politik vertrat: Seine Wahrnehmung des wirtschaftlichen Aufschwungs in beiden deutschen Staaten entsprach seiner unveränderten Wahrnehmung der deutschen Nation als einer Einheit.⁸⁸¹

Bereits ein Jahr später, im Mai 1977, weilte eine Delegation des Auswärtigen Ausschusses der Volkskammer auf Einladung Couve de Murvilles zu einem Gegenbesuch in Frankreich. Die Delegation wurde angeführt von Hermann Axen, der die Gelegenheit nutzte, zahlreiche Gespräche mit hochrangigen französischen Politikern zu führen, darunter der neu gewählte Pariser Bürgermeister, der Senatspräsident, der Generalsekretär des *Élysée* und spätere Außenminister, Jean François-Poncet, sowie mit Louis de Guiringaud, Hausherr des *Quai d'Orsay*.⁸⁸² Da sich die Verhandlungen über die Konsular- und Kulturabkommen zwischen Frankreich und der DDR zum Zeitpunkt dieser Reise in einer unverändert ausweglosen Situation befanden, ist anzunehmen, dass diesen Gesprächen von beiden Seiten große Bedeutung beigemessen wurde. Den Empfang der ostdeutschen Delegation teilten sich Auswärtiger Ausschuss und Freundschaftsgesellschaft. Umgekehrt beteiligte sich Couve de Murville auch am Empfang einer Delegation der Freundschaftsgesellschaft DDR-Frankreich der Volkskammer, die sich im September desselben Jahres in Paris aufhielt.⁸⁸³ Die Idee für eine entsprechende Einla-

⁸⁸⁰ ANF, 20060509/7: Protokoll der Sitzung vom 22. 4. 1976: „Les discussions ont permis d'évoquer les problèmes des rapports entre les deux pays, la difficulté majeure qui existe à l'heure actuelle étant l'établissement d'une convention consulaire qui achoppe sur les problèmes de définition de nationalité. Le problème tient à une disposition datant de Guillaume II (1912), et selon laquelle la langue allemande sert de critère pour la définition de citoyenneté. La République fédérale a repris cette loi et la République démocratique en tire la conclusion qu'elle doit adopter des procédures lui permettant de se prémunir contre l'application de ce texte. Une définition précise de la nationalité dans une convention consulaire serait l'une de ces procédures. Le gouvernement français n'a pas encore accepté d'entrer dans cette voie [...]“

⁸⁸¹ Ibid.: „Les autres impressions retirées de ce voyage sont que la situation économique de l'Allemagne est plutôt bonne depuis que la construction du mur a arrêté l'hémorragie de population, ce succès étant d'ailleurs dû à des caractères spécifiques du peuple allemand; [...]. La République démocratique allemande est un pays qui a été ravagé par la guerre et, si la reconstruction y a été plus tardive qu'en Allemagne de l'Ouest, elle a été faite avec le même zèle et le même labeur.“

⁸⁸² AP, Assemblée, 2004-019/44: Programm für den Frankreich-Aufenthalt einer Delegation des Auswärtigen Ausschusses der Volkskammer der DDR, 2. 5.–6. 5. 1977.

⁸⁸³ AMAE, Groupe parlementaire: Brief von EFA, Lenoir, vom 18. 10. 1977 an den Auswärtigen Ausschuss, Couve de Murville; sowie AP, Assemblée, 2004-019/45: Programm für den Frankreich-Aufenthalt einer Delegation von Abgeordneten der Volkskammer der DDR, 24. 10.–31. 10. 1977; für den Aufenthalt dieser Delegation bewilligte die Quästur der Nationalversammlung insgesamt 56 054,- FF.

dung hatte niemand anderes als Hermann Axen selbst bei seinem Besuch im Mai lanciert.⁸⁸⁴

Die DDR ließ nichts unversucht, um die parlamentarischen Beziehungen auszubauen, und vor allem, um über diesen Umweg die von ihr intendierten politischen Beziehungen auf Regierungsebene zu erwirken. Nach den wechselseitigen Besuchen von Edgar Faure und Gerald Götting, ein Austausch, der von französischer Seite auf die Person des Präsidenten der Nationalversammlung beschränkt worden war, erging von ostdeutscher Seite eine Einladung an das gesamte Präsidium der Nationalversammlung.⁸⁸⁵ Noch unter der Leitung Faures wurde die Einladung im Dezember 1976 angenommen.⁸⁸⁶ Aufgrund von Wahlen und diversen anderen Hindernissen musste die Reise jedoch mehrfach verschoben werden und kam schließlich erst im September 1980 zustande. Geleitet wurde die Delegation von André Delehedde (PS, Pas-de-Calais), zu diesem Zeitpunkt Vizepräsident sowohl der Nationalversammlung als auch der dort beheimateten Freundschaftsgesellschaft *France-RDA*.⁸⁸⁷ Zwar waren nur wenige Monate zuvor das Konsularabkommen und andere wichtige Verträge zwischen beiden Staaten unterzeichnet worden, dennoch hatte sich aus Sicht des französischen Außenministeriums die Grundsituation der Beziehungen nicht verändert: Dominiert vom „deutschen Problem“ wurde eine Normalisierung der Beziehungen nach wie vor an die Beibehaltung deutschlandpolitischer Grundprinzipien geknüpft.⁸⁸⁸ Diente die Reise allgemein einer besseren Kenntnis der DDR, so galt das besondere Interesse der Teilnehmer ihrer wirtschaftlichen Entwicklung und den Beziehungen mit Frankreich in diesem Sektor sowie den Maßnahmen der DDR in Bezug auf die demografische Entwicklung.⁸⁸⁹ Auf dem Programm stand wie bei allen anderen wichtigen französischen Parlamentarierdelegationen auch ein Treffen

⁸⁸⁴ Ibid.: Brief von Assemblée, Lebedel, vom 7. 7. 1977 an den Botschafter der DDR in Paris, Fleck.

⁸⁸⁵ AP, Assemblée, 2004-019/46: Brief von Gerald Götting vom 8. 7. 1976 an Edgar Faure.

⁸⁸⁶ Ibid.: Brief von Edgar Faure vom 22. 12. 1976 an Horst Sindermann: „Je profite de l'occasion pour vous adresser mes félicitations pour votre élection à la tête de la Chambre du peuple; je suis persuadé que les excellentes relations que j'ai pu entretenir personnellement avec votre prédécesseur, M. Gérard Götting, se poursuivront avec vous-même et je me rappelle à ce propos l'intéressant entretien que j'ai pu avoir avec vous dans votre pays.“

⁸⁸⁷ Ibid.: Note der Assemblée, Service des relations parlementaires internationales et du protocole vom 23. 9. 1980; Reisezeitraum: 25. 9.–2. 10. 1980, weitere Teilnehmer: Emmanuel Hamel (UDF, Rhône; Mitglied des Finanzausschusses und der parlamentarischen Freundschaftsgesellschaft *France-RDA*), Daniel Goulet (RPR, Orne; Mitglied des Verteidigungsausschusses) und Jacques Jouve (PCF, Haute-Vienne; Mitglied des Finanzausschusses).

⁸⁸⁸ Ibid.: Undatierte Note der DEU (entstammt der unmittelbar vor der Reise vom MAE zusammengestellten Dokumentation): „Les relations diplomatiques entre la France et la RDA remontent au 9 février 1973. Le ‚problème allemand‘ continue de jouer largement sur les relations entre les deux pays. La France s'efforce de développer dans la mesure du possible ses relations avec la RDA dans tous les domaines, mais sans que ce soit au prix de ses intérêts ou de ses positions de principe concernant la question allemande.“

⁸⁸⁹ Ibid.: Brief der Assemblée, Lebedel, vom 27. 6. 1980 an die Interparlamentarische Gruppe der Volkskammer, Wolter.

mit dem ostdeutschen Außenminister, auf das André Delehedde durch den *Quai d'Orsay* entsprechend vorbereitet worden war.⁸⁹⁰ In seinem Bericht über den Verlauf der Reise für den Präsidenten der Nationalversammlung, Jacques Chaban-Delmas, schilderte Delehedde zwar, dass die Teilnehmer entsprechend ihrer politischen Ausrichtung im Verlauf der Reise unterschiedliche Eindrücke gewonnen hätten. Gleichzeitig zeugt sein Bericht aber auch von der fraktionsübergreifenden Bewunderung für die wirtschaftliche und demografische Entwicklung der DDR.⁸⁹¹ Die Delegation, der zwei Mitglieder des Finanzpolitischen Ausschusses der Nationalversammlung angehörten, bekundete zudem großes Interesse an dem für Ost-Berlin geplanten französischen Kulturzentrum und setzte sich nach ihrer Rückkehr für eine ausreichende Finanzierung dieses Projekts ein.⁸⁹² Der von Delehedde unterbreitete Vorschlag, im Gegenzug eine ostdeutsche Delegation nach Frankreich einzuladen, wurde 1984 mit einer Reise des Volkskammerpräsidenten Horst Sindermann verwirklicht. Nur ein Jahr später reiste mit Louis Mermaz (PS, Isère) erneut ein Präsident der französischen Nationalversammlung in die DDR.

Auch die Freundschaftsgesellschaft *France-RDA* der Nationalversammlung unternahm 1984 eine weitere Reise in die DDR.⁸⁹³ Bemerkenswert ist dabei, dass der Delegation mehrheitlich Gaullisten angehörten, obwohl die Reise in die Amtszeit einer sozialistischen Regierung fiel und der Anteil der RPR-Mitglieder innerhalb der Freundschaftsgesellschaft in den 1980er Jahren stark zurückgegangen war. Der Delegation ging es neben der wirtschaftlichen Situation der DDR vor allem um den Zustand der innerdeutschen Beziehungen. Der Reisebericht belegt eindrücklich das widersprüchliche Verhältnis französischer Politiker zur deutschen Teilung: Hatte der Rapallo-Komplex, obschon in abgeschwächter Form, weiterhin Bestand, und damit auch der Wunsch nach Kontrolle und Begrenzung des deutschen Nachbarn, so blieb doch die Teilung einer Nation auch 35 Jahre nach der Schaffung von zwei deutschen Staaten und zwölf Jahre nach der internationalen

⁸⁹⁰ Ibid.: Note vom 24. 9. 1980 für Delehedde.

⁸⁹¹ Ibid.: Brief von Delehedde vom 8. 10. 1980 an Chaban-Delmas: „La puissance économique et l'élévation du niveau de vie de la RDA sont indéniables, et nous pouvons, me semble-t-il, tirer d'intéressantes conclusions en ce qui concerne la politique démographique, puisque la RDA est le seul pays industrialisé qui ait réussi non seulement à stopper son déclin démographique, mais encore à provoquer une élévation sensible du nombre des naissances.“ Cf. *ibid.* auch den siebzehnseitigen Bericht von Lebedel für die Teilnehmer der Delegation.

⁸⁹² Ibid.: Brief der Assemblée, Lebedel, vom 8. 10. 1980 an die franz. Botschaft in Berlin: „D'après ce qui m'a été indiqué, toutes les interventions en commission [Finanzpolitischer Ausschuss – Ch. W.] insistaient sur la nécessité de prévoir un volume de crédits adéquats pour faire face à une situation nouvelle, puisque ce centre est le premier ouvert par la France dans un pays socialiste et qu'il devrait disposer de locaux importants et bien situés, comme nous l'ont précisé les autorités de la RDA lors de notre séjour.“ Cf. *ibid.*: Brief der franz. Botschaft in Berlin, Bayle, vom 23. 10. 1980 an Assemblée, Lebedel.

⁸⁹³ AP, Assemblée, 2004-019/46: Undatierte Note über den Aufenthalt einer Delegation der parlamentarischen Freundschaftsgesellschaft France-RDA in der DDR vom 2. 3. bis 9. 3. 1984; Teilnehmer: Roger Fossé (RPR, Seine-Maritime), René La Combe (RPR, Maine-et-Loire), Paul Mercieca (PCF, Val-de-Marne) und Jean Rousseau (PS, Cher).

Anerkennung dieser Situation aus französischer Perspektive nicht vorstellbar.⁸⁹⁴ Die Einheit Deutschlands erschien jedoch in so weiter Ferne, dass ein offenes Zutagetreten dieses Widerspruches von vornherein verhindert wurde.

Der außerordentliche Umfang der parlamentarischen Beziehungen – von der Ebene des Präsidiums über die verschiedenen Fachausschüsse bis hin zur Freundschaftsgesellschaft⁸⁹⁵ – lässt rückblickend den Schluss zu, dass es sich hierbei um den bedeutsamsten Bereich der Beziehungen auf politischer Ebene zwischen Frankreich und der DDR bis in die Mitte der 1980er Jahre gehandelt hat. Erst über die auf diesem Weg hergestellten Verbindungen kamen allmählich auch Kontakte auf Regierungsebene zustande.

Kontakte auf Regierungsebene in den 1980er Jahren

Die 1980er Jahre waren in verschiedener Hinsicht das „goldene Jahrzehnt“ der französisch-ostdeutschen Beziehungen. Dies traf in erster Linie auf die Kulturbeziehungen zu, die sich nun vollständig entfalten konnten. Der entscheidende qualitative Wandel in diesem Bereich wurde durch die Unterzeichnung eines Kulturabkommens zwischen Frankreich und der DDR bewirkt, wodurch die Beziehungen auf französischer Seite von der privatgesellschaftlichen Ebene, auf der sie sich seit den 1950er Jahren kontinuierlich entwickelt hatten, auf eine offizielle, staatliche Ebene überführt wurden. Herausragendes Ereignis und Symbol dieser Veränderung war die Eröffnung von Kulturzentren in Ost-Berlin und Paris. Der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen war weit weniger umfangreich, aber auch in diesem Bereich wurde das bislang Erreichte um ein Vielfaches übertroffen (so wurde in Bezug auf das globale Handelsvolumen die 5-Milliarden-FF-Marke erreicht und damit gleichzeitig ein Ausgleich der Handelsbilanz erzielt).

Ungleich spektakulärer scheint die Entwicklung der Beziehungen auf politischer Ebene zu sein. Nach dem ersten Besuch eines französischen Außenministers in der DDR noch 1979 folgte in den 1980er Jahren die Reise eines französischen Premierministers und schließlich die Reise des Präsidenten der französischen Republik selbst. Dieser fortschreitenden Normalisierung der Beziehungen mit der DDR stand weiterhin eine erstaunliche Kontinuität in der Grundhaltung Frankreichs hinsichtlich der DDR und dem „deutschen Problem“ insgesamt gegenüber. Die Gleichzeitigkeit dieser beiden Tendenzen ist entscheidend verantwortlich für die Ambivalenz der Beziehungen und für ihre kontroverse Beurteilung. Die Über-

⁸⁹⁴ Ibid.: „Il faut d’abord faire la part du non-dit. Qu’on le veuille ou non, tout rapprochement visible affirmé entre les deux Allemagnes fait renaître très vite aux yeux des Français l’idée d’un nouveau Rapallo, plus sensible encore dans la mesure où se profile à l’arrière-plan l’idée d’une unité allemande aux conséquences imprévisibles pour l’avenir de l’Europe occidentale. Dans le non-dit, il faut également inclure la difficulté qu’éprouve, pour des raisons historiques [in den weiteren Ausführungen wird diese Argumentation bis zur Schlacht von Bouvines von 1214 zurückgeführt – Ch. W.], un Français à comprendre la dualité nation/État qui caractérise à l’heure actuelle la situation allemande.“

⁸⁹⁵ AP, Assemblée, 2004-019/42: Note von Michel Couderc vom 14. 6. 1990 für den Präsidenten der Nationalversammlung, Fabius.

windung der deutschen Teilung blieb, wie von de Gaulle definiert, ein notwendiges Anliegen französischer Außenpolitik. Gleichzeitig bot der veränderte internationale Kontext aber auch neue Möglichkeiten, um diesem Ziel näher zu kommen. So ermöglichte gerade die Entspannung in den innerdeutschen Beziehungen den kontinuierlichen Ausbau des politischen Dialogs mit dem zweiten deutschen Staat. Die politische Heimat des französischen Präsidenten Mitterrand hat den Dialog mit den Vertretern eines sozialistischen Deutschlands sicherlich befördert beziehungsweise erleichtert, sie hatte jedoch keinen Einfluss auf die grundsätzliche Ausrichtung der französischen Außenpolitik.

Auch die verschiedenen Krisen in den Ost-West-Beziehungen standen einer Normalisierung der Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR nicht im Wege. So hatte die von Mitterrand vor dem Bundestag im Januar 1983 verteidigte Stationierung von Pershing-2-Raketen in Westdeutschland keine Auswirkungen auf den Besuch des ostdeutschen Außenministers, Oskar Fischer, im Dezember desselben Jahres beim französischen Präsidenten. Dieser erste Empfang eines ostdeutschen Außenministers im *Élysée* folgte dem Prinzip der Reziprozität: Wenige Tage zuvor war sein französischer Amtskollege Claude Cheysson in Berlin anlässlich der Eröffnung des französischen Kulturzentrums durch Erich Honecker empfangen worden.⁸⁹⁶ Die euphemistische interne Darstellung der französisch-ostdeutschen Beziehungen seit der diplomatischen Anerkennung zehn Jahre zuvor entsprach allerdings weniger den Tatsachen, sondern reflektiert eher den Willen, sie weiter zu normalisieren.⁸⁹⁷ Thema des Gesprächs mit Fischer dürften insbesondere die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern gewesen sein, die das Interesse Mitterrands geweckt hatten.⁸⁹⁸ Die Einladung, der Eröffnung des DDR-Kulturzentrums in Paris beizuwohnen, lehnte Mitterrand hingegen ab. Auch waren die Grenzen der Beziehungen auf politischer Ebene schnell erreicht, wenn es um eine Audienz für ein Mitglied des Zentralkomitees der SED ging (und nicht um den Vertreter eines Ministeriums, mit dem man unmittelbar zusammenarbeitete). Ein solches Ansinnen wurde von Mitterrand entschieden abgelehnt.⁸⁹⁹

Gut drei Jahre später, im Januar 1987, reiste Fischer erneut nach Paris. Ein Vergleich des Besuchsprogramms mit dem von 1983 verdeutlicht die kontinuierliche Normalisierung. Bei seinem Arbeitsbesuch im Dezember 1983 hatte Fischer die Ministerin für Außenhandel Edith Cresson, den Bildungsminister Alain Savary, den kommunistischen Minister für Berufsbildung Marcel Rigout und die Ministe-

⁸⁹⁶ ANF, 5 AG 4, CD 189: Note von Gaillard vom 28. 11. 1983 für Mitterrand.

⁸⁹⁷ Ibid.: Note von Gaillard vom 12. 12. 1983 für Mitterrand: „L'établissement, il y a tout juste dix ans, des relations diplomatiques a permis un développement rapide des visites et des contacts, tant au niveau gouvernemental qu'au niveau des administrations.“ In dieser, in Hinblick auf das Gespräch angefertigten Note wurden die bilateralen Beziehungen Frankreich-DDR erst an dritter Stelle behandelt, nach einem Abschnitt über die Beziehungen DDR-Sowjetunion und einem Abschnitt zu den innerdeutschen Beziehungen.

⁸⁹⁸ Ibid.; eine Passage bezüglich des Rückganges der Handelsbeziehungen mit der DDR seit 1981 ist von Mitterrand doppelt angestrichen.

⁸⁹⁹ ANF, 5 AG 4, CD 189: Note von Védrine vom 21. 12. 1983 für Mitterrand, handschriftl. Anmerkung Mitterrands: „Non. C'est trop excessif et vous ne devriez pas me transmettre ce genre de propositions.“

rin für Jugend und Sport Edwige Avice sowie einzelne Parlamentarier getroffen.⁹⁰⁰ Demgegenüber wurde er 1987 von den Präsidenten des Senats und der Nationalversammlung empfangen, und einem ihm zu Ehren ausgerichteten Essen im *Quai d'Orsay* folgte ein Vier-Augen-Gespräch mit dem Außenminister Jean-Bernard Raimond. Selbst dem Empfang im *Élysée* wurde von französischer Seite eine besonders hohe Priorität eingeräumt.⁹⁰¹ Begründet wurde die Bevorzugung des ostdeutschen Außenministers gegenüber seinen finnischen und türkischen Amtskollegen mit dem Mangel an „politischen Kontakten“ zur DDR. Diese Einschätzung Hubert Védrines macht zudem deutlich, dass es sich auch 1987 aus französischer Sicht nicht um politische Beziehungen, sondern lediglich um Kontakte auf politischer Ebene handelte. Aus einem den Besuch resümierenden Telegramm des *Quai d'Orsay* an die Botschaft in Berlin lässt sich eine Typologie der Beziehungen in den verschiedenen Bereichen ableiten, die sehr genau deren Zustand aus französischer Sicht abbildet: Einzig auf kultureller Ebene war dort von Beziehungen („relations culturelles“) die Rede, auf wirtschaftlicher Ebene wurden die Beziehungen sprachlich auf den Austausch von Waren („échanges économiques“) beschränkt und auf politischer Ebene handelte es sich nur um Kontakte („contacts politiques“).⁹⁰² Dennoch brachte das Gespräch der beiden Außenminister eine entscheidende Neuerung auf politischer Ebene: Jean-Bernard Raimond erklärte sich für die französische Seite mit den von der DDR seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen eingeforderten politischen Konsultationen einverstanden. Außerdem wurde ein Treffen der beiden Außenminister am Rande der kommenden Vollversammlung der Vereinten Nationen vereinbart. Gleichzeitig bekräftigte Raimond, dass eine ebenfalls seit der Anerkennung ausstehende Klärung von Rechtsstreitigkeiten über den französischen Privatbesitz in der DDR die Entwicklung der bilateralen Beziehungen erheblich befördern würde. Fischer stellte eine baldige Regelung in Aussicht.⁹⁰³

Eine von Raimond gehaltene Rede anlässlich des zu Ehren von Fischer gegebenen Essens beschreibt die französisch-ostdeutschen Beziehungen in den Kategorien von Normalisierung und Kontinuität. Er befürwortete den Ausbau der Beziehungen – unter Berücksichtigung bereits eingegangener Verpflichtungen, was sich gleichermaßen auf die Beziehungen zur Bundesrepublik, auf die europäische Integration wie auch auf die Verpflichtungen Frankreichs als alliierter Siegermacht in Deutschland bezogen haben dürfte. Die französische Verantwortung für Deutschland in seiner Gesamtheit wird ebenfalls deutlich, wenn er seine anerkennende Darstellung der DDR als Partner mit dem Verweis auf die Rolle der „deut-

⁹⁰⁰ Ibid.: Note von Gaillard vom 12. 12. 1983 für Mitterrand.

⁹⁰¹ Ibid.: Note von Védrine vom 17. 12. 1986 für Bianco, und mit dessen Einverständnis weiter an Mitterrand; verschiedene Außenminister, die in den kommenden beiden Monaten nach Paris reisten, hatten um eine Audienz gebeten. Auf Nachfrage Mitterrands, ob dies notwendig sei, wurde von Védrine eine Prioritätenliste erstellt, an deren erster Stelle die DDR stand. Der Empfang eines osteuropäischen Außenministers durch den Präsidenten wurde mit Mangel an politischen Kontakten mit diesen Ländern begründet.

⁹⁰² Ibid.: Telegramm der S/DEUC, Vaugier, vom 3. 2. 1987.

⁹⁰³ Ibid.: Telegramm der S/DEUC, Vaugier, vom 3. 2. 1987.

schen Nation“ in Europa relativierte.⁹⁰⁴ Die bilateralen Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR im kulturellen wie im wirtschaftlichen Bereich ordnete er in den europäischen Kontext und insbesondere in den europäischen Dialog im Dienste des KSZE-Prozesses ein. Die Haltung Frankreichs zur deutschen Einheit sprach Raimond indirekt an, indem er die europäische Teilung als inakzeptabel bezeichnete.⁹⁰⁵ Den französisch-ostdeutschen Beziehungen selbst attestierte er damit eine Funktion bei der Überwindung der europäischen Teilung, was unausgesprochen freilich auch für die Überwindung der deutschen Teilung galt.

Die von Raimond gezogene Bilanz der Beziehungen ist durchwachsen: In den Wirtschaftsbeziehungen hätte man beiderseits guten Willen gezeigt, nur würde das tatsächlich Erreichte meist weit hinter den Ambitionen zurückbleiben. Zufrieden zeigte er sich vor allem mit der nahezu ausgeglichenen Handelsbilanz. Auf der Basis einer Steigerung des Handelsvolumens um 17% im Jahr 1986 bekundeten beide Seiten das Bedürfnis nach einem weiteren Ausbau. Raimond bekräftigte außerdem das Interesse der französischen Regierung an einzelnen Projekten der französischen Wirtschaft in der DDR. Die Kulturbeziehungen wurden von beiden Seiten gleichermaßen als Erfolg gewertet, gleichzeitig nutzte Raimond die Gelegenheit, um den Stellenwert des Französisch-Unterrichts in der DDR zu kritisieren und dessen Verbesserung als Bedingung für den weiteren Ausbau der Kulturbeziehungen zu formulieren.⁹⁰⁶

Im *Élysée* wurde der Zustand der Beziehungen deutlich kritischer bewertet. Im Vorfeld des Gesprächs Mitterrand/Fischer war von einer Verlangsamung der Beziehungen die Rede, die mit dem Regierungswechsel von 1986 in Frankreich begründet wurde – der sozialistischen Regierung unter Laurent Fabius war eine konservative Regierung unter Jacques Chirac gefolgt – insofern war dies jedoch in erster Linie als Kritik an der Regierung Chirac zu verstehen. Der Zustand der bilateralen Beziehungen wurde am Zustand der Wirtschaftsbeziehungen gemessen, die nicht jenen Erwartungen entsprachen, die man mit dem Besuch von Fabius in der DDR 1985 verbunden hatte. Soweit aus den Quellen ersichtlich, dominierten wie bereits 1983 wirtschaftliche Aspekte das Gespräch zwischen Mitterrand und Fischer und damit auch das Bild der Beziehungen.⁹⁰⁷ Daneben stellte sich hier die Frage nach dem Gewicht der Regierung während der „cohabitation“, also der

⁹⁰⁴ ANF, 5 AG 4, CD 189: Rede gehalten von J.-B. Raimond am 30. 1. 1987 anlässlich eines zu Ehren Fischers gegebenen Essens: „[Vertreter eines Staates – Ch. W.] qui occupe aujourd’hui parmi les pays industrialisés une place digne de considération, qui, au fil des années, est devenu pour la France, au-delà des différences de systèmes politiques, économiques et sociaux, un partenaire constant pour une coopération que nous souhaitons encore approfondir. Votre pays, de par sa situation au cœur de l’Europe et du rôle du peuple allemand dans l’histoire de notre continent, est au nombre de ceux avec lesquels nous tenons à maintenir des relations suivies et des contacts réguliers.“

⁹⁰⁵ Ibid.: „Par là [Kulturaustausch zwischen Ost- und Westeuropa – Ch. W.] pourront être surmontées, au profit de tous, les conséquences les plus dommageables de la division de l’Europe que nous ne saurions accepter comme une donnée intangible et immuable.“

⁹⁰⁶ ANF, 5 AG 4, CD 189: Telegramm der S/DEUC, Vaugier, vom 3. 2. 1987.

⁹⁰⁷ Ibid.: Note von Boudier und Musitelli vom 30. 1. 1987 für Mitterrand: „Sa visite répond au souhait de la RDA de maintenir avec la France un courant d’échanges à haut niveau, qui après la visite de Laurent Fabius en juin 1985 s’est sensiblement ralenti. Cela tient à

Zusammenarbeit von konservativer Regierung und sozialistischem Präsidenten, dem die Verfassung der Fünften Republik ein besonderes Gewicht innerhalb der Außenpolitik zuerkennt.

Wenn Fischer 1987 sehr zuvorkommend in Paris empfangen wurde, lag dies sicherlich auch daran, dass sich eine bereits zwei Jahre zuvor lancierte Einladung Erich Honeckers nach Paris bisher noch nicht realisieren lassen.⁹⁰⁸ Diese Einladung war durch Laurent Fabius überbracht worden, der im Juni 1985 als erster französischer Premierminister in die DDR gereist war. Fabius war jedoch weder der erste westliche Regierungschef noch der erste Regierungschef eines NATO-Staates, der die Einladung zu einem Staatsbesuch in der DDR angenommen hatte. Ihm waren bereits seine Amtskollegen aus Österreich (1978 und 1984), Kanada, Schweden, Griechenland und Italien (alle 1984) zuvorgekommen. Auch mit der Einladung Honeckers betrat Frankreich scheinbar kaum Neuland: Unmittelbar vor dem Besuch von Fabius in Ost-Berlin weilte Honecker auf Einladung des italienischen Ministerpräsidenten Bettino Craxi in Rom. Der entscheidende Unterschied lag in beiden Fällen in der Position Frankreichs als alliierter Siegermacht und der damit verbundenen Verantwortung für Deutschland insgesamt. Weder der britische noch der amerikanische Regierungschef sollten dem Beispiel Frankreichs folgen.

Das Problem einer Einladung für Honecker tauchte erstmals mit der Reise von Fabius auf. Wenige Tage vor dieser Reise wurde der diplomatische Berater Mitterrands, Hubert Védrine, darauf aufmerksam gemacht, dass die ostdeutsche Seite selbstverständlich davon ausgehe, durch Fabius eine Einladung überbracht zu bekommen.⁹⁰⁹ Diese könne jedoch nur vom Präsidenten selbst ausgehen. Auf Bitten Mitterrands wurde daraufhin zunächst das Kanzleramt in Bonn konsultiert.⁹¹⁰ Helmut Kohl ließ übermitteln, dass er keinen prinzipiellen Hinderungsgrund sehe, bat aber darum, dass die Einladung – nach italienischem Modell – durch den Regierungschef ausgesprochen werden möge. Außerdem regte er an, dass die Reise erst nach dem gemeinsamen Besuch von Mitterrand und Kohl in West-Berlin, mithin erst Ende 1985 oder besser noch 1986, stattfinden solle.⁹¹¹ Die unter diesen Bedingungen lancierte Einladung – ohne konkrete Daten – erreichte Honecker wenige Tage später mit dem Einverständnis Mitterrands.⁹¹² Überbracht wurde die Einladung zwar durch den Regierungschef, ihr Urheber war dennoch (trotz der grundsätzlichen Abstimmung mit Kohl) der französische Staatschef selbst.

Auf Anfrage des Botschafters der DDR wurde die Einladung im Januar 1986 erneut zum Thema. Als Voraussetzung für einen Besuch in Paris wurde nun der Staatsbesuch Honeckers in Bonn postuliert. Damit, vermutlich aber auch auf-

la fois à un moindre intérêt du gouvernement actuel pour le dialogue avec la RDA et à la maigreur des résultats obtenus dans le développement des échanges.“

⁹⁰⁸ Ibid.

⁹⁰⁹ ANE, 5 AG 4, CD 189: Note von Bernard (Berater des Ministerpräsidenten) vom 3. 6. 1985 für Védrine.

⁹¹⁰ Ibid.: Note von Védrine vom 5. 6. 1985 für Mitterrand (mit handschriftl. Anmerkung).

⁹¹¹ Ibid.: Note von Védrine vom 7. 6. 1985 für Mitterrand (mit handschriftl. Anmerkung).

⁹¹² Ibid.: Note von Bernard vom 5. 1. 1986 für Fabius.

grund des Regierungswechsels, war die Angelegenheit zunächst wieder vom Tisch. Erst nach dem Besuch Fischers im Januar 1987 und infolge erneuten Drängens seitens des Botschafters wurde das Projekt Mitterrand im März desselben Jahres durch den diplomatischen Berater Jean Musitelli wiederholt vorgetragen. Musitelli kam aufgrund seiner Analyse der innerdeutschen Beziehungen zu dem Schluss, dass der Moment besonders günstig sei, um die Einladung zu bestätigen.⁹¹³ Gleichwohl blieb die Koordinierung mit Bonn in dieser Sache der entscheidende Punkt. Zwar hatte Mitterrand beabsichtigt, die Frage beim 49. deutsch-französischen Gipfeltreffen im Mai 1987 mit Kohl persönlich zu erörtern, dennoch äußerte er nur einen Monat später im Gespräch mit seinem Generalsekretär, dass die Einladung für Honecker eine delikate Angelegenheit bleibe: Einerseits sollte die Bundesregierung in den innerdeutschen Beziehungen nicht düpiert werden, andererseits sollte nicht der Eindruck einer Abhängigkeit gegenüber der Bundesrepublik erweckt werden.⁹¹⁴ Während sich der *Quai d'Orsay* sehr vorsichtig und eher ablehnend verhielt – man fürchtete Verstimmungen in den französisch-westdeutschen Beziehungen und sah zudem nicht, dass von einer solchen Einladung eine nennenswerte Verbesserung der französisch-ostdeutschen Wirtschaftsbeziehungen ausgehen würde – sprach sich die französische Botschafterin in Ost-Berlin, Joëlle Timsit, für die Einladung aus. Timsit hatte gegenüber Musitelli geäußert, dass die Beziehungen zur DDR nicht ausschließlich unter einem ökonomischen Aspekt zu betrachten seien, sondern auch die Kulturbeziehungen berücksichtigt werden müssten.⁹¹⁵

Erst einige Tage nach dem offiziellen „Arbeitsbesuch“ Honeckers in der Bundesrepublik, der ersten Einladung eines DDR-Staatschefs mit allen protokollarischen Ehren ins Zentrum der Bonner Republik, brachte Außenminister Raimond gegenüber Mitterrand das Vorhaben einer Einladung Honeckers nach Paris erneut zur Sprache. Der Besuch von Honecker in Bonn wurde von französischen Diplomaten als entscheidende Etappe in den innerdeutschen Beziehungen interpretiert und von Raimond dementsprechend auch im Ministerrat erörtert. Von nun an trat die westeuropäische Konkurrenz in den Kultur- und Wirtschaftsbeziehungen mit der DDR bei der Beurteilung einer möglichen Reise Honeckers nach Paris in den Vordergrund. Man ging davon aus, dass sowohl Großbritannien als auch Italien nicht zögern würden, von den neu entstandenen Möglichkeiten zu profitieren.⁹¹⁶ Im Antwortschreiben von Mitterrand an Honecker wurden der Ausbau

⁹¹³ Ibid.: Note von Musitelli vom 17.3.1987: „Le moment paraît donc particulièrement propice pour confirmer à M. Honecker l'invitation que lui avait transmise en votre nom Laurent Fabius en 1985.“

⁹¹⁴ Ibid.: Note von Musitelli vom 15. 6. 1987, handschriftl. Anmerkung von Bianco für Musitelli und Védrine: „Le président m'en a parlé. Il trouve cela délicat. C'est aussi l'avis de Raimond. Il faut y réfléchir encore – Comment ‚tâter‘ la chancellerie à Bonn sans avoir l'air de solliciter leur autorisation?“

⁹¹⁵ Ibid.: Note von Musitelli vom 6. 5. 1987 für Mitterrand.

⁹¹⁶ Ibid.: Note von Musitelli vom 15. 9. 1987 für Mitterrand: „Cette visite devrait permettre de faire progresser les projets économiques et de consolider nos positions culturelles. Il est vraisemblable que les Britanniques et les Italiens, qui ont les mêmes intérêts que nous, vont s'engouffrer dans la brèche ouverte par la visite en RFA de M. Honecker. C'est pourquoi nous pourrions maintenant prendre date [...] afin de retirer le bénéfice

der Wirtschaftsbeziehungen und die Verstärkung der Kooperation im kulturellen Bereich gleichermaßen als Zweck der Einladung definiert. Daneben sollte der von Fabius aufgenommene politische Dialog zwischen Frankreich und der DDR fortgeführt werden – ein Dialog zwischen Europäern als Gegenstück zu den einer rein bipolaren Logik folgenden sowjetisch-amerikanischen Abrüstungsverhandlungen in Genf.⁹¹⁷

Keine vier Monate nach seinem Besuch in Bonn reiste Honecker auf Einladung Mitterrands schließlich nach Paris. Im Gegensatz zu seinen Besuchen in Italien, Griechenland, Schweden und den Niederlanden – auf Einladung der jeweiligen Regierungschefs – war der Besuch in Paris ein vollwertiger Staatsbesuch, damit beginnend, dass die Einladung durch den Staatschef ausgesprochen worden war. Nur Belgien war Frankreich zuvorgekommen und hatte Honecker noch im Oktober 1987 im Rahmen eines offiziellen Staatsbesuches empfangen. Außerdem sollte es der erste und einzige Besuch des ostdeutschen Staatschefs bei einem der drei Westalliierten bleiben. Auch dem Protokoll nach handelte es sich um einen vollwertigen Staatsbesuch: Empfang durch den Präsidenten am Flughafen, Unterbringung im Gästehaus des Präsidenten (Hôtel de Marigny), Staatsbankett im *Élysée*, Zeremonie am Triumphbogen, Empfang im Pariser Rathaus durch Jacques Chirac, Essen im *Quai d'Orsay* sowie ein Treffen mit dem Senatspräsidenten Alain Poher.⁹¹⁸ Verzichtet wurde jedoch auf einen Gegenempfang sowie auf eine Pressekonferenz. Auf ausdrücklichen Wunsch der ostdeutschen Seite sah das Programm vor allem politische Gespräche vor, darunter zwei Gespräche mit Mitterrand und eines mit seinem Premierminister Chirac.⁹¹⁹

Man war sich in Paris des Prestigegewinns, der mit dieser Reise für die DDR verbunden war, durchaus bewusst, begründete sie aber unter anderem mit dem Interesse Frankreichs an der DDR als exzellentem Handelspartner.⁹²⁰ Weitaus wichtiger war jedoch das Interesse, einen Beitrag zur Überwindung der europäischen Teilung zu leisten. Diese Absicht diente nicht nur zur Rechtfertigung des Honecker-Besuches, sie wurde von Mitterrand in seiner Rede anlässlich des Staatsbanketts auch als zentrale Motivation für die Entwicklung von Beziehungen

politique d'une invitation que vous avez été parmi les pays d'Europe occidentale le premier à lancer.“

⁹¹⁷ Ibid.: Undatiertes Projekt für ein Antwortschreiben von Mitterrand an Honecker: „Je me félicite comme vous de l'établissement d'un dialogue politique à haut niveau entre nos deux pays, illustré en particulier par la visite à Berlin de M. Laurent Fabius en juin 1985. [...] Au moment où les États-Unis d'Amérique et l'Union soviétique négocient à Genève des accords de désarmement qui engagent l'avenir de l'Europe, il me paraît normal et utile que nous nous entretenions, entre Européens, de ce que pourrait être la meilleure façon d'assurer la sécurité pour tous et la coopération entre tous sur notre continent. Les divisions héritées des hasards de l'histoire récente ne devraient pas entraver le développement d'un dialogue sincère et constructif, fondé sur notre appartenance à une même civilisation et voué à la recherche de complémentarités entre les deux parties de l'Europe et à l'instauration d'un climat de confiance bénéfique pour nos peuples et pour la paix.“

⁹¹⁸ Ibid.: Note von Boudier und Musitelli vom 6. 1. 1988 für Mitterrand.

⁹¹⁹ Ibid.: Note des Protokollchefs vom 17. 11. 1989 für Mitterrand.

⁹²⁰ Ibid.: Note von Musitelli vom 6. 1. 1988 für Mitterrand: „En tout état de cause la RDA reste un excellent partenaire pour tenter de développer nos échanges commerciaux.“

Frankreichs mit der DDR beschrieben. Diese vor beiden Delegationen gehaltene Rede war eine Art Grundsatzklärung zur Funktion der französisch-ostdeutschen Beziehungen und zu den von französischer Seite damit verbundenen Absichten. Im Sinne einer durchaus als gaullistisch zu bezeichnenden Tradition sprach Mitterrand nicht von politischen Beziehungen zwischen beiden Staaten, sondern von einem „politischen Dialog“ – gemeint war allerdings weniger der bilaterale, sondern vielmehr der multilaterale europäische Dialog über den Eisernen Vorhang.⁹²¹

Zwar bewertete Mitterrand die Anwesenheit Honeckers in Paris als einen großen Fortschritt in den Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR, ordnete sie jedoch umgehend in den größeren Kontext der deutsch-französischen Beziehungen insgesamt ein. Ausgehend von der Erinnerung an eine ähnliche Vergangenheit, was sich auf den Widerstand beider Staatsmänner gegen den Nationalsozialismus bezog, erklärte Mitterrand, dass die Sicherung des Friedens und die Überwindung der europäischen Teilung eine gemeinsame Verantwortung sei; die Beziehungen mit der DDR wollte er mithin als einen Beitrag auf diesem Weg verstanden wissen.⁹²² Die Verständigung zwischen Frankreich und der DDR diene somit nicht nur einer umfassenden Versöhnung zwischen Deutschen und Franzosen, sondern vor allem der Einheit des europäischen Kontinents und der Verwirklichung eines allgemeinen Zieles französischer Politik: aus Europa einen weltpolitischen Akteur zu machen, der eine aktive Rolle im Ost-West-Konflikt übernehmen könne.⁹²³ Zum Abschluss forderte er seinen Gast dazu auf, ausgetretene Pfade zu verlassen und Gelegenheiten zu nutzen, wo sie sich eröffneten. Was als Anspielung auf die von der DDR weitgehend ignorierte Reformpolitik Gorbatschows interpretiert werden kann, war gleichsam eine Vorausahnung der sich knapp zwei Jahre später darbietenden Situation: Den Gegenbesuch in Ost-Berlin

⁹²¹ ANF, 5 AG 4, CD 189: Rede Mitterrands anlässlich des zu Ehren Honeckers gegebenen Staatsbanketts am 7. 1. 1988: „En matière de coopération, le chemin accompli par la France et la République démocratique allemande est loin d'être négligeable. Nous avons bâti depuis quinze ans, au fil des rencontres des membres de nos gouvernements, un dialogue politique que vient couronner aujourd'hui votre présence à Paris.“

⁹²² Ibid.: „C'est en mesurant mieux tout ce qui nous différencie que nous fraierons la voie au rapprochement et que pourra évoluer ce qui, aujourd'hui, paraît figé. Devons-nous nous résigner à expliquer à nos enfants que la coupure, imposée par l'histoire récente mais démentie par la géographie, par la culture, et par la mémoire commune des peuples d'Europe, est immuable et insurmontable? Il faudra une longue patience et une grande prudence pour déplacer peu à peu les lignes d'un horizon immobile depuis 40 ans. Mais c'est aussi notre responsabilité, à nous Français, aux Allemands de part et d'autre de l'Elbe, de reconstruire, avec les autres nations de l'Est et de l'Ouest, en jouant des complémentarités plus que des différences, une Europe vivable et vivante, porteuse d'espoir parce qu'elle aura surmonté ses divisions.“

⁹²³ Ibid.: „L'Europe ne doit pas être le témoin muet et l'enjeu passif des relations Est-Ouest. Les peuples d'Europe attendent de leurs dirigeants qu'ils apportent une contribution active au débat en cours [Abrüstungsverhandlungen in Wien – Ch. W.]. La personnalité européenne doit s'y exprimer fortement [...]“. Und an anderer Stelle: „La France veut construire l'Europe et reléguer dans le passé, définitivement, les effets de la Deuxième Guerre mondiale.“

sollte Mitterrand nutzen, um sich für die europäische Einheit einzusetzen.⁹²⁴ Dass Mitterrand gegenüber Honecker eine immanent französische Position vertrat, wird nicht zuletzt daran ersichtlich, dass sein politischer Gegner Chirac im Gespräch mit Honecker dieselben Positionen verteidigte.⁹²⁵ Auch erhielt Mitterrand für seine Rede die Anerkennung des eher konservativen Deutschlandexperten Alfred Grosser, der ihr den nötigen Hintersinn attestierte.⁹²⁶

3. Die Reise von François Mitterrand in die DDR im Dezember 1989

Diese Reise ist nicht nur der Höhepunkt der französisch-ostdeutschen Beziehungen, es handelt sich gleichermaßen um eine Art Schlussakkord, in dem sich die verschiedenen Ebenen dieser Beziehungen treffen. Mit dem Besuch des französischen Staatschefs in der DDR wurde der höchste Grad an Normalisierung im Verhältnis zwischen beiden Staaten erreicht.⁹²⁷ Mit ihm verloren die Beziehungen wenige Monate vor ihrem Ende auch den ihnen bis dahin eigenen Charakter, gekennzeichnet durch zum Teil stark asynchrone Entwicklungen auf den verschiedenen Ebenen (Beziehungen auf wirtschaftlicher, kultureller, parlamentarischer und privatgesellschaftlicher Ebene). Verantwortlich dafür war vor allem das Fehlen eines „Motors“, das heißt einer staatlichen Ebene, von der Impulse für eine stärker synchronisierte Entwicklung der Beziehungen auf allen anderen Ebenen hätten ausgehen können. Aber die mit dieser Reise ursprünglich intendierte Normalisierung der französisch-ostdeutschen Beziehungen täuscht darüber hinweg, dass sie sich im Moment ihrer Realisierung bereits in einen neuen, deutlich erweiterten Kontext einordnete: einerseits die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaft, vertreten durch ihren amtierenden Ratspräsidenten, zur DDR; andererseits die Einbettung der deutschen Wiedervereinigung in den allgemeineren Zusammenhang einer gesamteuropäischen Einheit – einer Einheit, die infolge der Entwicklungen in Osteuropa im Laufe des Jahres 1989 in greifbare Nähe gerückt schien.

⁹²⁴ Ibid.: „Sachons aussi saisir les chances que nous offre notre temps ou les provoquer quand elles tardent à se présenter. De notre côté, nous y sommes prêts.“

⁹²⁵ ANF, 5 AG 4, CD 189: Note von Musitelli vom 8. 1. 1988 für Mitterrand.

⁹²⁶ Ibid.: Note von Musitelli vom 8. 1. 1988 für Mitterrand; Grosser habe die Rede mit den folgenden Worten bedacht: „dense, profond, avec juste ce qu’il faut de perfidie“.

⁹²⁷ Cf. die Erinnerungen der Hauptakteure: Mitterrand, *De l’Allemagne, de la France*, S. 109–126 und 205–211; Kohl, *Erinnerungen 1982–1990*, S. 581, 956f., 983–985, 988f. und 1032–1037; Dumas, *Le fil et la pelote*, S. 383–389; Védrine, *Les mondes de François Mitterrand*, S. 423–479; cf. dazu Schabert, *Wie Weltgeschichte gemacht wird*, S. 450–456; Bozo, *Mitterrand, la fin de la guerre froide et l’unification allemande*, S. 163–167; sowie zuletzt erschienen, aber ohne neue Erkenntnisse zu der hier behandelten Frage, Lappenküper, *Mitterrand und Deutschland*, S. 273–277; darauf, dass der in Deutschland entstandene Eindruck hinsichtlich der französischen Wahrnehmung der Wiedervereinigung täuscht, hatte Ingo Kolboom bereits 1991 hingewiesen, cf. Kolboom, *Vom geteilten zum vereinten Deutschland*, S. 44–65.

Ursprüngliche Planungen und veränderte Umstände

Genau ein Jahr nach dem Besuch Honeckers in Paris im Januar 1988 wurde das bei dieser Gelegenheit formulierte Projekt eines Gegenbesuches Mitterrands in der DDR wieder aufgenommen. Dahinter stand, zu Beginn der zweiten Amtszeit von François Mitterrand, die allgemeine Absicht, die französische Ostpolitik wiederzubeleben.⁹²⁸ Auch wenn in diesem Zusammenhang eine Vertiefung des politischen Dialogs vorgeschlagen wurde, zentrales Anliegen der Reise war der Ausbau der Kultur- und Wirtschaftsbeziehungen mit der DDR.⁹²⁹ Dahinter stand die Absicht, zur Beförderung der Entspannung in Europa die Kontakte zwischen Ost und West zu vermehren.

Als Gegenstand für einen politischen Dialog und mit der Absicht, die Normalisierung der Beziehungen voranzutreiben, wurden regelmäßige Konsultationen zur Abrüstung vorgeschlagen. Frankreich ging es jedoch nicht um den Ausbau politischer Beziehungen mit der DDR, man beabsichtigte vielmehr, dem deutsch-deutschen Bilateralismus etwas entgegenzusetzen⁹³⁰; gleichzeitig sollten mit Blick auf die Wirtschafts- und Kulturbeziehungen sowie den Austausch von Personen aber auch französische Interessen auf rein bilateraler Ebene gefördert werden. Angesichts wenig interessanter Verträge für die französische Wirtschaft hoffte man, dass sich der Ausbau des politischen Dialogs positiv auf die Entwicklung des französischen Marktanteils in der DDR auswirken werde.⁹³¹ Um das Frankreich-Bild in der DDR zu verbessern, wurde eine von der DDR seit Übernahme der französischen SECAM-Technologie eingeforderte Kooperation im Bereich des Fernsehens ins Auge gefasst. Der besseren Verbreitung eines differenzierten Frankreichbildes sollten auch die für die Kulturbeziehungen formulierten Ziele dienen: zum einen das von französischer Seite konstant vorgetragene Anliegen einer Verbesserung der Stellung der französischen Sprache im Schulunterricht und in der Erwachsenenbildung der DDR, zum anderen die verstärkte kulturelle Präsenz Frankreichs in der ostdeutschen Provinz. Hinzu kam der Vorschlag, den Personenaustausch zwischen beiden Ländern zum Thema des Besuches zu machen, der seit den 1960er Jahren zwar stetig ausgebaut worden war, sich jedoch im Wesentlichen auf eine

⁹²⁸ Cf. auch ANF, 5 AG 4, CDM 33: Note von de Margerie vom 23. 1. 1992 für Mitterrand.

⁹²⁹ ANF, 5 AG 4, CD 187: Note von J[oëlle] T[imsit] vom 16. 1. 1989: „Celle-ci [die bilaterale Zusammenarbeit – Ch. W.] va certainement faire progresser rapidement la négociation d'un certain nombre d'accords bilatéraux [...]. Là n'est cependant pas l'essentiel. La visite de M. le président de la République doit surtout être pour nous l'occasion de confirmer notre position de deuxième partenaire commercial occidental de la RDA, de susciter une image plus précise et plus vivante de la France [...], de renforcer notre présence culturelle et la place, encore tout à fait marginale, du français dans ce pays, et enfin de favoriser au maximum les échanges de personnes (tout particulièrement de jeunes), que la législation est-allemande en matière de voyages rend très difficiles.“

⁹³⁰ Ibid.: „En effet, non seulement le désarmement conventionnel sera au centre de nos préoccupations dans les années qui viennent, mais cette décision contribuerait à ne pas laisser à la RFA le monopole de telles consultations bilatérales [...].“

⁹³¹ Ibid.: „L'élargissement du dialogue politique avec le 2^e État allemand doit favoriser le maintien de notre part de marché, même dans un contexte économique est-allemand plus médiocre en 1987 rendant les importations en devises plus difficiles en RDA.“

Richtung beschränkte.⁹³² Dahinter verbarg sich der Wunsch nach „rayonnement“, der Ausstrahlung französischer Kultur, als einem Imperativ französischer Außenpolitik. Zwar sollte die Reise auch die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen befördern; eine Überbetonung dieser Ebene, etwa durch den Besuch Mitterrands während der Leipziger Messe, sollte jedoch vermieden werden.⁹³³

Der erste Besuch eines Staatschefs einer der drei westalliierten Mächte erforderte vom französischen Protokoll besondere Anstrengungen: So galt es nicht nur, die Anwesenheit des ostdeutschen Verteidigungsministers zu verhindern – ein derartiges Treffen hatte die Delegation von Laurent Fabius vier Jahre zuvor vor große Schwierigkeiten gestellt; auch ein Besuch in der ostdeutschen Provinz, das heißt außerhalb von Berlin als einem der Verantwortung der Alliierten unterstellten Territorium, wurde als notwendig erachtet, um die unveränderte Haltung Frankreichs in der Berlin-Frage zu demonstrieren.⁹³⁴ Mögliche Orte dafür waren: Weimar als deutsche Kulturstadt und wegen seiner Nähe zu Schaala, wo Mitterrand zu Beginn des Zweiten Weltkrieges als Kriegsgefangener interniert worden war, Leipzig als Universitätsstadt, Dresden wiederum als deutsche Kulturstadt und auch wegen der Zerstörungen von 1945 sowie Potsdam als Symbol für die Traditionen preußisch-französischer Beziehungen. Als mögliche Themen für den Besuch wurden nicht nur hugenottische Traditionen, die Erfolge in den Kultur- oder Wirtschaftsbeziehungen sowie Versöhnung und Erinnerung vorgeschlagen, sondern vor allem die Überwindung der europäischen Teilung und die Respektierung der Menschenrechte. Der letzte Themenkomplex wurde schließlich mit dem Vorschlag verbunden, an der Leipziger Universität vor ostdeutschen Studenten eine entsprechende Rede zu halten.⁹³⁵

Die Kritik am Bilateralismus der Bundesrepublik in ihren Beziehungen mit Osteuropa und insbesondere mit der DDR bestimmte im Frühjahr 1989 auch die Sicht der französischen Diplomaten auf die französisch-westdeutschen Beziehungen: Man müsse die Bundesrepublik als Partner dazu bringen, eine außenpolitische Vision zu formulieren. Die Politik gegenüber dem Ostblock solle künftig stärker multilateral, also durch die Europäische Gemeinschaft, betrieben werden. Hintergrund war die Absicht, das Wiederaufleben von Nationalismen in Osteuropa zu verhindern. Um weitere Alleingänge der Bundesrepublik zu vermeiden, wurde vorgeschlagen, ihr das Gefühl zu vermitteln, dass sie einen Platz in der französischen Europakonzeption habe.⁹³⁶

⁹³² Ibid.: „L'expérience montre cependant que si une multitude de contacts existent déjà entre associations et municipalités, les mouvements de personnes se font davantage dans le sens France-RDA.“

⁹³³ Ibid.

⁹³⁴ Ibid.: „Pour des raisons berlinologiques, certes plus ‚politiques‘ que juridiques, une visite en province serait également souhaitable [...].“

⁹³⁵ Ibid.

⁹³⁶ ANF, 5 AG 4, CDM 33: Note des CAP, Guéhenno, vom 30. 4. 1989: „Bref, l'Allemagne de 1989 ne trouve pas dans le cadre politique et stratégique issu de l'après-guerre une réponse dynamique à ses ambitions nouvelles. L'apparente fluidité de la situation à l'Est accroît encore son impatience d'être un acteur à part entière des relations internationales. Dans ce contexte difficile, la relation franco-allemande peut jouer un rôle décisif. Mais la France ne doit être ni une donneuse de leçons (attitude adoptée jusqu'à présent

Nachdem eine erste Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze für DDR-Bürger am 27. Juni 1989 einen verstärkten Flüchtlingsstrom ausgelöst hatte, rückte das „deutsche Problem“ mit aller Dringlichkeit wieder in den Blick französischer Politiker und Diplomaten. Mitterrand nutzte die Gelegenheit eines Gorbatschow-Besuches in Paris, um die Legitimität der deutschen Wiedervereinigung aus französischer Sicht zu bekräftigen.⁹³⁷ Nur wenige Wochen später ergänzte er in einer Presseerklärung, dass eine Wiedervereinigung jedoch nicht ohne die Alliierten vonstattengehen könne. Insbesondere der Dialog mit Moskau wurde dabei ein weiteres Mal als Schlüssel definiert. Als an Bonn adressierte Warnung fügte Mitterrand dem hinzu, dass es zur Wahrung des Gleichgewichts in Europa auch einer Balance zwischen den beiden deutschen Staaten in diesem Prozess bedürfe.⁹³⁸ Aber erst als die Massenflucht nach der vollständigen Öffnung der ungarischen Westgrenze am 11. September 1989 unvorhergesehene Ausmaße annahm, beschäftigte man sich im französischen Außenministerium wieder intensiver mit der französischen Haltung gegenüber Deutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Bemerkenswert in den ausführlichen Analysen von Jean-Marie Guéhenno, Leiter des *Centre d'analyse et de prévision* (kurz CAP), war das Gewicht, welches der gaullistischen Betrachtungsweise („l'approche gaullienne“) eingeräumt wurde.⁹³⁹ Gleichzeitig wird deutlich – ohne dass ausdrücklich darauf hingewiesen würde –, dass es zwischen der Ära de Gaulle/Pompidou und der Ära Mitterrand keinen grundlegenden Wandel gegeben hatte. Die Frage, die sich daraus ergab, lautete für französische Diplomaten, wie man über die traditionelle Position hinausgehen könne. Anstelle der amerikanischen Rhetorik, die eine einfache Lösung suggeriere, sei es angebracht – wie von Mitterrand bereits praktiziert –, eine gewisse Vorsicht walten zu lassen, um nicht unnötig Hoffnungen zu wecken.

par Mme Thatcher, et qui ne peut encourager les Allemands à se rebiffer), ni un alibi (ce qui aggraverait les malentendus, ni un intermédiaire (position dans laquelle nous risquons de cumuler les inconvénients des deux premières attitudes). En fait, il s'agit de redevenir de vrais partenaires, en mettant les Allemands devant leurs responsabilités.“ Cf. auch Vaïsse/Wenkel (Hrsg.), *La diplomatie française face à l'unification allemande*, S. 55–60.

⁹³⁷ François Mitterrand am 5. 7. 1989: „Cette aspiration à la réunification est légitime pour ceux qui l'éprouvent ici et là, pour quelque partie que ce soit, comme vient de le dire M. Gorbatchev. Je crois que l'ensemble des dirigeants allemands eux-mêmes désirent que le processus, qu'ils jugent désirable, se déroule dans la paix, ne soit pas un facteur de tensions nouvelles.“ Zitiert nach ANF, 5 AG 4, CDM 33: Note von Morel vom 31. 7. 1991 für Mitterrand.

⁹³⁸ François Mitterrand am 27. 7. 1989: „Il est juste que les Allemands aient la liberté de choix. Mais le consentement mutuel entre l'Union soviétique et les puissances de l'Ouest supposera un vrai dialogue. [...] il est certain que ce droit inaliénable n'entrera pas dans les faits aux forceps, pour employer une expression médicale. Il faudra d'abord que les deux gouvernements allemands soient d'accord. Aucun des deux pays allemands ne peut imposer ses vues à l'autre. Cet aspect interallemand est fondamental [...].“ Zitiert nach *ibid.*: Note des CAP, Guéhenno, vom 12. 9. 1989.

⁹³⁹ ANF, 5 AG 4, CDM 33: Note des CAP, Guéhenno, vom 12. 9. 1989: „En définitive, l'approche gaullienne de la question allemande se traduit à la fois par une expression claire de son objectif – la réunification – et le rapport à un futur indéfini de sa réalisation, lorsque l'approfondissement des relations entre les deux Europe aura donné naissance à un terrain favorable pour discuter.“

Hierin sah man sich im September 1989 auch durchaus im Einklang mit der Bonner Regierung. Mit Besorgnis wurde hingegen die Polarisierung der Haltung zur Wiedervereinigung in der Bundesrepublik betrachtet. Um dem sich in diesem Klima ausbreitenden Generalverdacht entgegenzuwirken, die Alliierten würden sich nicht für deutsche Belange einsetzen, wurde eine offizielle Rede Mitterrands angelegt.⁹⁴⁰ Ziel dieser Rede sollte es sein, das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen einerseits und den europäischen Rahmen für eine Wiedervereinigung andererseits zu bekräftigen. Zwar sprach Mitterrand diese Punkte am 25. Oktober 1989 bei seiner Rede vor dem europäischen Parlament an, doch war die Rede im Wesentlichen den tief greifenden Veränderungen in ganz Osteuropa gewidmet.⁹⁴¹ Das Ausbleiben einer Rede, in der er exklusiv Stellung zur deutschen Wiedervereinigung bezog, hat das in der Bundesrepublik Platz greifende Vorurteil eines sich gegen die Wiedervereinigung sträubenden Frankreichs sicherlich befördert.

Mit der Amtsenthebung Erich Honeckers durch das Zentralkomitee der SED am 18. Oktober setzte sich nicht nur die Überzeugung im *Élysée* durch, dass eine Wiedervereinigung näher rücke, es wurde damit auch ein entscheidender Hinderungsgrund für die Reise Mitterrands beseitigt – die Politik Honeckers sollte 1989 keine weitere Bestätigung erfahren.⁹⁴² Unklar war hingegen der Zeitrahmen für die Realisierung der deutschen Einheit: Védrine erstellte hierzu einen detaillierten Plan, der verschiedene Etappen, von Erleichterungen im Grenzverkehr, Beziehungen in der Art, wie sie zwischen Österreich und Ungarn bestanden oder auch nach dem Modell des Benelux, über eine Konföderation bis hin zum Einheitsstaat vorsah. Für Mitterrand war dabei von entscheidender Bedeutung, dass die deutsche nicht schneller als die europäische Einheit realisiert werde, sondern Bestandteil dieses allgemeineren Prozesses werde.⁹⁴³ Einer aus französischer Sicht zu stark auf nationale Interessen ausgerichteten westdeutschen Politik sollte die Wiederaufnahme einer gemeinschaftlichen westeuropäischen Ostpolitik entgegengesetzt werden.⁹⁴⁴ Gleichzeitig sollte alles getan werden, um den Ostblock zu stabilisieren; unter anderem schlug Védrine vor, die Sowjetunion an der Ostpolitik der europäischen Gemeinschaft zu beteiligen. Das französische Außenministerium betonte seinerseits die zentrale Bedeutung der französisch-sowjetischen Bezie-

⁹⁴⁰ Ibid.: „Dans ce contexte de polarisation des positions allemandes, un discours solennel sur notre vision de la question allemande devient nécessaire pour apaiser les soupçons tenaces que nourrissent les Allemands à notre égard, et peut contribuer à un utile recentrage du débat politique outre-Rhin.“

⁹⁴¹ Journal officiel des Communautés européennes, 25. 10. 1989, n° 3-382, S. 161–163.

⁹⁴² ANF, 5 AG 4, CD 177: Note von Védrine vom 18. 10. 1989: „Si le mouvement de rapprochement entre les deux Allemagnes paraît inévitable, le point d'arrivée de ce processus n'est pas joué d'avance.“ Cf. auch ANF, 5 AG 4, CD 187: Note von Hennekinne vom 26. 10. 1989 für Mitterrand.

⁹⁴³ ANF, 5 AG 4, CD 177: Note von Védrine vom 18. 10. 1989: „Tout reste gérable si ce mouvement vers la fin de la division du peuple allemand n'avance pas plus vite que la construction européenne et la suppression générale des barrières entre l'Europe de l'Est et l'Europe de l'Ouest.“ Handschriftl. Anmerkung von Mitterrand: „La question des rythmes comparés est essentielle.“

⁹⁴⁴ Ibid.: „Ce sont les Douze ensemble qui doivent ‚aimer‘ l'Europe de l'Est et pas uniquement la RFA qui doit attirer la RDA.“

hungen, die nutzbringend eingesetzt werden sollten, um eine für alle akzeptable Lösung der deutschen Frage zu finden.⁹⁴⁵ Das französische Konzept des „encadrement“ Deutschlands, wie es bereits im Zuge der EGKS praktiziert und von de Gaulle festgeschrieben worden war, fand hier seine Fortsetzung im Streben nach einer europäischen Einrahmung des deutschen Einigungsprozesses und der damit ebenfalls beabsichtigten Integration eines vereinten Deutschlands in einer gesamt-europäischen Konstruktion. Öffentlich sprach sich Mitterrand dafür aus, die bis zur deutschen Einheit verbleibende Zeit zu nutzen, um die europäische Gemeinschaft zu stärken.⁹⁴⁶

Bei einem Gespräch mit Oskar Fischer Ende Oktober 1989 informierte Roland Dumas seinen ostdeutschen Amtskollegen darüber, dass die Entscheidung über den genauen Zeitpunkt der Reise Anfang November mitgeteilt werde. Um sie in den Kontext einer neuen französischen Ostpolitik einzuordnen, wurde intern vorgeschlagen, die DDR-Reise zeitgleich mit einem Ungarn-Besuch Mitterrands bekanntzugeben. Nachdem der *Quai d'Orsay* seine Zustimmung bereits gegeben hatte und entsprechende Termine (13./14. Dezember 1989 beziehungsweise Januar 1990) im Kalender des Präsidenten freigehalten worden waren, bedurfte es nur noch einer Zustimmung durch Mitterrand selbst. Mitterrand schien jedoch zu zögern.⁹⁴⁷ Während die Vorbereitungen weiterliefen, wurde der Termin auch in den folgenden zwei Wochen nicht konkretisiert.⁹⁴⁸ Erst wenige Tage nach dem Mauerfall, am 13. November 1989, unternahm die französische Botschafterin in Ost-Berlin, Joëlle Timsit, im Auftrag des *Élysée* entsprechende Schritte und informierte den ostdeutschen Außenminister von der Absicht des französischen Präsidenten, den geplanten Staatsbesuch alsbald durchzuführen. Fischer schlug als geeigneten Zeitpunkt die Periode nach dem SED-Parteitag, also nach dem 17. Dezember, vor. Mitterrand konnte es nun wiederum gar nicht schnell genug gehen. Er drängte darauf, den nächstmöglichen Termin festzusetzen.⁹⁴⁹ Bereits vier Tage später wurde ein französischer Terminvorschlag von ostdeutscher Seite bestätigt⁹⁵⁰ und weitere vier Tage später, am 21. November, erfolgte die offizielle An-

⁹⁴⁵ Cf. auch ANF, 5 AG 4, CDM 33: Note der DEU vom 19. 10. 1989: „C'est un domaine [Friedensvertrag zwischen den vier Alliierten und den beiden deutschen Staaten – Ch. W.] où la concertation franco-soviétique trouverait avantage à s'exprimer, compte tenu de la position de nos deux pays en Europe et de la convergence de leurs intérêts sur cette question [die deutsche Frage – Ch. W].“

⁹⁴⁶ François Mitterrand am 18. 10. 1989: „La prévision est que ce mouvement-là continuera. Il devra être sanctionné, pacifiquement et démocratiquement. Cela demandera du temps ... Tout le temps qui nous sépare de ces échéances, court ou long, c'est l'histoire qui en décidera, ce n'est pas moi, tout ce temps doit être utilisé pour renforcer la Communauté européenne.“ Zitiert nach *ibid.*: Note von Morel vom 31. 7. 1991 für Mitterrand.

⁹⁴⁷ ANF, 5 AG 4, CD 187: Note von Hennekinne vom 26. 10. 1989 für Mitterrand; handschriftl. Anmerkung Mitterrands bezogen auf das von ihm erforderliche Einverständnis, um mit der ostdeutschen Seite zwecks Terminabstimmung in Kontakt zu treten: „en principe oui“.

⁹⁴⁸ *Ibid.*: Note von de Margerie vom 6. 11. 1989 für Hennekinne.

⁹⁴⁹ *Ibid.*: Telegramm aus Berlin, Timsit, vom 13. 11. 1989; handschriftl. Anmerkung Mitterrands: „Fixer la date la plus proche.“

⁹⁵⁰ *Ibid.*: Note von Hennekinne vom 17. 11. 1989 für Mitterrand.

kündigung. Diese Eile lässt sich wohl nur mit der Absicht Mitterrands erklären, die Reise unbedingt noch während seiner am 31. Dezember 1989 endenden Amtszeit als Ratspräsident der Europäischen Gemeinschaft durchzuführen; andernfalls hätte auch ein Termin zu Beginn des neuen Jahres ausgereicht.

In der Zwischenzeit wurde im Außenministerium und in der diplomatischen Abteilung des *Élysée* intensiv an der Adaption der französischen Grundhaltung in der deutschen Frage an die sich beständig wandelnde Situation in der DDR gearbeitet.⁹⁵¹ Davon zeugt unter anderem eine mehr als sechzigseitige Note des Leiters der Europa-Abteilung im *Quai d'Orsay*, Jacques Blot. Hatte Mitterrand noch im Sommer die Berücksichtigung der Interessen beider deutscher Staaten in einem Vereinigungsprozess als notwendiges Prinzip definiert, so spekulierte Blot Ende Oktober bereits über die Bedingungen, unter denen Frankreich eine „absorption“ der DDR durch die Bundesrepublik akzeptieren könne.⁹⁵² Für Blot bestand vor allem ein Kommunikationsproblem, weshalb er es als dringend notwendig ansah, den offiziellen Diskurs zu ändern. Seit der Beteiligung Frankreichs an der Teilung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg halte sich jenseits des Rheins hartnäckig der Verdacht, dass Frankreich ein ungebrochenes Interesse an einem geteilten

⁹⁵¹ Die Frage nach der französischen Haltung gegenüber der deutschen Einheit in den Jahren 1989/90 ist Ausgangspunkt einer bisweilen polemisch geführten Debatte, in deren Zentrum die Frage nach der Haltung des französischen Staatspräsidenten François Mitterrand steht, cf. Wenkel, Frankreich und die deutsche Einheit. Grundlage für die Bewertung seiner Haltung waren und sind neben den Aussagen von Zeitzeugen vor allem eine deutsche und eine britische Quellenedition, cf. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramts 1989/90, u. a. S. 470–474, 628–631, 682–690, 757–758, 842–852, 909–912 und 943–947; sowie DBPO III/VII. German Unification 1989–1990, S. 215–219. Doch in beiden Fällen spiegeln die dort mit den Worten deutscher und britischer Diplomaten wiedergegebenen Äußerungen Mitterrands zuallererst die deutsche respektive britische Bewertung der französischen Haltung. Das Deutsche Historische Institut Paris und das Archiv des französischen Außenministeriums haben versucht, mit einer Quellenedition diesem Ungleichgewicht und der Fokussierung der Debatte auf die Person Mitterrands entgegenzuwirken, cf. Vaisse/Wenkel (Hrsg.), *La diplomatie française face à l'unification allemande*. Leider war es den Herausgebern jedoch nicht möglich, Dokumente aus den Mitterrand-Beständen des französischen Nationalarchivs abzudrucken, cf. *ibid.*, S. 31–34. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die Bewertung der Haltung Mitterrands sind auch die Äußerungen von Jacques Attali. Der von ihm Mitte der 1990er Jahre vorgelegte dritte Band der „Verbatim“ ist aufgrund unzähliger Halbwahrheiten und konsequent falsch zitierter Gesprächsprotokolle nicht als Quelle zu verwenden und ist in erster Linie aussagekräftig hinsichtlich der Haltung von Attali selbst, cf. Attali, *Verbatim* III. In einem vom IfZ München-Berlin herausgegebenen Quellenband mit sowjetischen Dokumenten zeigt sich die Divergenz zwischen der Haltung Mitterrands und derjenigen Attalis sehr deutlich, cf. Galkin/Tschernjajew (Hrsg.), *Gorbatschow und die deutsche Frage*, S. 199–200 und 266–272.

⁹⁵² ANF, 5 AG 4, CDM 33: Note der DEU, Blot, vom 30. 10. 1989: „À titre spéculatif, on pourrait envisager, si un effondrement total de la RDA venait à se produire sous le coup d'événements dramatiques, que la France admît le principe de l'absorption de la RDA par la RFA sous réserve d'une consultation populaire et d'un accord de garanties avec les Alliés. Dans l'hypothèse d'une autorité nouvelle sur le territoire de la RDA demandant la réunification, la France pourrait admettre le principe d'un processus négocié de fusion auquel seraient associés les Alliés. Car en tout état de cause, les Alliés, face à de telles novations ne sauraient être exclus.“

beziehungsweise politisch, moralisch, militärisch und wirtschaftlich dezimierten Deutschland habe.⁹⁵³ Im Bewusstsein um eine gewisse Ambiguität der französischen Haltung schien es ihm geboten, das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung zum politischen Ziel Frankreichs zu erklären und deutlich zu machen, dass eine Beendigung der aus dem Krieg entstandenen Situation auch im Interesse Frankreichs liege. Die gaullistische Betrachtungsweise blieb dabei der Maßstab aller Dinge, insbesondere in Bezug auf die Fortführung paralleler bilateraler Konsultationen im Rahmen der französisch-westdeutschen und der französisch-sowjetischen Beziehungen.⁹⁵⁴ Schließlich war man nach wie vor davon überzeugt, dass der Schlüssel für die deutsche und damit für die europäische Einheit in Moskau liege. Die Krise in der DDR war für Blot gleichbedeutend mit dem Scheitern eines bilateralen deutsch-deutschen Ansatzes; es sei daher wiederum Sache der Alliierten, nun die Führung zu übernehmen. Gleichzeitig kritisierte er jedoch auch scharf die französische Deutschlandpolitik, die seit de Gaulle keine neuen Konzepte hervorgebracht habe.⁹⁵⁵ Paradoxe Weise hatte dies zur Folge, dass die französische Diplomatie im Gegensatz etwa zur britischen Diplomatie bestens auf die Situation vorbereitet war.

Um in Deutschland eine Veränderung der Wahrnehmung der französischen Haltung zu bewirken und um den Ostdeutschen Vertrauen zu vermitteln, empfahl Blot ausdrücklich, die Reise Mitterrands in die DDR nicht abzusagen. Die Gelegenheit könne genutzt werden, das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen zu verteidigen und die DDR an der Seite der Bundesrepublik zu unterstützen. Entscheidend sei, dass der gesamte Prozess eingerahmt werde („encadré“); eine globale Friedenslösung sei bis spätestens 1995 anzustreben.⁹⁵⁶ Als handlungsleitende Interessen Frankreichs benannte er dessen Verantwortung für Deutschland als alliierte Siegermacht, die besondere Beziehung zur Bundesrepublik, die Verpflichtung gegenüber der Schlussakte von Helsinki, die Schwere der Krise und ihrer Auswirkungen auf Europa sowie den Anachronismus einer Situation, wie sie über 45 Jahre nach Kriegsende noch immer bestand.

Genau eine Woche nach der offiziellen Ankündigung der DDR-Reise Mitterrands trug Helmut Kohl in einer Rede vor dem Bundestag seinen 10-Punkte-Plan

⁹⁵³ Ibid.: „Or il y a, répandue outre-Rhin, l'idée que Paris trouve son compte dans le maintien de cette situation: non seulement la division, mais le statut diminué de l'Allemagne, moralement, politiquement et militairement. Pour la France, au contraire, le maintien de la situation actuelle lui conférerait un poids politique supérieur à la réalité de sa puissance.“

⁹⁵⁴ Ibid.: „Bien entendu, la situation a changé, notamment avec la reconnaissance des deux États allemands. Mais, de l'approche gaullienne, ne peut-on garder l'idée qu'une action de la France sur la question allemande suppose de mener de front une concertation franco-allemande et une concertation franco-soviétique, de même que se révèle indispensable une double approche, communautaire et paneuropéenne.“

⁹⁵⁵ Ibid.: „Réfléchir aujourd'hui sur la question allemande, c'est d'abord constater qu'une réflexion novatrice sur le problème s'est tarie en France depuis plus de 20 ans.“

⁹⁵⁶ Ibid.; gegenüber Gorbatschow betonte Mitterrand am 6. Dezember, dass er sich schon allein deshalb in die DDR begeben werde, um zu vermeiden, dass eine Absage politisch interpretiert werden könne, cf. ANF, 5 AG 4, CD 67: Protokoll des Gesprächs Mitterrand-Gorbatschow am 6. 12. 1989.

für die Überwindung der deutschen Teilung vor. Nur wenige Eingeweihte wussten um diesen Plan, der westdeutsche Außenminister und der französische Staatspräsident gehörten nicht dazu.⁹⁵⁷ Vor dem Hintergrund einer französischen Deutschlandpolitik, die mit dem Begriff „encadrement“ zu umschreiben ist, löste der unilaterale Vorstoß Kohls in den Reihen französischer Außenpolitiker viel Kritik und Unverständnis aus. So viel Eigeninitiative konnte auch Mitterrand nicht gefallen. Indem er jedoch auf die zahlreichen Anfragen von Journalisten schwieg⁹⁵⁸, ließ er einmal mehr viel Platz für Mutmaßungen und Spekulationen bezüglich der französischen Einstellung zur deutschen Einheit.

Die Vorbereitung der Reise war gekennzeichnet von einer gewissen Hektik – zwischen der Einigung auf einen Termin und der Reise selbst verblieb nur ein Monat zur effektiven Planung – und von einer großen Unsicherheit über das, was man zum Zeitpunkt der Reise tatsächlich in der DDR vorfinden würde. Kurz bevor François Mitterrand sich am 6. Dezember 1989 in Kiew mit Michael Gorbatschow traf, um über die deutsche Frage zu verhandeln, weilte eine Delegation des *Élysée* vom 3. bis zum 5. Dezember in Berlin, um den Aufenthalt Mitterrands in Ost-Berlin vorzubereiten. Dies stellte sich vor allem deshalb als relativ schwierig heraus, weil sich aufgrund der rasanten und unvorhersehbaren Entwicklung in der DDR auch zwei Wochen vor der Reise nicht mit Sicherheit bestimmen ließ, auf wen Mitterrand in seinen Gesprächen treffen würde.⁹⁵⁹ Tatsächlich traf Mitterrand während seiner Reise zu Gesprächen auf Regierungsebene mit dem Staatsratsvorsitzenden Manfred Gerlach (im Amt seit dem 6. 12. 1989), dem Vorsitzenden des Ministerrates Hans Modrow (im Amt seit dem 13. 11. 1989) und dem langjährigen DDR-Außenminister Oskar Fischer (im Amt seit 1975) zusammen. Weitere Gespräche fanden mit dem neuen Parteivorsitzenden der SED-PDS Gregor Gysi⁹⁶⁰ (im Amt seit dem 9. 12. 1989), dem Geschäftsführer der SDP Ibrahim Böhme (im Amt seit Oktober 1989) sowie in Leipzig mit dem Chef des Leipziger Gewandhauses, Kurt Masur, dem Oberbürgermeister und dem Rektor der Leipziger Universität statt.⁹⁶¹

Nicht nur die große Instabilität der Situation in der DDR stellte den Mitarbeiterstab des Präsidenten und Mitterrand selbst bei der unmittelbaren Vorbereitung

⁹⁵⁷ Interview mit Roland Dumas, geführt am 5. 2. 2007.

⁹⁵⁸ ANF, 5 AG 4, CD 177: Note von Védrine vom 28. 11. 1989 für Mitterrand; handschriftl. Anmerkung Mitterrands bezüglich der Anfragen von Journalisten: „Laissez les parler.“

⁹⁵⁹ ANF, 5 AG 4, CD 187: Note von de Margerie vom 6. 12. 1989 für Mitterrand: „La mission préparatoire en RDA [...] a laissé une curieuse impression d'irréalité. L'immense tourment dans laquelle sont pris le pays et les dirigeants ne transparaissait en rien chez nos interlocuteurs du protocole des Affaires étrangères. Seuls étaient étranges leur parfaite bonne volonté, leur absence totale d'exigences et surtout le fait que, pendant deux jours et demi, ils aient réussi à ne jamais prononcer le nom des personnalités avec lesquelles, lors de la visite d'État, des entretiens allaient avoir lieu [...]. Nul ne sait vers quel régime, vers quel État, va s'orienter la transition de plus en plus chaotique que connaît la RDA.“

⁹⁶⁰ Das Gespräch zwischen Mitterrand und Gysi bezeichnete Roland Dumas als einen der wichtigsten Momente der Reise, cf. Interview mit Roland Dumas, geführt am 5. 2. 2007.

⁹⁶¹ ANF, 5 AG 4, CD 187: Undatierte Noten im Dossier „Questions protocolaires“; cf. Vaïsse/Wenkel (Hrsg.), *La diplomatie française face à l'unification allemande*.

und Durchführung der Reise vor eine große Herausforderung, auch die Erwartungshaltung ostdeutscher Politiker gegenüber ihrem französischen Gast trug dazu in erheblichem Maße bei. Die Regierung in Ost-Berlin erhoffte sich von den Verhandlungen und Gesprächen, wenn nicht eine Aufwertung des internationalen Status der DDR, so doch zumindest eine Bestätigung der DDR als souveräner und unabhängiger Staat, um derart gestärkt in die Verhandlungen mit der Bundesrepublik gehen zu können.⁹⁶² Im Vorfeld der Reise nutzte der Außenhandelsminister der DDR, Gerhard Beil, seit Beginn der 1960er Jahre wichtiger Gesprächspartner Frankreichs für Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit der DDR, seine guten Kontakte, um entsprechend Einfluss auf den Verlauf der Reise und auf die Haltung Mitterrands zu nehmen. In einem Gespräch mit Edith Cresson, frühere Amtskollegin und im Herbst 1989 Staatssekretärin für europäische Angelegenheiten im Außenministerium, bat er inständig darum, die Souveränität des zweiten deutschen Staates öffentlich zu bekräftigen.⁹⁶³ Die Anspielung Gerhard Beils auf französische Ängste hinsichtlich eines so großen, 80 Millionen Menschen umfassenden Deutschlands dürfte ihre Wirkung bei Mitterrand verfehlt haben, widerspiegelt aber (ost)deutsche Fehleinschätzungen hinsichtlich der französischen Deutschlandpolitik. Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass die von ostdeutscher Seite mit der Reise verbundenen Erwartungen auf westdeutscher Seite nicht unbemerkt blieben.

Hier wurde ein letztes Mal jener Mechanismus wirksam, der die innerdeutsche Wahrnehmung der französisch-ostdeutschen Beziehungen in früheren Jahrzehnten dominiert und auch den Verlauf der Beziehungen selbst nicht selten erheblich beeinflusst hatte: Die Befürchtungen in der Bundesrepublik hinsichtlich der Reise Mitterrands entsprachen vielmehr den ostdeutschen Erwartungen als den tatsächlich von französischer Seite mit dieser Reise verbundenen Absichten und Zielsetzungen. Zwei Episoden verdeutlichen exemplarisch, wie weitgehend Mitterrand es vermied, von einer der beiden Seiten in Anspruch genommen zu werden: Das DDR-Fernsehen hatte die Absicht, ein Interview mit Mitterrand noch vor dem Kohl-Besuch in Dresden am 19. Dezember 1989 auszustrahlen.⁹⁶⁴ Wäh-

⁹⁶² ANF, 5 AG 4, EG 204: Note von Hennekinne vom 19. 12. 1989 für Mitterrand: „Les autorités de Berlin-Est attendent beaucoup de cette visite, dans la mesure où elle est pour la RDA une réaffirmation solennelle du statut d'État souverain et indépendant et où elle permet d'éviter le tête-à-tête quasi-exclusif avec les dirigeants de Bonn [Hervorhebungen im Original – Ch. W].“

⁹⁶³ Ibid.: Persönliche Note von Cresson vom 1. 12. 1989 für Mitterrand: „Je vous en prie! que votre président le 22 décembre négocie, agisse, s'exprime, conclue en mettant en évidence le fait qu'il négocie, agit, s'exprime, conclut avec la République démocratique allemande souveraine. Toute la République démocratique allemande, y compris notre opposition, attend de votre président cette mise en exergue de notre souveraineté.“ Edith Cresson hatte Elisabeth Guigou um eine vertrauliche Weiterleitung an Mitterrand gebeten, cf. ibid.: Note von Guigou vom 2. 12. 1989 für Hennekinne; mit der Weiterleitung an Hennekinne hatte sie ihren vertraulichen Charakter bereits verloren.

⁹⁶⁴ ANF, 5 AG 4, CD 187: Note von Duhamel vom 12. 12. 1989 für Mitterrand: „Les Allemands de l'Est souhaitent beaucoup pouvoir diffuser votre interview avant l'arrivée du chancelier Kohl et donc assureront avec difficulté une diffusion de votre interview le 20 décembre au soir.“

rend der Generalsekretär des *Élysée* dem ostdeutschen Ansinnen zustimmte, entschied sich Mitterrand für eine Ausstrahlung am 20. Dezember und ließ damit Kohl den medialen Vortritt.⁹⁶⁵ Umgekehrt verweigerte er Kohl den gemeinsamen Gang durch einen am 22. Dezember neu eröffneten Grenzübergang unmittelbar am Brandenburger Tor. Verschiedene Gründe dürften Mitterrand dazu gebracht haben, sich der Teilnahme an einer solchen Zeremonie zu entziehen: grundsätzliche Einwände den Berlin-Status betreffend, ein damit in Zusammenhang stehendes Missfallen an einer Machtdemonstration der Bundesrepublik in Berlin sowie vor allem die Überzeugung, sich nicht in innerdeutsche Angelegenheiten einmischen zu wollen.⁹⁶⁶

Trotz der sich rasch verändernden Situation wurde auf die Einhaltung von Grundprinzipien der französischen Haltung gegenüber der DDR sehr viel Wert gelegt. Dies zeigt sich in den Details der Reiseplanung, wie zum Beispiel dem Besuch in Leipzig, das heißt jenseits des unter alliierter Verantwortung stehenden Berliner Stadtgebietes. Aufgrund der französischen Verantwortung gegenüber Deutschland in seiner Gesamtheit wurde auch eine Einladung Mitterrands zu einer Stippvisite auf dem Sonderparteitag der SPD, der zur selben Zeit in West-Berlin stattfand, abgelehnt.⁹⁶⁷ Der Besuch in West-Berlin im Rahmen eines Staatsbesuches in der DDR hätte aus französischer Sicht die Gleichstellung beider deutscher Staaten bedeutet und wäre damit einer erheblichen Aufwertung des internationalen Status der DDR gleichgekommen.

Die europäische Einheit

Welche Absichten aber verknüpfte Mitterrand mit dieser Reise? Welche Ziele verfolgte die französische Außenpolitik im Dezember 1989 in der DDR? Auch wenn eine gewisse innere Stabilität der DDR unzweifelhaft im Interesse der französischen Außenpolitik lag, eine Stärkung oder gar Aufwertung des internationalen Status der DDR wurde weder beabsichtigt noch aktiv betrieben. Dies ist den verfügbaren Quellen nicht zu entnehmen und hätte auch nicht der französischen Grundhaltung gegenüber der DDR entsprochen.

Die scheinbar umfassende Normalisierung der französisch-ostdeutschen Beziehungen auch auf politischer Ebene durch die beiden offiziellen Staatsbesuche in den Jahren 1988 und 1989 stand im offenen Widerspruch zu den Gegenständen und Themen der Mitterrand-Reise. Auf bilateraler Ebene dominierten erneut Abkommen und Vereinbarungen über Fragen der Kultur- und Wirtschaftsbeziehungen; lediglich ein Abkommen zum Umweltschutz reichte über den ansonsten

⁹⁶⁵ Ibid.; handschriftl. Anmerkung Mitterrands: „Plutôt le mercredi 20 (télévision).“

⁹⁶⁶ Kohl hatte einen Emissär mit einer Einladung zu Mitterrand entsandt. Nach Auskunft Dumas habe man daraufhin über eine Stunde beratschlagt, wie mit dieser Situation umzugehen sei. Mitterrand schloss nicht nur seine eigene Teilnahme aus, sondern lehnte auch das Angebot Dumas, ihn zu vertreten, ab, cf. Interview mit Roland Dumas, geführt am 5. 2. 2007; eine Note von 1992 verweist auf eine Depesche, die Mitterrand darüber informiert habe, dass die Veranstaltung nicht stattfinden werde, cf. ANF, 5 AG 4, CDM 33; Note von de Margerie vom 23. 1. 1992 für Mitterrand.

⁹⁶⁷ ANF, 5 AG 4, CD 187; Note von Hennekinne vom 12. 12. 1989 für Mitterrand.

unveränderten Rahmen hinaus.⁹⁶⁸ Die politische Ebene spielte im Kontext der bilateralen Beziehungen weiterhin eine zu vernachlässigende Rolle. So wurde beispielsweise der Zeitpunkt als denkbar ungeeignet bezeichnet, um die seit 1974 andauernden Verhandlungen über französischen Privatbesitz aus der Zeit vor 1945 fortzuführen.⁹⁶⁹

Im bilateralen Kontext stand an erster Stelle der Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Handelsbeziehungen. Belegt wird dies nicht zuletzt durch die Anwesenheit zahlreicher prominenter Vertreter der französischen Wirtschaft und Industrie in der französischen Delegation. Vor allem jene Unternehmen waren hier präsent, deren Verhandlungen mit der DDR sich bereits vor den politischen Veränderungen in einem fortgeschrittenen Stadium befunden hatten. Außerdem wurde Mitterrand begleitet von Roger Fauroux, Minister für Industrie, und Jean-Marie Rausch, Minister für Außenhandel.⁹⁷⁰

Im Vorfeld der Reise wurde die DDR von der französischen Diplomatie nicht nur als große Industriemacht angesehen, sondern – trotz Staatsschulden – auch als ein interessanter und vor allem solventer Handelspartner, ganz im Gegensatz zu anderen osteuropäischen Staaten wie etwa Polen.⁹⁷¹ Die größte Herausforderung für die französische Wirtschaft stellte dabei unverändert die westdeutsche Konkurrenz dar: Die innerdeutschen Handelsbeziehungen beliefen sich 1989 auf das Zehnfache der französisch-ostdeutschen Handelsbeziehungen. Um der westdeutschen Konkurrenz etwas entgegenzusetzen zu können, wurden auch von der Kooperation mit der DDR bis dahin ausgeschlossene Bereiche ins Gespräch gebracht. So sollte die Reise etwa genutzt werden, um die Zusammenarbeit im Bereich der Kernenergie vorzubereiten.⁹⁷² Die politischen Veränderungen in der

⁹⁶⁸ ANF, 5 AG 4, EG 204: Note von Hennekinne vom 19. 12. 1989 für Mitterrand; es handelte sich im Einzelnen um ein Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit, ein Doppelbesteuerungsabkommen, ein Abkommen über Jugendaustausch sowie eine Absichtserklärung über die Eröffnung eines zweiten Kulturzentrums in Frankreich und in der DDR.

⁹⁶⁹ Ibid.: „Le seul élément de contentieux concerne l’indemnisation des biens privés spoliés après la guerre: nous demandons 65 MF, les Allemands en proposent 28. Mais le moment se prête vraiment peu à évoquer ce problème.“ Cf. auch ibid.: Undatierte Statistik zur DDR mit Angaben zu den Beziehungen Frankreich-DDR.

⁹⁷⁰ ANF, 5 AG 4, CD 187: Undatierte Liste aller Mitglieder der offiziellen Delegation; sowie ANF, 5 AG 4, EG 204: Note des Generalstabes, Mechain, vom 18. 12. 1989 (enthält die Zusammensetzung der Delegation sowie deren Verteilung auf die zum Einsatz kommenden Flugzeuge des GLAM).

⁹⁷¹ Ibid.: Note von Boudier vom 19. 12. 1989 für Mitterrand; diese Einschätzung beruhte auf folgenden Zahlen: die Staatsschulden der DDR wurden mit 11 Milliarden US-Dollar beziffert, die Devisenreserven auf 9 Milliarden US-Dollar geschätzt.

⁹⁷² Ibid.: Note von Lanxade (chef de l’état-major particulier) vom 18. 12. 1989 für Mitterrand: „Il est possible que, sous la pression du volontarisme commercial et industriel allemand, la RDA devienne susceptible d’un traitement favorable au sens du COCOM. Il ne faut pas se laisser surprendre par cette évolution et ne pas en laisser le bénéfice industriel et commercial à la seule RFA. Il faut donc que nos industriels soient encouragés à prospecter dans ce pays sur des thèmes les plus immédiatement accessibles, comme l’aéronautique, les communications ou les centrales nucléaires.“ Cf. auch ibid.: Note von Boudier vom 19. 12. 1989 für Mitterrand: „Une coopération avec notre pays dans un domaine aussi important [Bereich der Kernenergie – Ch. W.], en dehors des

DDR wurden insgesamt als günstige Voraussetzung angesehen, um die französische Präsenz auf dem ostdeutschen Markt im Laufe der bevorstehenden Übergangsphase auszubauen.⁹⁷³ Angesichts der wirtschaftlichen Dominanz der Bundesrepublik in der DDR betrachtete man jedoch ihre Anstrengungen für eine wirtschaftliche „Übernahme“ der DDR mit Bestürzung.⁹⁷⁴ Denn genau dies, einen Alleingang der Bundesrepublik, suchte Frankreich zu verhindern. Die starke Gewichtung wirtschaftlicher Aspekte während der Mitterrand-Reise kann gleichsam als eine Antwort auf die westdeutschen Bestrebungen verstanden werden.

Dieses Anliegen war eng mit dem Hauptanliegen der Reise verbunden: die Schaffung eines europäischen Rahmens für die deutsche Wiedervereinigung und die Überführung des deutsch-deutschen Bilateralismus in einen europäischen Multilateralismus. Anstelle rein bilateraler Beziehungen war der politische Dialog zwischen der Europäischen Gemeinschaft, die Mitterrand als deren Ratspräsident vertrat, und der DDR ein zentrales Element seiner Reise. Bereits im Sommer 1989 hatte die DDR bei der französischen Ratspräsidentschaft ihre Bereitschaft zur Aufnahme eines politischen Dialogs signalisiert. Bei einer Sitzung der zwölf EU-Außenminister im Oktober 1989 war einem jährlichen Treffen mit der DDR zugestimmt worden. Auf Bitten Genschers war diese Entscheidung der DDR-Regierung seinerzeit jedoch nicht mitgeteilt worden. Der Besuch Mitterrands in Ost-Berlin wurde nunmehr als geeignete Gelegenheit angesehen, um eine entsprechende Nachricht zu überbringen.⁹⁷⁵ Eine Kooperation zwischen EU und DDR erschien der französischen Außenpolitik als der entscheidende Schlüssel für die Verknüpfung von deutscher und europäischer Einheit. In diesem Sinne hatte Mitterrand bereits am 24. November 1989 in seinem Brief an das Staatsoberhaupt der DDR, Egon Krenz, das französische Interesse an einer Intensivierung der Be-

conséquences positives directes pour notre industrie, montrerait que l'évolution actuelle dans ce pays ne le conduit pas à se tourner exclusivement vers la République fédérale d'Allemagne, mais aussi vers d'autres pays de la Communauté.“

⁹⁷³ Ibid.: Note der DREE, Ravier, vom 1. 12. 1989 für den Minister (Rausch): „Les changements récents devraient ouvrir de nouvelles perspectives pour les entreprises françaises sur un marché où notre présence, supérieure à celle de l'Italie, du Royaume-Uni et du Japon, est cependant encore dix fois moins importante que celle de la RFA.“

⁹⁷⁴ Ibid.: Telegramm aus Bonn, Boidevaix, vom 24. 11. 1989 für DREE: „Il est frappant de constater que l'essentiel des propositions du gouvernement allemand vise à étendre au territoire de la RDA un dispositif d'aides allemandes réservé aux entreprises de la RFA, comme si, par anticipation, il était envisagé de préparer les conditions d'une réunification économique.“ Cf. auch ANF, 5 AG 4, CDM 33: Note des CAP, Guéhenno, vom 6. 4. 1990, mit dem bezeichnenden Titel „L'économie de la RDA face à la réunification: la vision du ‚repreneur‘“.

⁹⁷⁵ ANF, 5 AG 4, EG 204: Note von Guigou vom 18. 12. 1989 für Mitterrand: „Votre visite pourrait être l'occasion d'annoncer au gouvernement est-allemand l'établissement d'un dialogue politique entre les Douze et la RDA.“ Diese Passage wurde von Mitterrand angestrichen; die Note von Guigou basierte auf einer entsprechenden Note des MAE, DEU, Meunier, vom 13. 12. 1989, cf. *ibid.*

ziehungen zwischen der EU und der DDR bekräftigt und deren Umsetzung als wichtiges Anliegen seiner Reise bezeichnet.⁹⁷⁶

Die europäische Einheit war auch das Leitmotiv jener Rede François Mitterrands, die er am 21. Dezember 1989 in Anwesenheit des Staatsratsvorsitzenden Manfred Gerlach und der DDR-Regierung in Ost-Berlin hielt. Die Botschaft Mitterrands war allerdings nicht nur an seine ostdeutschen Gastgeber adressiert, sondern gleichermaßen an deren Amtskollegen in Bonn⁹⁷⁷: Es handelt sich um eine Bekräftigung der deutsch-französischen Solidarität (ohne sich dabei auf einen der beiden deutschen Staaten festzulegen), verbunden mit der Aufforderung, diese in den Dienst der Überwindung der europäischen Teilung zu stellen.⁹⁷⁸ Während eine Gleichberechtigung der beiden deutschen Staaten durch Frankreich grundsätzlich ausgeschlossen wurde, postulierte Mitterrand hier eine Gleichberechtigung der beiden deutschen Gesellschaften. Das von ihm ausdrücklich befürwortete Selbstbestimmungsrecht der Deutschen knüpfte er folglich an die Bedingung, dass es ein Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen in Ost und West sei.

Überhaupt sprach Mitterrand wenig von der DDR als Staat.⁹⁷⁹ Einleitend stellte er die Frage nach dem Beitrag des Gastlandes („votre pays“) zur europäischen Kultur.⁹⁸⁰ In seiner Antwort spannte er den Bogen von Luther und Bach zu

⁹⁷⁶ ANF, 5 AG 4, CD 187: Brief von Mitterrand vom 24. 11. 1989 an Krenz: „S’agissant plus précisément des perspectives de développement des relations de la République démocratique allemande avec la Communauté européenne, soyez assuré que la France les considère avec faveur. Bien des possibilités peuvent être envisagées en ce domaine et la France ne manquera pas de les étudier sans retard avec ses partenaires. En particulier, elle fera tout ce qui est en son pouvoir pour que les négociations sur un accord commercial puissent débiter dans les meilleurs délais. Au moment où s’estompe ce qui séparerait les Européens, il importe en effet d’éviter que de nouvelles divisions de nature économique ou technologique ne se fassent jour. Je suis persuadé que le renforcement de la coopération entre la France et la République démocratique allemande pourra constituer à cet égard un élément essentiel.“

⁹⁷⁷ Sein Aufruf zur Anerkennung der Grenzen scheint sogar ausschließlich an die Bundesregierung gerichtet gewesen zu sein, nachdem er Kohl mehrfach und mit großer Dringlichkeit zur offiziellen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesregierung aufgefordert hatte.

⁹⁷⁸ Ibid.: Rede Mitterrands vom 21. 12. 1989 (in der vorgetragenen Fassung): „Le message que je suis venu vous apporter est un message d’amitié de la France pour le peuple allemand, le peuple allemand tout entier. C’est aussi un message de confiance dans sa maturité, à l’Est comme à l’Ouest. C’est enfin un message de solidarité, car nous avons la volonté de construire ensemble une Europe pacifique, ouverte et libre.“ Cf. Vaisse/Wenkel (Hrsg.), *La diplomatie française face à l’unification allemande*, S. 174–179.

⁹⁷⁹ Bezogen auf die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft betonte Mitterrand in einem Gespräch mit Kohl zwei Monate später, dass er die DDR nicht als 13. Mitgliedsstaat sondern als 16–17 Millionen zusätzliche Menschen sehe, cf. ANF, 5 AG 4, CD 73: Protokoll eines Gesprächs Mitterrand-Kohl vom 15. 2. 1990.

⁹⁸⁰ ANF, 5 AG 4, CD 187: Rede Mitterrands vom 21. 12. 1989 (in der vorgetragenen Fassung): „Comment ne pas souligner d’un mot l’apport de votre pays à la civilisation européenne? La création artistique, le bouillonnement des idées ont nourri l’œuvre de Bach, Händel, Leibniz, Lessing, Luther, Nietzsche et tant d’autres génies allemands, génies universels. Comment un Français oublierait-il l’édit de tolérance qui, il y a plus de trois cents ans, a ouvert le Brandebourg à ceux de nos compatriotes que la révocation de l’édit de Nantes avait condamnés à l’exil? Comment oublierait-il ce que la philoso-

Lessing und Nietzsche, verwies auf die Verdienste Friedrichs des Großen um die Aufklärung und die hugenottischen Traditionen in Preußen und erwähnte schließlich die ostdeutschen Schriftsteller und Theaterleute. Das ostdeutsche Theater, für das man in Frankreich seit den 1950er Jahren stets ein besonderes Interesse hegte, wurde zum Hort der deutschen Revolution erklärt, die deutsche Kultur zum eigentlichen Sieger.⁹⁸¹ Es stellt sich mithin die Frage, von welchem Deutschland hier eigentlich die Rede war: Die aufgezählten historischen Persönlichkeiten lassen sich ihrem Geburtsort nach zwar dem Gebiet zuordnen, welches der DDR entsprach, mit dem zweiten deutschen Staat hatten sie jedoch wenig zu tun. Trat in der Rede Mitterrands stattdessen die französische Konzeption eines „anderen Deutschlands“ zutage? Jenes Deutschland, welches in der französischen Wahrnehmung seit dem 19. Jahrhundert für Aufklärung, Philosophie und Kultur stand? Jenes Deutschland also, welches für Frankreich trotz militärischer Auseinandersetzungen eine Vorbildfunktion einnahm, an dem man sich in Frankreich orientierte?

Ein weiteres Thema seiner Rede war die Nation. Wie vor ihm de Gaulle bekräftigte auch Mitterrand die Einheit der deutschen Nation als deren Bestimmung und das Recht der Deutschen, diese Einheit zu verwirklichen. Dem fügte er allerdings hinzu, dass es sich hierbei auch um eine europäische Angelegenheit handele, und bestätigte damit erneut seine Absicht, die deutsche Einheit im Rahmen der europäischen Integration verwirklichen zu wollen.⁹⁸² Aus diesem Grund fand wohl auch die von Hans Modrow lancierte Idee einer deutsch-deutschen Vertragsgemeinschaft die Zustimmung Mitterrands⁹⁸³, eine Zustimmung, die gleichzeitig als Kritik an der von Helmut Kohl verfolgten Strategie aufgefasst werden kann, weil diese der französischen Konzeption von der Verwirklichung der deutschen Einheit weit weniger entsprach. Nicht die deutsche Einheit wurde infrage gestellt, sondern der von Helmut Kohl beschrittene Weg zu einer als überstürzt empfundenen deutschen Wiedervereinigung, mit der das Gleichgewicht in Europa in Gefahr gebracht und der Prozess der europäischen Integration ausgebremst werde. In diesem Sinne lässt sich auch eine handschriftliche Korrektur Mitterrands an einer Note seines Beraters Hubert Védrine interpretieren, mit der er den Begriff „réunification allemande“ durch „unité allemande“ ersetzte – es ging für ihn nicht um die Rückkehr zu einem status quo ante, sondern um die Einheit von Bundes-

phie des Lumières doit à Berlin, doit à Frédéric le Grand? Franchissant le temps, nous savons qu'au cours des quarante dernières années ce dynamisme intellectuel et artistique ne s'est pas démenti.“

⁹⁸¹ Dies bezog sich mit großer Wahrscheinlichkeit auf den Aufruf des Deutschen Theaters zur Demonstration am 4. November 1989 in Ost-Berlin.

⁹⁸² Ibid.: „L'aspiration à l'unité plonge ses racines dans l'histoire et retrouve son actualité. Elle est d'abord l'affaire de ceux qui ont en commun la culture, la langue, la mémoire des siècles. Je veux dire que c'est d'abord l'affaire des Allemands qui auront à se prononcer librement sur ce que sera leur destin. La voie démocratique est la seule qui soit ouverte. Démocratique et pacifique. Car c'est aussi l'affaire de vos voisins qui cherchent à préserver l'équilibre européen, la paix que connaît notre continent depuis ces dernières décennies.“

⁹⁸³ Ibid.

republik, DDR und Berlin.⁹⁸⁴ Auch in einer unmittelbar nach den Wahlen in der DDR am 20. März 1990 abgehaltenen Pressekonferenz bevorzugte Mitterrand, von einem „processus d'unification“ zu sprechen anstatt von einer *Wiedervereinigung*.

Dass es sich bei den von François Mitterrand vertretenen Positionen um eine originär französische Haltung handelt, zeigt nicht nur ein Vergleich mit den Äußerungen Charles de Gaulles, sondern auch ein Vergleich mit den Äußerungen seines politischen Widersachers Valéry Giscard d'Estaing. Auch Giscard forderte Ende November 1989 vor dem europäischen Parlament die Verwirklichung der deutschen Einheit in einem europäischen Rahmen.⁹⁸⁵ Aber während man Mitterrand im Allgemeinen seine zögerliche Haltung vorwarf, kritisierte Giscard bereits vier Tage nach dem Mauerfall dessen vermeintlich überstürztes Eintreten für eine deutsche Wiedervereinigung.⁹⁸⁶

Die Störung der Beziehung zwischen Kohl und Mitterrand, deren eigentliche Ursache divergierende strategische Konzeptionen waren, sollte von Dauer sein.⁹⁸⁷ Dass sich in der öffentlichen Meinung in Deutschland das Vorurteil festgesetzt hat, Frankreich sei gegen die Wiedervereinigung gewesen, ist aber auch das Ergebnis einer ungeeigneten Kommunikationsstrategie des *Élysée* und der französischen Regierung.⁹⁸⁸ Mitterrand und Kohl bedauerten regelmäßig den Einfluss der Presse auf die Vertiefung dieser „kleinen“ deutsch-französischen Verstimmung.⁹⁸⁹ Auch im ausführlichen Gespräch mit dem deutschen Oppositionsführer Oskar Lafontaine wunderte sich Mitterrand über die deutsche Presse, die versuche, aus ihm einen Nationalisten zu machen, und bekräftigte ein weiteres Mal, dass er der deutschen Einheit gelassen entgegensehe und sie als historische Notwendigkeit betrachte.⁹⁹⁰ Gleichzeitig stellte er Mitte März 1990 jedoch mit Bedauern fest,

⁹⁸⁴ ANF, 5 AG 4, CDM 33: Note von Védrine vom 5. 2. 1990 für Mitterrand.

⁹⁸⁵ Valéry Giscard d'Estaing am 22. 11. 1989 vor dem europäischen Parlament: „C'est la communauté européenne tout entière qui devra être prête, grâce à la poursuite de son progrès, à offrir le cadre de la réunion politique du peuple allemand. L'accélération de l'union de l'Europe est le seul moyen pour nous de reprendre une marge d'avance sur l'Histoire.“ In: ANF, 5 AG 4, CDM 33.

⁹⁸⁶ Valéry Giscard d'Estaing im Interview mit Daniel Vernet für RTL/Le Monde am 12. 11. 1989: „Jusqu'à présent, les Allemands de l'Est ne se sont pas prononcés; c'est nous qui en parlons. Et quand vous regardez les manifestations, il est intéressant de voir les bannières et les inscriptions sur les murs en Allemagne de l'Est. On ne parle pas de réunification, on parle de réformes politiques, de liberté, etc. N'allons donc pas dans le sens où certains se sont avancés un peu imprudemment, à mon avis.“ Die Frage Vernets, ob er damit Mitterrand gemeint habe, bejahte Giscard, cf. ANF, 5 AG 4, CDM 33.

⁹⁸⁷ Cf. Kohl, *Erinnerungen 1982–1990*, S. 1075–1079.

⁹⁸⁸ Zu den Problemen der Kommunikationsstrategie des *Élysée* cf. Seggelke, *Frankreichs Staatspräsident in der politischen Kommunikation*.

⁹⁸⁹ ANF, 5 AG 4, CDM 33: Protokoll eines Gesprächs zwischen Mitterrand und Kohl am 14. 3. 1990.

⁹⁹⁰ ANF, 5 AG 4, CDM 33: Protokoll eines Gesprächs zwischen Mitterrand und Lafontaine am 14. 3. 1990: „L'unité allemande ne pose pas de problème à mes yeux. S'il s'agit d'avoir une puissance plus forte, cela ne m'impressionne pas. Cité le [S]aint Empire romain germanique, Bismark; la France vit bien avec tout ça. La France est ramassée derrière ses frontières naturelles. Cela ne me pose pas de problèmes psychologiques. Étonnement devant la presse allemande qui voudrait qu'on se comporte comme le plus excité des patriotes allemands. Mais je ne suis pas Allemand. Même si je redou-

dass die von ihm bevorzugte Parallelität von deutscher und europäischer Einheit nicht mehr zu verwirklichen sei, weil die deutsche Einheit sich sehr viel schneller realisieren werde, als man noch zum Zeitpunkt seiner DDR-Reise angenommen habe, und dass die „deutsche Angelegenheit“ den europäischen Integrationsprozess wie befürchtet in erheblichem Maße ausbremsen werde.⁹⁹¹ An seine Reise in die DDR erinnernd, warnte er auch Lafontaine eindringlich vor einer Nichtbeachtung ostdeutscher Befindlichkeiten im Wiedervereinigungsprozess.⁹⁹²

Es scheint, als sei Mitterrand das Tempo dieses Prozesses nunmehr gleichgültig gewesen. Sein Interesse galt fortan den Auswirkungen dieses Prozesses auf die Europäische Gemeinschaft, die NATO, auf die Oder-Neiße-Grenze sowie auf den Frieden und die Sicherheit in Europa.⁹⁹³ Im Gespräch mit Lafontaine entwarf er im März 1990 ein Vorgehen in fünf Schritten:

1. Verwirklichung der deutschen Einheit ohne eine Ausweitung des NATO-Einflussgebiets,
2. Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze,
3. umgehende Verwirklichung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion,
4. Aufnahme von Verhandlungen mit den osteuropäischen Staaten über eine gemeinsame gesamteuropäische Konstruktion sowie
5. Regelung der Frage der deutschen NATO-Mitgliedschaft.

In keinem Falle dürfe Deutschland jedoch neutralisiert werden – in diesem Punkt hatte sich die Haltung Frankreichs seit dem 25. März 1959 nicht gewandelt. Die Hartnäckigkeit Frankreichs in der Berlin-Frage über viele Jahrzehnte hatte sich in zweierlei Hinsicht ausgezahlt: Das Prinzip der deutschen Einheit war bewahrt worden und Frankreich an den noch im März 1990 beginnenden 2+4-Verhandlungen beteiligt. Der Weg zur Wiederherstellung der Einheit der deutschen Nation – von Charles de Gaulle als deren „natürliches Schicksal“ bezeichnet – sollte durch die vier Tage nach diesem Gespräch in der DDR stattfindenden Wahlen geebnet werden. Die europäische Integration der Bundesrepublik schien aus französischer Sicht im Frühjahr 1990 irreversibel, die europäische Integration ganz Deutschlands war somit in greifbare Nähe gerückt. Nur einen Tag nach dem Gespräch mit Lafontaine stimmte Mitterrand der von Kohl vorgeschlagenen deutsch-französischen Initiative auf dem Sondergipfel der Europäischen Gemeinschaft in Dublin zu.⁹⁹⁴ In Dublin wurde am 28. April 1990 schließlich vereinbart, die deutsche Ver-

tais l'unité allemande, ce serait une faute historique capitale de ne pas en reconnaître la nécessité.“

⁹⁹¹ Ibid.: „Que les choses soient liées, unité allemande, unité européenne, ce serait le schéma idéal. [...] L'unité allemande sera rapide, moins qu'on le pensait il y a 3 mois. L'unité des 12 a besoin de l'accord de chacun. Chacun sait que l'unité allemande ira plus vite que les autres. Je pense que l'Allemagne continuera dans la ligne qui a été la sienne dans les dernières décennies. Tout dépend de l'état d'esprit des Allemands. Ils se sont tellement concentrés sur leurs propres problèmes (ce qui est normal) que les autres leur semblent lointains. [...] l'affaire allemande est un frein objectif.“

⁹⁹² Ibid.: „Il faut faire attention à la psychologie. Les Allemands de l'Est y sont sensibles.“

⁹⁹³ Ibid.: „L'unité allemande n'est pas un problème pour la France. Qu'elle aille vite, lentement, c'est votre affaire. Les nôtres, ce sont les conséquences.“

⁹⁹⁴ ANF, 5 AG 4, CDM 33: Note von Guigou vom 15. 3. 1990 für Mitterrand.

einigung im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft zu verwirklichen. François Mitterrand hatte sein mit der Reise vom Dezember verfolgtes Ziel – zumindest teilweise – erreicht und war damit den von Charles de Gaulle vorgezeichneten Weg konsequent zu Ende gegangen.